jahresbericht



SOZIALVERSICHERUNGSANSTALT DER BAUERN



		Seite
	Vorwort – Obfrau Vizepräs. ÖKR Theresia Meier Vorwort – Generaldirektor Mag. Franz Ledermüller	. 1
Teil 1	Aktuelles Schwerpunkte Gesetzliche Änderungen	. 7
Teil 2	Rechnungsabschluss Gesamtsicht Krankenversicherung. Unfallversicherung Pensionsversicherung Bundespflegegeld Schlussbilanz Beteiligungen.	17 23 43 57 71 75
Teil 3	Statistiken Krankenversicherung. Unfallversicherung Pensionsversicherung Bundespflegegeld.	103 117 127
Teil 4	Selbstverwaltung Generalversammlung Vorstand Kontrollversammlung Beirat	143 153 167
	Anhang Büroorganisation	



Wenn im Folgenden personenbezogene Bezeichnungen nur in männlicher Form angeführt sind, beziehen sie sich - soweit dies inhaltlich in Betracht kommt - auf Frauen und Männer in gleicher Weise.

Für den Inhalt verantwortlich: Mag. Robert Fischer, OE Finanzwesen, DW 1001 Dir.Rat Dr. Georg Schwarz, OE Allgemeine Verwaltung, DW 2201

Medieninhaber und Verleger: Sozialversicherungsanstalt der Bauern

Herausgeber: GD Mag. Franz Ledermüller

Alle in 1030 Wien, Ghegastraße 1, Telefon 01 797 06, E-Mail: info@svb.at, AV-104, Internet: www.svb.at

Hersteller: Eigendruck – SVD Büromanagement GmbH, Wien.

Fotos: Getz (Seite 1, 3, 145, 169), SVB (155, 173), Heinzel Outline Picture (Seite 92 oben), Wilke (Seite 92 unten), Robert Illemann (Seite 93 oben), Wolkersdorfer (Seite 93 unten), Hannes Loske (Seite 94).

Reformen im Sinne unserer Versicherten aktiv mitgestalten

Das Jahr 2017 war für die Sozialversicherungsanstalt der Bauern ein sehr bewegtes, denn es hat sich in diesem Jahr abgezeichnet, dass die Struktur der österreichischen Sozialversicherungsträger vor einem großen Umbruch steht. Die Zusammenlegung der Träger stand im Fokus politischer und medialer Diskussionen. Ende August wurde die von Sozialminister Stöger in Auftrag gegebene Effizienzanalyse des österreichischen Sozial- und Gesundheitssystems präsentiert, die der Sozialversicherung grundsätzlich ein gutes Zeugnis ausstellt: Die Menschen in Österreich können sich auf eine soziale und gesundheitliche Versorgung auf hohem Niveau verlassen. Verbesserungspotenzial wurde vor allem in der Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum festgestellt, die auch die bäuerlichen Versicherten berührt und wo auch ich eine große Herausforderung sehe, um eine ortsnahe Versorgung nicht nur in



den Städten, sondern auch am Land in Zukunft sicherzustellen. Die Studie zeigt auch, dass die österreichische Sozialversicherung hinsichtlich der Verwaltungskosten vorbildlich agiert, denn diese sind im Vergleich mit Ländern ähnlicher Systeme niedriger. Bei den empfohlenen Verbesserungen durch Aufgabenbündelungen sehen wir uns in unserem eingeschlagenen Weg einer sparsamen Verwaltung, vor allem durch unser seit 15 Jahren erfolgreich agierendes Back-Office-Unternehmen SVD, bestätigt.

Das Jahr 2017 war auch geprägt von der Nationalratswahl und den Regierungsverhandlungen. Es hat sich schon im Zuge des Wahlkampfs herauskristallisiert, dass seitens der Politik eine Straffung im Bereich der Sozialversicherungsträger gefordert wird. Dieses Reformstreben ist nun ein zentraler Punkt im aktuellen Regierungsprogramm. So ist neben zahlreichen weiteren Maßnahmen vorgesehen, dass die SVB und die SVA der gewerblichen Wirtschaft zu einem neuen, gemeinsamen Selbständigenträger zusammengeführt werden. Wir sind bereit, diesen Weg zu beschreiten und setzen uns dafür ein, dass sich die bäuerliche Berufsgruppe auch im neuen Träger wiederfindet. Um uns aktiv in den Prozess der Veränderung einbringen und im Sinne der Versicherten agieren zu können, haben wir schon früh das Gespräch mit der SVA gesucht. Wichtig ist uns, das bestehende hohe Leistungsniveau sowie Beratungs- und Infoservice für unsere Versicherten über alle drei Zweige der Sozialversicherung hinweg zu erhalten und die bewährten bauernspezifischen Leistungen, wie die Soziale Betriebshilfe, die FSME-Impfaktion und das breite Angebot an Gesundheitsaktionen, weiterhin unseren Versicherten anbieten zu können.

Als unverzichtbares Element der bäuerlichen Sozialversicherung erachte ich das pauschale Beitragssystem auf Basis der land(forst)wirtschaftlichen Einheitswerte, die mit der Hauptfeststellung 2014 neu bewertet und das Pauschalsystem damit für die Zukunft sichergestellt wurde. Als sozialversicherungsrechtlicher Wirksamkeitsbeginn der neuen Einheitswerte war einheitlich der 1. Jänner 2017 vorgesehen. Doch aufgrund der Verzögerungen beim Bescheidversand durch die Finanzbehörde haben nicht alle bäuerlichen Betriebe den neuen Einheitswertbescheid im Jahr 2017 erhalten. Für die einzelnen Betriebe hätte daher der Quartalsbeginn nach der jeweiligen Zustellung als sozialversicherungsrechtlicher Wirksamkeitstermin gegolten. Durch die zeitliche Verschiebung beim Versand der Bescheide an die Versicherten erfolgte auch die Übermittlung der Bescheide vom Bundesrechnungszentrum an die SVB mit deutlicher Verzögerung. Daher konnten im Jahr 2017 noch nicht alle neuen Einheitswertdaten in die EDV-Systeme der SVB eingearbeitet und für die Beitragsvorschreibungen erfasst werden. Um vor allem eine Gleichbehandlung für alle Betriebe zu erreichen und die teilweise Beitragsrückerstatttung aus der Steuerreform gesetzeskonform umsetzen zu können, forderte die SVB gemeinsam mit der bäuerlichen Interessenvertretung eine Verschiebung der sozialversicherungsrechtlichen Wirksamkeit von 1. Jänner 2017 auf 1. April 2018. Ich bin froh, dass diese Verschiebung neben dem Bekenntnis zum pauschalen Beitragssystem im Regierungsübereinkommen festgeschrieben ist und mittlerweile schon umgesetzt wurde.

Im Jahr 2017 jähren sich zwei wichtige Meilensteine der Sozialversicherung zum 25. Mal: die Einführung der Bäuerinnenpension und die gesetzliche Verankerung der Gesundheitsförderung als Aufgabe der Sozialversicherung. Ein eigener Pensionsanspruch für Bäuerinnen ist für uns eine Selbstverständlichkeit und es wäre heute für junge Bäuerinnen kaum vorstellbar, wenn sie keine eigene soziale Absicherung im Alter hätten. Doch der Grundstein dafür wurde erst im Jahr 1992 gelegt. Davor war nur ein Ehepartner pro Betrieb versichert, meist der Bauer, weshalb auch nur eine Pension pro Betrieb, für den Mann, ausbezahlt wurde. Mit der Einführung der Bäuerinnenpension konnte erreicht werden, dass der Beruf der Bäuerin voll anerkannt wurde und nun auch die Frauen bei gemeinsamer Betriebsführung bzw. hauptberuflicher Beschäftigung am Betrieb pflichtversichert und somit pensionsrechtlich abgesichert sind. Die Bäuerinnenpension brachte nicht nur eine eigene Pensionsversicherung für Frauen, sondern hat auch viel zum Selbstverständnis des Berufes "Bäuerin" und zur Anerkennung der wertvollen Arbeit am Betrieb beigetragen.

Als selbstverständlich gilt für uns heute auch, dass die Sozialversicherung nicht nur dann Leistungen erbringt, wenn zum Beispiel eine Krankheit eingetreten ist, sondern auch vorbeugende Maßnahmen leistet, um die körperliche und seelische Gesundheit und das Wohlbefinden der Menschen zu stärken und zu erhalten. Gesetzlich festgeschrieben wurde die Gesundheitsförderung als Aufgabe der Krankenversicherung vor 25 Jahren. Dies ermöglichte der SVB den Aufbau eines breiten, auf die bäuerliche Berufsgruppe ausgerichteten Gesundheitsförderungsprogramms und damit rückte auch die Bedeutung von Ernährung, richtiger Bewegung und Entspannung neben der oft schweren körperlichen Arbeit und somit die Vorsorge für die eigene Gesundheit stärker in das Bewusstsein der bäuerlichen Bevölkerung. Maßnahmen der Gesundheitsförderung und der Prävention zur Verhütung von Unfällen und Krankheiten sind aus dem Leistungskatalog der Sozialversicherung heute nicht mehr wegzudenken. Wenn doch ein Unfall passiert oder eine Krankheit eintritt, ist die Soziale Betriebshilfe eine wichtige Unterstützung der SVB, um bei Ausfall einer Arbeitskraft wirtschaftlich nachteilige Folgen für den Betrieb zu verhindern. Im Jahr 2017 wurde die Soziale Betriebshilfe weiterentwickelt, unter anderem wurde die Leistung für Einsätze an Sonn- und Feiertagen erweitert, für Lebensgefährten nach dem Tod des Betriebsführers ermöglicht und der Kostenzuschuss erhöht.

Dass solche Leistungen, die fest in der bäuerlichen Sozialversicherung verankert sind und eine große Hilfe und Unterstützung für die bäuerlichen Familien bedeuten, im Leistungsangebot erhalten bleiben und künftig an sich verändernde Gegebenheiten angepasst und weiterentwickelt werden können, dafür setze ich mich mit aller Kraft ein. Die von der Regierung geforderte Neustrukturierung der Sozialversicherungsträger sehe ich als Chance, mit dem Fokus auf die bestmögliche Versorgung, Beratung und Betreuung für unsere Versicherten die Weiterentwicklung der Sozialversicherung aktiv mitzugestalten.

Mit den besten Grüßen

hre

Vizepräsidentin ÖKR Theresia Meier

Obfrau

Die Weichen werden neu gestellt

Im Sommer 2017 hat der damalige Sozialminister die von ihm an die London School of Economics vergebene Studie "Effizienzanalyse des österreichischen Sozialversicherungs- und Gesundheitssystems" präsentiert. Von den vier vorgeschlagenen Modellen zur zukünftigen Struktur der österreichischen Sozialversicherung haben sich zum damaligen Zeitpunkt sowohl der Sozialminister als auch die Sozialversicherungsträger im Rahmen ihrer Beratungen über das Ergebnis der Studie im Hauptverband auf das Modell vier festgelegt. Dieses sah vor, die 21 Sozialversicherungsträger bestehen zu lassen und durch Leistungsharmonisierung und Aufgabenbündelung Effizienzpotentiale zu heben. Die Modelle eins bis drei der Studie sahen eine weitreichende Veränderung der bestehenden Struktur der österreichischen Sozialversicherung hin zu Spartenträgermodellen vor. Die Festlegung



der Verantwortlichen der Sozialversicherungsträger im August des Jahres 2017 erfolgte, obwohl im gleichzeitig laufenden Nationalratswahlkampf alle Parteien wesentliche Strukturänderungen in der Sozialversicherung verlangten. Angesichts dieser politischen Ausgangssituation haben unsere Obfrau, Frau Vizepräsident Theresia Meier, und ich in Absprache mit Präsident Schultes von der Interessenvertretung entschieden, neuerlich in Gespräche über die Schaffung einer gemeinsamen Sozialversicherung der Selbständigen (SVS) einzutreten. Die politischen Vertreter der Wirtschaft unterstützten diesen Vorschlag. Unter teilweise heftiger Kritik seitens des Hauptverbandes bzw. einzelner Sozialversicherungsträger fanden in den kommenden Wochen die Gespräche über die Grundzüge eines gemeinsamen Sozialversicherungsträgers statt. Noch vor den Nationalratswahlen im Oktober lag ein erstes gemeinsames Grundsatzpapier vor. Wirtschaft und Bauern konnten daher im Zuge der Regierungsverhandlungen argumentieren, dass bereits eine Grundsatzeinigung für einen Sozialversicherungsträger der Selbständigen vorliegt und dass diese Einigung im Rahmen der Regierungsverhandlung berücksichtigt und umgesetzt werden sollte. So ist es schließlich in den Regierungsvereinbarungen entschieden worden.

Da es aus Sicht der Führung der SVB und der Interessenvertretung unrealistisch war, den Bestand der 21 Sozialversicherungsträger politisch abzusichern, haben wir uns frühzeitig auf die kommende Reform eingestellt und jenen Weg gewählt, der aus unserer Sicht bei geänderten Sozialversicherungsstrukturen die meiste Mitsprache der bäuerlichen Versichertengruppe in Zukunft gewährleistete. Nach den Regierungsverhandlungen wurden in politischen Gesprächen zwischen Vertretern der Wirtschaft und der Bauern und der beiden Sozialversicherungsträger die Grundsatzvereinbarungen vertieft und die organisatorischen Grundlagen eines gemeinsamen Trägers fixiert. Wir können heute davon ausgehen, dass wir grundsätzlich gut vorbereitet sind für den Start des gemeinsamen Sozialversicherungsträgers der Selbständigen (SVS) am 1. Jänner 2020.

Neben dieser politischen Grundsatzdebatte zur Struktur der Sozialversicherung in Österreich hat es für die bäuerlichen Versicherten im Jahr 2017 eine Reihe weiterer wichtiger Veränderungen gegeben. Ebenfalls im Zuge der Regierungsverhandlungen wurde vereinbart, dass der sozialversicherungsrechtliche Wirksamkeitsbeginn der Hauptfeststellung der Einheitswerte vom 1. Jänner 2017 auf den 1. April 2018 verschoben wird. Dies wurde gesetzlich bereits Ende 2017 vom Parlament umgesetzt. Eine rückwirkende Vorschreibung von Beitragssteigerungen aufgrund der Hauptfeststellung konnte damit vermieden werden.

Im Leistungsrecht sind drei wichtige Verbesserungen für unsere Versicherten hervorzuheben:

- Mit Wirkung vom 1. Jänner 2017 wurde in der Pensionsversicherung der AZ-Richtsatz bei 30 Beitragsjahren auf 1.000 Euro angehoben. Dies brachte für rund 6.000 bäuerliche Pensionisten eine Verbesserung bei der Ausgleichszulage von rund acht Millionen Euro pro Jahr.
- Eine Arbeitsgruppe der Selbstverwaltung unter Einbeziehung der zuständigen Mitarbeiter des Büros hat sich eingehend mit notwendigen Veränderungen bei der Betriebshilfe auseinandergesetzt. Neben einigen wichtigen technischen Veränderungen und Klärungen bei der Anspruchsberechtigung und bei der Abwicklung wurde insbesondere der Stundensatz für Betriebshilfe von 8 Euro auf 9,50 Euro angehoben und der Tagessatz für die Pauschale Betriebshilfe auf 34,- Euro angepasst. Ebenso wurde festgelegt, dass die Obergrenze für die Zuschussleistung bei der Betriebshilfe im Verhältnis zum Gesamtaufwand mit 80 Prozent festgesetzt wird.
- Nach langen Bemühungen ist es gelungen, die Richtlinie des Hauptverbandes für die Rezeptgebührenbefreiung für die bäuerlichen Versicherten zu verändern. Die bis Ende 2016 geltende Berücksichtigung des fiktiven Ausgedinges bei der Grenze für die Rezeptgebührenbefreiung wurde beseitigt. So wie für alle anderen Versicherten tritt nun für bäuerliche Versicherte bei einem Einkommen unter dem Ausgleichszulagenrichtsatz eine allgemeine Rezeptgebührenbefreiung ein. Die Entlastung für Bezieher niedriger Pensionen und Einkommen aus dieser Verbesserung bei der Rezeptgebührenbefreiung macht pro Jahr rund fünf Millionen Euro aus.

Auch wenn die größte strukturelle Veränderung in der bäuerlichen Sozialversicherung seit 1974 vor uns liegt, werden wir uns auch unter geänderten organisatorischen Rahmenbedingungen weiterhin ständig für Leistungsverbesserungen für alle bäuerlichen Versicherten und ihre Angehörigen einsetzen und insbesondere im Bereich der Gesundheitsaktionen die Veränderungen der bäuerlichen Lebenswelt in unserem Leistungsangebot berücksichtigen.

Mit besten Grüßen

Mag. Franz Ledermüller Generaldirektor



Schwerpunkte



Internationale Veranstaltungen: SVB begrüßt MELA

Zur Pflege internationaler Kontakte im Bereich der bäuerlichen Sozialversicherung findet regelmäßig ein Erfahrungsaustausch mit Delegationen aus anderen Ländern in der SVB statt. Im Jahr 2017 begrüßte die SVB die Delegation der finnischen Sozialversicherung für Landwirte MELA in der Hauptstelle. Im Fokus der Veranstaltung stand die Information rund um das bäuerliche Beitrags- und Leistungsrecht in Österreich. Dabei gaben die Spitzenrepräsentanten von MELA in einem Erfahrungsaustausch auch Einblicke in das finnische Sozialversicherungssystem. Auf besonderes Interesse seitens der finnischen Delegation stieß dabei das umfassende Präventions- und Beratungsprogramm der SVB. Bei dem insgesamt zweitägigen Besuch wurde den finnischen Gästen einerseits ein theoretischer Überblick über das bäuerliche Sozialsystem in Österreich gegeben. Zudem lernten die Besucher am zweiten Tag ihres Aufenthaltes die österreichische Landwirtschaft hautnah bei einer Exkursion zu zwei Betrieben kennen, die die österreichische Landwirtschaft repräsentieren.

Das Resümee dieses Austausches: Die Vertreter von MELA nehmen wichtige Impulse in puncto Arbeitssicherheit und Prävention für künftige Arbeitsschwerpunkte mit.

Startschuss "MeineSV": SVB beteiligt sich an Online-Plattform

Um den Versicherten zeitgemäße, elektronische Interaktionsmöglichkeiten mit der Sozialversicherung anzubieten, wurde 2013 im Rahmen einer Digitalisierungsoffensive primär seitens der Gebietskrankenkassen mit dem Projekt e_nnovation begonnen, um eine Plattform ("MeineSV") für verschiedene Online-Services aufzubauen. Anfangs war der Zusatznutzen zu den ohnehin über die Webauftritte angebotenen Online-Formularen und Online-Anträgen für die SVB gering. Mit fortschreitender Verbreitung der Handy-Signatur als Basis-Technologie für "MeineSV" und der Notwendigkeit sicherer elektronischer Übermittlungswege wurde eine Partizipation an "MeineSV" auch für die SVB interessant.

So beteiligte sich die SVB gemäß dem Beschluss des Vorstandes in der Sitzung am 30.11.2016 an dem Projekt e_nnovation und wurde ab 2017 Teil des "MeineSV"-Portals, in welches mittlerweile die meisten SV-Träger integriert sind.

Mit November 2017 wurde ein weiterer Entwicklungsschritt der "MeineSV"-Plattform umgesetzt und das gemeinsame, individualisierte Portal freigeschalten. Es bietet jedem Versicherten eine individuelle Plattform, auf der alle für ihn relevanten Online-Services seiner leistungszuständigen Sozialversicherungsträger eingesehen und genutzt werden können.

Diskussion um Reform der Sozialversicherungsträger

Ende August wurde die von Sozialminister Alois Stöger initiierte Effizienzstudie der London School of Economics präsentiert. Die Studie stellt dem österreichischen Gesundheits- und Sozialsystem ein gutes Zeugnis aus. Verbesserungspotenzial sei vorhanden, weshalb die Studie auch Vorschläge zur Neuorganisation von Zahl und Struktur der Sozialversicherungsträger enthält.

Die Organisation der Sozialversicherung ist historisch gewachsen, sie ist verfassungsrechtlich an sich nicht geschützt. Verfassungsrechtlich geschützt ist jedoch das Grundprinzip der Selbstverwaltung. Die Organisation und Gestaltung der Selbstverwaltung postuliert, dass die im Träger repräsentierte Berufsgruppe durch Personen aus dieser Gruppe vertreten sein müssen.

Ein von den Bundes-Krankenversicherungsträgern in Auftrag gegebenes Gutachten zeigt die Spielräume und auch die Grenzen bezüglich der Veränderungen in der Struktur der Sozialversicherung auf. Aus dieser Studie geht klar hervor, dass im Rahmen der bestehenden Verwaltungsform der Sozialversicherungsträger, nämlich der Selbstverwaltung, nicht jeder Vorschlag einfach gesetzlich umgesetzt werden kann.

Im Herbst 2017 fand die Nationalratswahl statt und es wurde Ende des Jahres eine neue Bundesregierung angelobt. In Hinblick auf eine Reform der Sozialversicherungen sieht das Regierungsübereinkommen eine österreichweite Leistungsharmonisierung vor. Des Weiteren sollen die 21 Sozialversicherungsträger auf fünf reduziert werden, um Einsparungspotenziale zu nutzen. Geplant ist unter anderem ein Träger für alle selbständig Erwerbstätigen, indem die SVB und die SVA der gewerblichen Wirtschaft zu einem gemeinsamen Träger fusioniert werden sollen. Eckpunkte für die Fusion sind das Bekenntnis zur Selbstverwaltung, die Erhaltung eines Allspartenträgers, wie es die SVB heute bereits ist, die Beibehaltung der Informations-, Auskunfts- und Beratungsleistung, das Weiterführen der Präventionsangebote, wie Gesundheitsaufenthalte, sowie der Erhalt der bäuerlichen Besonderheiten im Beitragsbereich.

Jubiläen

2017 jährten sich zwei Meilensteine in der bäuerlichen Sozialversicherung zum 25. Mal. Zum einen wurde im Jahr 1992 die **Bäuerinnenpensionsversicherung** ins Leben gerufen. Heutzutage ist es für junge Bäuerinnen selbstverständlich, einen eigenständigen Pensionsanspruch zu haben, und doch ist es erst zweieinhalb Jahrzehnte her, dass diese sozialversicherungsrechtliche Absicherung auf den Weg gebracht wurde. Derzeit beziehen bereits über 80.000 Bäuerinnen eine Alterspension. Um an diesen Meilenstein zu erinnern, wurde in den SVB-eigenen Medien entsprechend Raum für einen Leitartikel, in dem auch die bäuerliche Interessenvertretung, Meinungsbildner und Vertreterinnen der Bäuerinnenorganisation zu Wort kommen, gegeben.

Zum anderen wurde vor 25 Jahren die **Gesundheitsförderung** als Aufgabe der Krankenversicherung gesetzlich verankert. Mit ihren Aktionen in puncto Ernährung, Bewegung und Kindersicherheit bis hin zu den Gesundheits-Aktiv-Wochen war und ist die SVB Vorreiter in der Präventionsarbeit. Gemeinsam mit den verschiedenen Gesundheitsaktionen, welche bedarfsorientiert immer wieder neu ausgerichtet werden, haben Bäuerinnen und Bauern ein einzigartiges Angebot. Dieses Jubiläum nahm die SVB zum Anlass, einen Rückblick auf die Projekte und Erfolge der vergangenen 25 Jahre zu halten. Univ.Prof. Dr. Anita Rieder, Leiterin des Zentrums für Public Health der Medizinischen Universität Wien, welche die SVB bei ihren Gesundheitsbefragungen seit 1993 wissenschaftlich begleitet und Gastrednerin bei der Festveranstaltung anlässlich des Jubiläums war, stellt der SVB-Gesundheitsförderung ein gutes Zeugnis aus.

Krisenmanagement

In einem Bericht des Rechnungshofes wurde das Fehlen eines sozialversicherungsweiten Krisenmanagements kritisch angemerkt. Aus diesem Grund wurde die Trägerkonferenz des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger beauftragt, eine SV-Informationssicherheitsstrategie für die Sozialversicherung und ein SV-BCM-Handbuch (Business Continuity Management) zu erarbeiten und zur Beschlussfassung vorzulegen – dieser Beschluss wurde von der Trägerkonferenz am 13. Juni 2017 gefasst. Nach Vorgaben der Trägerkonferenz hat somit auch die SVB einen Krisenstab eingerichtet und ein Krisenhandbuch erarbeitet. Zu diesem neuen Bereich fand eine Schulung sowie eine Krisenübung für die er-



nannten Personen im Krisenstab statt und wurden die leitenden Mitarbeiter der SVB informiert, um eine einheitliche Vorgehensweise sicherzustellen.

Einheitswert-Hauptfeststellung

Entsprechend der gesetzlichen Bestimmungen war der sozialversicherungsrechtliche Wirksamkeitstermin für die neuen Einheitswerte nach der Einheitswert-Hauptfeststellung 2014 mit 1. Jänner 2017 festgesetzt. Da bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht alle Hauptfeststellungs-Bescheide von der Finanzbehörde versendet waren, wurden die neuen Einheitswerte allerdings zu unterschiedlichen Terminen wirksam (Quartalsbeginn nach der jeweiligen Zustellung des neuen Bescheides). Auch die technische Einarbeitung der Daten in der Bewirtschaftungsdatenbank konnte nicht wie vorhergesehen abgeschlossen werden. Die SVB war stets darum bemüht, ihre Versicherten laufend über den aktuellen Stand der Umsetzung und Aufarbeitung über Printmedien und Internet zu informieren. Eine Vorschreibung auf Basis der neuen Einheitswerte war im Jahr 2017 noch nicht möglich. Mit der gesetzlichen Verschiebung des Wirksamkeitstermins auf 1. April 2018 können eine Ungleichbehandlung beseitigt und erhebliche Nachforderungen vermieden werden.

Gesetzliche Änderungen



Allgemeines

Der Anpassungsfaktor, mit dem Renten, Pensionen und leistungsbezogene feste Beträge in der Sozialversicherung erhöht werden, wird mit 1,008 festgesetzt.

Die Aufwertungszahl, die für die Erhöhung der Höchstbeitragsgrundlage und der festen Beträge, die der Beitragsberechnung dienen, herangezogen wird, wird mit 1,024 festgesetzt.

Inkrafttreten des Sozialversicherungs-Zuordnungsgesetzes: Zur Abgrenzung von selbständiger und unselbständiger Erwerbstätigkeit mit Bindungswirkung wird künftig bereits bei der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit durch bestimmte Personengruppen (neue Selbstständige, bestimmte freie Gewerbe und landwirtschaftliche Nebentätigkeiten gem. Pkt. 6 und 7 der Anlage 2 zum BSVG) mittels Fragebogen geprüft, ob eine Pflichtversicherung nach dem ASVG oder nach dem GSVG bzw. BSVG vorliegt (Vorabprüfung).

Entzug der Tabaksteuermittel aus der bäuerlichen Krankenversicherung.

Die Alterssicherungskommission (ASK) ersetzt die bisherige Pensionskommission und wird auf 12 Mitglieder verkleinert (Alterssicherungskommissions-Gesetz).

Kinderbetreuungsgeld Neu für Kinder, die ab dem 01.03.2017 geboren werden: Die bisherigen vier Pauschalvarianten werden durch ein Kinderbetreuungsgeld-Konto abgelöst, das einkommensabhängige Kinderbetreuungsgeld und die Beihilfe zum Kinderbetreuungsgeld bleiben bestehen.

Einführung des Familienzeitbonus (FamilienzeitbonusG): Finanzielle Unterstützung in der Höhe von 22,60 Euro/Tag für Väter, die vorübergehend aufgrund der kürzlich erfolgten Geburt ihres Kindes ihre Erwerbstätigkeit unterbrechen, um ausschließlich und ganz intensiv Zeit mit der Familie zu verbringen.

Einführung eines Partnerschaftsbonus in der Höhe von 500 Euro bei annährend gleich langem Kinderbetreuungsgeldbezug von beiden Elternteilen.

Änderungen im Versicherungs- und Beitragsrecht

Neue Einheitswerte laut Hauptfeststellung 2014 für den Bereich der Sozialversicherung.

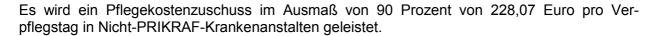
Beitragsgutschrift eines Teils der Beiträge für das 4. Quartal 2016 für alle bäuerlichen Betriebe, deren Betriebsführer vollversichert sind.

Änderungen im Leistungsrecht der Krankenversicherung und Unfallversicherung

Es werden alle Ausgleichszulagenbezieher für sich und ihre anspruchsberechtigten Angehörigen automatisch von der Rezeptgebühr befreit; das pauschale Ausgedinge wird nicht mehr für die automatische Befreiung berücksichtigt.

Kostenzuschüsse für ambulante Tumorbehandlung mit Protonen und Kohlenstoffionen.

Anspruchsberechtigte Angehörige sind bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres vom Kostenanteil für stationäre Spitalsaufenthalte sowohl nach den Sozialversicherungsgesetzen als auch nach den Landesgesetzen ausgenommen.



Erhöhung des Stundensatzes beim Kostenzuschuss für Soziale Betriebshilfe auf 9,50 Euro sowie eine Erhöhung des Tagsatzes für die pauschale Betriebshilfe auf 34 Euro; Anhebung der Obergrenze für eine Kostenübernahme für Betriebshilfe auf 80 Prozent der anerkannten Gesamtkosten.

Der Unfallversicherungsschutz für das Einstellen von Reittieren wird ab 18.07.2017 wieder gewährleistet.

Änderungen im Leistungsrecht der Pensionsversicherung

Als Ergänzung zur Pensionsanpassung von 0,8 Prozent gebührt allen Pensionisten mit gewöhnlichem Aufenthalt in Österreich bzw. EU/EWR oder der Schweiz eine Einmalzahlung in der Höhe von 100 Euro.

Für alleinstehende Personen, die mindestens 30 Beitragsjahre aufgrund einer Erwerbstätigkeit haben, denen aber trotzdem nur eine geringe Pension im Bereich der Ausgleichszulage (2017: 889,84 Euro) gebührt, gilt ein erhöhter Ausgleichszulagenrichtsatz von 1.000 Euro.

Das maßgebliche Alter für den Tätigkeitsschutz bei einer Erwerbsunfähigkeitspension wird auf das vollendete 60. Lebensjahr angehoben.

Bei freiwilligem Verbleib im Erwerbsleben über das Regelpensionsalter hinaus wird der Pensionsversicherungsbeitrag halbiert.

Feststellung von Schwerarbeitszeiten durch alle Pensionsversicherungsträger bis zu zehn Jahre vor dem frühestmöglichen Anfallsalter (60. Lebensjahr) für die Schwerarbeitspension.

Es werden rückwirkend Versicherungszeiten für die Pflege eines behinderten Kindes von bis zu zehn Jahren bei Selbstversicherung in der Pensionsversicherung berücksichtigt.

Berücksichtigung von Versicherungszeiten vor 2005 im APG: Es werden alle bis dahin erworbenen Zeiten (nicht nur Kindererziehungszeiten, sondern auch Beitragszeiten und Ersatzzeiten nach dem ASVG, GSVG oder BSVG) für die Erfüllung der Anspruchsvoraussetzungen für die Alterspension nach dem APG zur Gänze und in gleicher Weise herangezogen.

Änderung der Anspruchsvoraussetzungen bei Korridorpension (Nachweis von insgesamt 480 Versicherungsmonaten) und vorzeitiger Alterspension bei langer Versicherungsdauer (Nachweis von insgesamt 480 Versicherungsmonaten oder 450 Beitragsmonaten).

Erweiterung der Möglichkeiten zum freiwilligen Pensionssplitting: Übertragungsmöglichkeit von Teilgutschriften wird von vier auf sieben Jahre pro Kind ausgeweitet; Einziehung einer Höchstgrenze von 14 übertragenen Teilgutschriften pro Elternteil.

Rechnungsabschluss

Gesamtsicht



Nach den Weisungen für die Rechnungslegung und Rechnungsführung der Sozialversicherungsträger und des Hauptverbandes (Rechnungsvorschriften - RV) hat der Geschäftsbericht alle wichtigen Vorgänge, die sich beim Versicherungsträger im Laufe des Berichtsjahres ereignet haben, darzustellen, soweit sie nicht aus den Angaben des Rechnungsabschlusses und den statistischen Nachweisungen zu ersehen sind. Der Geschäftsbericht des Versicherungsträgers hat insbesondere eine Erläuterung des Rechnungsabschlusses zu enthalten. Bestandteile des Rechnungsabschlusses sind die Erfolgsrechnung und die Schlussbilanz. Unter anderem sind auch die besonderen, für den Gesamt- und Teilerfolg des Berichtsjahres, maßgebenden Umstände darzulegen. Dabei sind auch wesentliche Abweichungen vom Rechnungsabschluss für das unmittelbar vorangegangene Geschäftsjahr zu erörtern.

In den folgenden Berichtsteilen zum Jahresabschluss 2017 wird nicht nur das Jahr 2016, sondern als ergänzende Information auch das Jahr 2015 dargestellt.

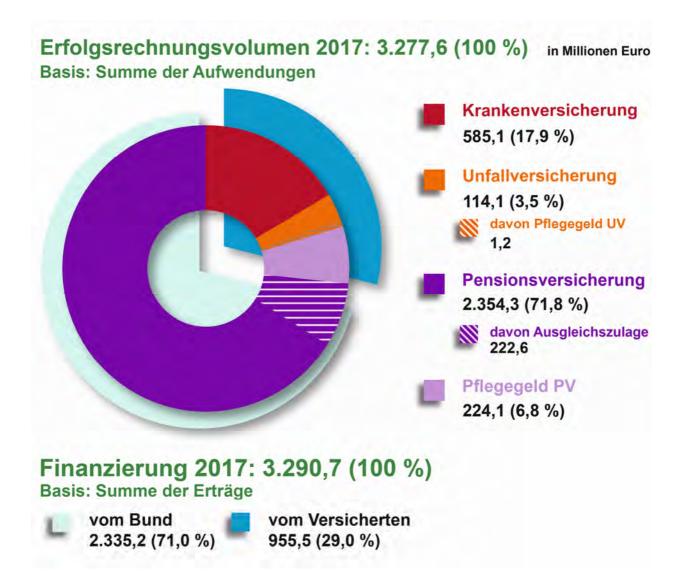
Gebarung

Gemessen an den Relationen zwischen Erträgen und Aufwendungen zeigen die Kennzahlen in der Krankenversicherung positive Ergebnisse. Die Unfallversicherung bilanziert ab 2011 durch den gänzlichen Entfall des Bundesbeitrages - ausgelöst durch das Budgetbegleitgesetz 2011 - stark negativ. In der Pensionsversicherung leistet der Bund im Rahmen seiner Ausfallhaftung einen Beitrag in der Höhe des Betrages, um den die Aufwendungen die Erträge übersteigen, wodurch ein fast ausgeglichenes Ergebnis entsteht. Lediglich die Dotierung des Unterstützungsfonds bewirkt in der Pensionsversicherung einen Bilanzverlust in gleicher Höhe. Die Aufwendungen für das Pflegegeld in der Pensionsversicherung werden zur Gänze vom Bund ersetzt und der Mehraufwand für das Pflegegeld in der Unfallversicherung wird aus der ordentlichen Gebarung der Unfallversicherung abgedeckt, wobei dies in den Zahlen der Unfallversicherung bereits berücksichtigt ist.

	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Erträge in der Krankenversicherung	628.601.869,95	612.485.711,29	608.844.315,15	- 0,6
Aufwendungen in der Krankenversicherung	568.987.189,62	585.075.170,68	585.060.787,48	- 0,0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	59.614.680,33	27.410.540,61	23.783.527,67	- 13,2
Erträge in der Unfallversicherung	97.969.821,48	99.199.754,37	103.784.520,76	+ 4,6
Aufwendungen in der Unfallversicherung	112.857.620,90	117.614.319,71	114.141.410,60	- 3,0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-14.887.799,42	-18.414.565,34	-10.356.889,84	- 43,8
Erträge in der Pensionsversicherung	2.318.182.163,13	2.351.205.129,68	2.353.973.066,04	+ 0,1
Aufwendungen in der Pensionsversicherung	2.318.482.163,13	2.351.505.129,68	2.354.273.066,04	+ 0,1
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	- 300.000,00	- 300.000,00	- 300.000,00	- 0,0
Erträge BPGG/PV	221.518.834,25	225.154.765,33	224.108.522,39	- 0,5
Aufwendungen BPGG/PV	221.518.834,25	225.154.765,33	224.108.522,39	- 0,5
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-	-	-	-

Summe Erträge KV / UV / PV / BPGG-PV	3.266.272.688,81	3.288.045.360,67	3.290.710.424,34	+ 0,1
Summe Aufwendungen KV/UV/PV/BPGG-PV	3.221.845.807,90	3.279.349.385,40	3.277.583.786,51	- 0,1
Bilanzgewinn / Bilanzverlust	44.426.880,91	8.695.975,27	13.126.637,83	+ 51,0





Das Gebarungsvolumen, welches sich an der Summe der Aufwendungen orientiert, hat sich um 0,1 % reduziert.

Gebarungsvolumen	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
in der Krankenversicherung	568.987.189,62	585.075.170,68	585.060.787,48	- 0,0
in der Unfallversicherung *)	112.857.620,90	117.614.319,71	114.141.410,60	- 3,0
in der Pensionsversicherung	2.318.482.163,13	2.351.505.129,68	2.354.273.066,04	+ 0,1
im BPGG/PV	221.518.834,25	225.154.765,33	224.108.522,39	- 0,5
Summe Gebarungsvolumen	3.221.845.807,90	3.279.349.385,40	3.277.583.786,51	- 0,1

*) inkl. BPGG/UV	1.165.898,34	1.172.787,78	1.164.362,80	- 0,7
------------------	--------------	--------------	--------------	-------

Für das Pflegegeld aus der Pensionsversicherung ist die SVB vollziehende Stelle. Der Mehraufwand wird zur Gänze vom Bund ersetzt. Ohne Pflegegeld-PV beträgt das Gebarungsvolumen 3.053,5 Mio., wovon auf den Bund 68,9 % und auf die Versicherten 31,1 % fallen.



Mittelherkunft / Mittelverwendung

Krankenversicherung

Mittelherkunft / Mittelverwendung in der Krankenversicherung	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Beiträge der Versicherten	281.295.402,57	259.264.838,34	288.345.441,29	+ 11,2
Sonstige Erträge	58.835.532,53	63.084.404,57	58.318.748,57	- 7,6
Bundesmittel	288.470.934,85	290.136.468,38	262.180.125,29	- 9,6
Mittelherkunft	628.601.869,95	612.485.711,29	608.844.315,15	- 0,6
Ärztliche Hilfe und gleichgestellte Leistungen	124.105.589,70	126.569.392,29	128.847.809,17	+ 1,8
Heilmittel	128.820.503,24	130.324.743,39	132.760.182,22	+ 1,9
Anstaltspflege und medizinische Hauskrankenpflege	174.398.254,94	183.491.604,34	176.718.082,41	- 3,7
Andere Versicherungsleistungen	94.214.669,86	96.799.292,73	98.482.303,32	+ 1,7
Sonstige Aufwendungen	47.448.171,88	47.890.137,93	48.252.410,36	+ 0,8
Mittelverwendung	568.987.189,62	585.075.170,68	585.060.787,48	- 0,0

Details zu den Bundesmitteln in der Krankenversicherung	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Hebeanteil zur Krankenversicherung der Pensionisten	251.555.008,70	251.137.694,36	253.765.000,18	+ 1,0
Beiträge für Angehörige von Wehrpflichtigen	-	26,80	130,37	•
Ersätze für Betriebshilfe (70 % der Aufwendungen)	-	4.302,71	-	•
Ersätze für Wochengeld (70 % der Aufwendungen)	5.295.736,67	5.408.467,77	5.609.021,10	+ 3,7
Ersätze für Mutter-Kind-Pass-Leistungen	366.172,00	358.636,00	363.242,00	+ 1,3
Beihilfenzuschlag lt. GSBG	29.938.800,00	30.671.971,20	-	- 100,0
Fonds für Zahngesundheit § 447i ASVG	539.962,90	1.749.443,19	1.683.244,33	- 3,8
Kinderbetreuungsgeld KV-Beiträge	775.254,58	805.926,35	759.487,31	- 5,8
Summe Bundesmittel	288.470.934,85	290.136.468,38	262.180.125,29	- 9,6



vom Bund 262.180.125 (43,1 %)

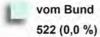


vom Versicherten 346.664.190 (56,9 %) Gesamt 608.844.315 (100,0 %)

Unfallversicherung

Mittelherkunft / Mittelverwendung in der Unfallversicherung	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Beiträge der Versicherten	95.758.017,97	96.854.885,92	101.419.649,29	+ 4,7
Sonstige Erträge	2.211.353,51	2.344.418,45	2.364.349,47	+ 0,9
Bundesmittel	450,00	450,00	522,00	+ 16,0
Mittelherkunft	97.969.821,48	99.199.754,37	103.784.520,76	+ 4,6
Rentenaufwand inkl. Abfertigungen, Abfindungen	76.099.017,90	79.047.578,01	74.916.914,61	- 5,2
Andere Versicherungsleistungen	20.914.965,29	22.094.368,27	22.913.390,53	+ 3,7
Sonstige Aufwendungen	15.843.637,71	16.472.373,43	16.311.105,46	- 1,0
Mittelverwendung	112.857.620,90	117.614.319,71	114.141.410,60	- 3,0

Details zu den Bundesmitteln in der Unfallversicherung	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Entschädigung für Kriegsgefangene	450,00	450,00	522,00	+ 16,0
Summe Bundesmittel	450,00	450,00	522,00	+ 16,0





Gesamt 103.784.521 (100,0 %)



Pensionsversicherung

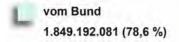
Mittelherkunft / Mittelverwendung in der Pensionsversicherung	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Beiträge der Versicherten *)	478.491.802,38	481.765.597,86	492.513.426,72	+ 2,2
Sonstige Erträge	10.994.820,29	11.596.355,64	12.267.557,84	+ 5,8
Bundesmittel	1.828.695.540,46	1.857.843.176,18	1.849.192.081,48	- 0,5
Mittelherkunft	2.318.182.163,13	2.351.205.129,68	2.353.973.066,04	+ 0,1
Pensionsaufwendungen	1.697.339.115,28	1.720.271.540,89	1.735.615.114,80	+ 0,9
Ausgleichszulagen	233.569.564,13	226.512.593,25	222.633.567,25	- 1,7
Beiträge zur Krankenversicherung der Pensionisten	251.555.008,70	251.137.694,36	253.765.000,18	+ 1,0
Andere Versicherungsleistungen	77.292.822,67	80.138.707,80	82.297.218,46	+ 2,7
Sonstige Aufwendungen	58.725.652,35	73.444.593,38	59.962.165,35	- 18,4
Mittelverwendung	2.318.482.163,13	2.351.505.129,68	2.354.273.066,04	+ 0,1

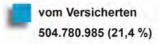
^{*)} Beitragssatz für Versicherte ab 1.1.2012: 15,5%, ab 1.7.2012: 16,0%, ab 1.7.2013: 16,5%, ab 1.1.2015: 17,0%

Details zu den Bundesmitteln in der Pensionsversicherung	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Partnerleistung 1)	146.961.136,00	148.000.273,67	149.380.622,57	+ 0,9
abzüglich Abgabe von land- und forstw. Betrieben 2)	- 30.434.324,46	- 30.291.668,43	- 36.761.055,70	+ 21,4
Partnerleistung ohne Abgabe	116.526.811,54	117.708.605,24	112.619.566,87	- 4,3
Teilversicherte	13.534.727,41	15.963.193,98	17.515.177,22	+ 9,7
Ausfallhaftung des Bundes	1.464.091.228,33	1.496.746.052,41	1.495.498.365,20	- 0,1
Ausgleichszulagen	233.569.564,13	226.512.593,25	222.633.567,25	- 1,7
Entschädigung für Kriegsgefangene	393.732,50	318.473,00	294.464,83	- 7,5
Weiterversicherung für die Pflege naher Angehöriger	579.476,55	594.258,30	630.940,11	+ 6,2
Bundesmittel gesamt	1.828.695.540,46	1.857.843.176,18	1.849.192.081,48	- 0,5

^{1) &}quot;Beitragssatz" für Partnerleistung ab 1.1.2012: 7,3%, ab 1.7.2012: 6,8%, ab 1.7.2013: 6,3%, ab 1.1.2015: 5,8%

²⁾ Die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben ist als "zusätzliche Beitragsleistung" der Versicherten zu werten.

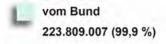




Gesamt 2.353.973.066 (100,0 %)

Pflegegeld in der Pensionsversicherung

Mittelherkunft / Mittelverwendung des BPGG/PV	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Sonstige Erträge	311.276,97	299.161,29	299.515,15	+ 0,1
Ersatzleistung des Bundes	221.207.557,28	224.855.604,04	223.809.007,24	- 0,5
Mittelherkunft	221.518.834,25	225.154.765,33	224.108.522,39	- 0,5
Pflegegeld	211.394.353,41	215.409.909,40	214.184.932,42	- 0,6
Sonstige Aufwendungen	10.124.480,84	9.744.855,93	9.923.589,97	+ 1,8
Mittelverwendung	221.518.834,25	225.154.765,33	224.108.522,39	- 0,5



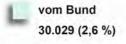


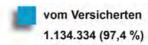
Gesamt 224.108.522 (100,0 %)



Pflegegeld in der Unfallversicherung

Mittelherkunft / Mittelverwendung des BPGG/UV	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Sonstige Erträge	37,32	3.476,87	7.008,10	•
Ersatzleistung des Bundes	22.438,58	31.808,03	30.028,92	- 5,6
Überweisung der Unfallversicherung (Mehraufwand)	1.143.422,44	1.137.502,88	1.127.325,78	- 0,9
Mittelherkunft	1.165.898,34	1.172.787,78	1.164.362,80	- 0,7
Pflegegeld	1.133.750,70	1.140.041,15	1.130.853,28	- 0,8
Sonstige Aufwendungen	32.147,64	32.746,63	33.509,52	+ 2,3
Mittelverwendung	1.165.898,34	1.172.787,78	1.164.362,80	- 0,7





Gesamt 1.164.363 (100,0 %)

Finanzstatus

Insgesamt kann festgestellt werden, dass die Anstalt im Geschäftsjahr 2017 positiv bilanziert hat, da dem Gewinn in der Krankenversicherung von rd. 23,8 Mio. Euro ein niedrigerer Verlust in der Unfallversicherung von rd. 10,4 Mio. Euro gegenüber steht.

Aufgrund des positiven Bilanzergebnisses in der Krankenversicherung des Jahres 2017 von 23,8 Mio. Euro erhöhte sich die Allgemeine Rücklage in diesem Zweig von 129,6 Mio. Euro auf 153,4 Mio. Euro. Die Leistungssicherungsrücklage ist in der Krankenversicherung Ende 2017 mit einem Sollbetrag von rund 44,7 Mio. Euro voll dotiert.

Die Allgemeine Rücklage in der Unfallversicherung beträgt am Ende des Jahres 2017 rund 33,0 Mio. Euro. Die Leistungssicherungsrücklage erreicht per 31.12.2017 den erforderlichen Sollstand von rund 8,2 Mio. Euro.

In der Pensionsversicherung ist die Leistungssicherungsrücklage nicht voll dotiert und es gibt auch keine Allgemeine Rücklage. Durch die Ausfallhaftung des Bundes ergibt sich praktisch ein ausgeglichenes Ergebnis. Nur die Dotierung des Unterstützungsfonds ist von der Ausfallhaftung nicht umfasst. Durch die nicht am konkreten jeweiligen Finanzierungsbedarf orientierte monatliche Bevorschussung der Beiträge des Bundes mussten dadurch entstandene finanzielle Engpässe mit kreditorischen Maßnahmen überbrückt bzw. Überschüsse kurzfristig veranlagt werden.





Erfolgsrechnungen 2015 – 2017

Bezeichnung	2015	2016	2017	Δ 2016 201 [°] in %
Beiträge für	474 000 040 75	450 705 070 04	47F 774 F00 40	. 40.
a) pflichtversicherte Selbständige	171.020.612,75 10.993.313,77	150.785.978,04	175.774.523,46 10.934.329,20	+ 16,6 + 15,1
b) pflichtversicherte Angehörige c) freiwillig Versicherte	292.775,32	9.497.550,92 311.609,42	308.706,81	- 0,9
d) pflichtversicherte Pensionisten	338.532.694,45	339.257.396,40	342.818.161,24	+ 1,0
e) Familienangehörige der Wehrpflichtigen	-	26,80	130,37	_
f) Zusatzbeitrag für Angehörige	71.190,03	59.847,65	73.126,73	+ 22,
Beitrag zur Spitalfinanzierung (§ 447f Abs. 11 Z1 ASVG)	12.715.079,53	11.296.076,62	12.961.081,34	+ 14,
Summe der Beiträge	533.625.665,85	511.208.485,85	542.870.059,15	+ 6,
Beitragszuschläge	466.122,72	462.206,54	406.152,51	- 12,
Ersätze für Leistungsaufwendungen Gebühren, Kostenbeteiligungen und Kostenanteile a) Rezeptgebühren	24.788.549,64	26.087.945,77	26.941.065,09	+ 3,
, , , ,	16.138.394,16	15.188.531,72	12.668.198,80	- 16,
b) Service-Entgelt c) Kostenbeteiligungen	4.777.535,58	4.018.797,23	3.521.394,41	- 12,
d) Kostenanteile	14.463.203,05	13.879.083,22	14.191.405,46	+ 2,
Sonstige betriebliche Erträge	1.834.193,34	7.826.432,63	4.651.873,50	- 40,
Summe der Erträge	596.093.664,34	578.671.482,96	605.250.148,92	+ 4,
Krankenbehandlung		·		
a) Ärztliche Hilfe und gleichgestellte Leistungen	124.105.589,70	126.569.392,29	128.847.809,17	+ 1,
b) Heilmittel (Arzneien)	128.820.503,24	130.324.743,39	132.760.182,22	+ 1,
c) Heilbehelfe und Hilfsmittel Zahnbehandlung und Zahnersatz	19.616.222,45	20.393.337,42	20.699.758,29	+ 1,
a) Zahnbehandlung	18.380.637,58	19.058.342,61	18.533.895,74	- 2,
b) Zahnersatz Anstaltspflege und med. Hauskrankenpflege a) Verpflegskosten und sonstige Leistungen	13.080.480,23	13.424.098,78 3.389.994,19	14.064.228,33 3.812.148,11	+ 4,
b) Überweisung an den Krankenanstaltenfonds	170.077.659,01	179.070.803,88	171.878.568,84	- 4,
c) Medizinische Hauskrankenpflege Mutterschaftsleistungen	1.045.906,04	1.030.806,27	1.027.365,46	- 0,
a) Arzt(Hebammen)hilfe	506.207,31	513.589,17	555.656,79	+ 8,
b) Anstalts(Entbindungsheim)pflege	2.582.664,50	2.639.532,44	2.699.069,65	+ 2
c) Betriebshilfe	-	6.146,73	-	-
d) Wochengeld	7.565.338,10	7.726.382,53	8.012.887,29	+ 3
Medizinische Rehabilitation	10.834.618,18	10.584.402,79	10.781.984,68	+ 1
Gesundheitsfestigung und Krankheitsverhütung Früherkennung von Krankheiten und Gesundheitsförderung	2.477.084,33	2.502.834,25	2.610.001,00	+ 4,
a) Jugendlichenuntersuchungen	3.272.678,28	- 3.819.853,18	3.796.987,45	- 0,
b) Vorsorge(Gesunden)untersuchungenc) Gesundheitsförderung und sonstige Maßnahmen	2.357.629,26	2.466.450,44	2.695.264,83	+ 9
Bestattungskostenzuschuss Fahrtspesen und Transportkosten für	-	-	-	
Leistungsempfänger				
a) Fahrtspesen	532,21	1.017,47	1.243,95	+ 22,
b) Transportkosten	11.404.838,04	11.561.110,50	11.712.413,91	+ 1,
Vertrauensärztlicher Dienst und sonstige Betreuung	2.135.739,39	2.102.194,42	2.318.911,41	+ 10,
Summe der Versicherungsleistungen Verwaltungs- und Verrechnungsaufwand Abschreibungen	521.539.017,74 38.393.589,15	537.185.032,75 38.994.397,58	536.808.377,12 39.228.800,46	- 0 + 0
a) vom Anlagevermögen	99.527,03	109.903,43	112.657,09	+ 2
b) vom Umlaufvermögen	88.881,10	57.948,80	116.383,97	+ 100
Sonstige betriebliche Aufwendungen	5.343.382,93	6.420.053,53	6.608.563,54	+ 2
Summe der Aufwendungen	565.464.397,95	582.767.336,09	582.874.782,18	+ 0
Betriebsergebnis	30.629.266,39	- 4.095.853,13	22.375.366,74	
Vermögenserträgnisse von a) Wertpapieren	1.177.389,65	2.258.195,27	1.468.359,01	- 35
b) Darlehen	-	462,50	11.403,40	
c) Geldeinlagen	1.392.015,96	776.599,36	767.215,85	- 1
d) Haus- und Grundbesitz e) Verkauf von Finanzvermögen		107.000,00	- 1.315.800,00	
Finanzaufwendungen a) Zinsaufwendungen b) sus House und Crundbesitz	1,54	-	5,30	
b) aus Haus- und Grundbesitz c) aus dem An- und Verkauf von Finanzvermögen Finanzergebnis	1.653.880,00 915.524,07	604.000,00 2.538.257,13	1.186.000,00 2.376.772,96	+ 96
		-		•
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit außerordentliche Erträge	31.544.790,46 29.938.800,00	- 1.557.596,00 30.671.971,20	24.752.139,70	- 100
außerordentliche Aufwendungen	-	,		
außerordentliches Ergebnis	29.938.800,00	30.671.971,20	<u> </u>	
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	61.483.590,46	29.114.375,20	24.752.139,70	
			04 007 07	
Auflösung von Rücklagen	- 1	-	31.387,97	
	1.868.910,13	1.703.834,59	1.000.000,00	- 41



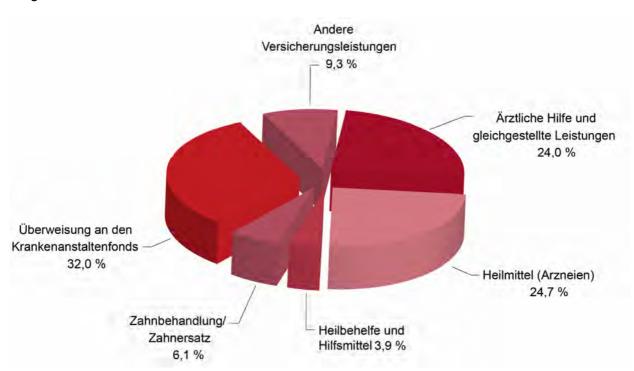
Erträge und Aufwendungen der Krankenversicherung

Die in der Erfolgsrechnung für das Betriebsergebnis zu berücksichtigenden Erträge sind um 4,6 % höher als im Vorjahr, während die entsprechenden Aufwendungen nahezu unverändert blieben. Dadurch hat sich das Betriebsergebnis von -4,1 Mio. im Jahr 2016 auf +22,4 Mio. im Jahr 2017 verbessert. Verursacht wurde das negative Betriebsergebnis des Jahres 2016 durch die Beitragsgutschrift für das 4. Quartal 2016 gem. § 357b BSVG. Durch den Entfall des im außerordentlichen Ergebnis ausgewiesenen GSBG-Beihilfenzuschlags ab 2017 kommt es zu einer Verminderung des Bilanzgewinnes von 27,4 auf 23,8 Mio.

Detaillierte Informationen zu den einzelnen Erfolgsrechnungspositionen finden sich nachfolgend in diesem Bericht.

Leistungen der Krankenversicherung

Die Grafik macht deutlich, dass die Aufwendungen für ärztliche Hilfe, Heilmittel und die Überweisung an den Krankenanstaltenfonds den überwiegenden Anteil an den Versicherungsleistungen darstellen:



Die **anderen Versicherungsleistungen** umfassen Verpflegskosten und sonstige Leistungen, die medizinische Hauskrankenpflege, Mutterschaftsleistungen, die medizinische Rehabilitation, die Gesundheitsfestigung und Krankheitsverhütung, Vorsorge(Gesunden)untersuchungen, die Gesundheitsförderung und sonstige Maßnahmen, Fahrtspesen und Transportkosten sowie den vertrauensärztlichen Dienst.



Beitragseinnahmen

Beiträge	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Beiträge für pflichtversicherte Selbständige	171.020.612,75	150.785.978,04	175.774.523,46	+ 16,6
pflichtversicherte Angehörige	10.993.313,77	9.497.550,92	10.934.329,20	+ 15,1
freiwillig Versicherte	292.775,32	311.609,42	308.706,81	- 0,9
pflichtversicherte Pensionisten	338.532.694,45	339.257.396,40	342.818.161,24	+ 1,0
Familienangehörige der Wehrpflichtigen	-	26,80	130,37	•
Zusatzbeitrag für Angehörige	71.190,03	59.847,65	73.126,73	+ 22,2
Beitrag zur Spitalfinanzierung (§ 447f Abs. 11 Z1 ASVG)	12.715.079,53	11.296.076,62	12.961.081,34	+ 14,7
Summe der Beiträge	533.625.665,85	511.208.485,85	542.870.059,15	+ 6,2

Der Anstieg der Beiträge für Aktive ist in erster Linie auf die im Jahr 2016 gewährte Beitragsgutschrift in Höhe von 53 % für das 4. Quartal 2016 gem. § 357b BSVG zurückzuführen. Diese Beitragsgutschrift bedeutete für die bäuerlichen Versicherten eine Entlastung im Ausmaß von rd. 89 Mio., wovon auf die Krankenversicherung 25,7 Mio. entfielen.

Die Anzahl der pflichtversicherten Pensionisten ist von 2016 auf 2017 von 146.027 auf 145.177 um 0,6 %, die Anzahl der anderen in der Krankenversicherung pflichtversicherten Personen von 133.399 auf 131.953 um 1,1 % zurückgegangen. Detaillierte Informationen dazu finden sich im statistischen Teil dieses Berichtes.

Der allgemein beitragsrelevante Faktor 2017 war für die Aktiven die Aufwertungszahl von 1,024. Bei den Pensionisten ist die Berechnungsbasis die zur Auszahlung gelangende Pension (inkl. Kinderzuschuss und Ausgleichszulage) und Pensionssonderzahlung, sofern keine Ausnahme von der Krankenversicherung besteht und es sich nicht um eine Waisenpension handelt (für welche kein Beitrag zu entrichten ist).

Die Beiträge für pflichtversicherte Pensionisten setzen sich zusammen aus den von den Pensionszahlungen einbehaltenen Beiträgen und dem von der SVB aus dem Versicherungszweig Pensionsversicherung an die Krankenversicherung zu überweisenden Betrag. Die SVB als Träger der Pensionsversicherung hat ab dem Jahr 2016 gem. Steuerreformgesetz 2015/2016 387 % der aufgrund des Beitragssatzes von 5,1 % einbehaltenen Beiträge (Einbehalt = 100 %; "Hebeanteil" = 287 %) an die von ihr durchgeführte Krankenversicherung zu überweisen. 2015 galt ein Hebesatz von 397 %, 2014 war dieser abgesenkt auf 360 %.

Vom Beitragssatz in Höhe von 7,65 % der pflichtversicherten Selbständigen und Angehörigen sind 0,5 % für die Spitalsfinanzierung zweckgebunden und werden in der Erfolgsrechnung gesondert ausgewiesen.

Beitragszuschläge

Gemessen am gesamten Beitragsaufkommen der Aktiven machen die Beitragszuschläge im Jahr 2017 nur 0,2 % aus:

	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Beitragszuschläge	466.122,72	462.206,54	406.152,51	- 12,1



Ersätze für Leistungsaufwendungen

Die Ersätze für Leistungsaufwendungen sind in einer Einzelnachweisung zum Rechnungsabschluss - wie unten dargestellt - aufzugliedern. Ersätze aus Schadenersatzansprüchen variieren im Zeitablauf naturgemäß sehr stark. Die nicht abziehbaren Vorsteuerbeträge werden gem. GSBG durch eine Beihilfe ersetzt. Die entstandenen Aufwendungen an Wochengeld und Betriebshilfe werden zu 70 % aus den Mitteln des Familienlastenausgleichsfonds ersetzt.

Ab 1. Juli 2015 gilt die Regelung betreffend die Kieferregulierungen für Kinder und Jugendliche. Demnach gibt es für schwerwiegende Zahnfehlstellungen die sogenannte Gratiszahnspange, wenn die Behandlung vor Vollendung des 18. Lebensjahres begonnen wird. Die Finanzierung erfolgt über den beim Hauptverband neu eingerichteten Zahngesundheitsfonds.

Ersätze für Leistungsaufwendungen	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Ersätze aus Schadenersatzansprüchen § 178 BSVG	761.113,11	639.708,91	966.542,11	+ 51,1
Sonstige Ersätze	226.665,78	267.212,94	215.906,74	- 19,2
Kostenersatz für Mutter-Kind-Pass-Leistungen	366.172,00	358.636,00	363.242,00	+ 1,3
Beihilfe für nicht abziehbare Vorsteuer	17.093.040,34	16.977.379,22	17.496.195,13	+ 3,1
Ausgleichsfonds für Familienbeihilfe, Betriebshilfe und Wochengeld	5.295.736,67	5.412.770,48	5.609.021,10	+ 3,6
Ersätze von Landesgesundheitsfonds uplattformen	314.268,50	520.370,06	437.659,09	- 15,9
Fonds für Zahngesundheit	539.962,90	1.749.443,19	1.683.244,33	- 3,8
Fremdkassen-Beihilfen-Äquivalent	191.590,34	162.424,97	169.254,59	+ 4,2
Summe	24.788.549,64	26.087.945,77	26.941.065,09	+ 3,3

Rezeptgebühren

Die Rezeptgebühr wurde ab Jahresbeginn 2017 von 5,70 auf 5,85 erhöht. Die ab 1.1.2008 geltende Regelung zur Rezeptgebührenobergrenze (Deckelung der Rezeptgebühr mit 2 % des Nettoeinkommens) beeinflusst ebenfalls die Einnahmen aus den Rezeptgebühren und führte zu einem Einnahmenentgang von ungefähr 6,4 Mio. jährlich. Der Rückgang 2016 ist unter anderem durch rückläufige Heilmittelverordnungen im Ausmaß von 4 % bedingt. Ab 1.1.2017 sind alle Ausgleichszulagenbezieher und deren anspruchsberechtigte Angehörige von der Rezeptgebühr befreit.

	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Rezeptgebühren	16.138.394,16	15.188.531,72	12.668.198,80	- 16,6



Kostenbeteiligungen

Die Verringerung unter dem Punkt Zahnbehandlung steht im Zusammenhang mit der ab 1.7.2015 eingeführten "Gratiszahnspange", welche bei schwerwiegenden Zahnfehlstellungen in Anspruch genommen werden kann, wenn die Behandlung vor Vollendung des 18. Lebensjahres begonnen wird. Der Rückgang unter dem Punkt Zahnersatz ist auf eine Satzungsänderung ab 1.5.2016 zurückzuführen, in welcher die Kostenbeteiligung des Versicherten für den abnehmbaren und den – ausnahmsweise zu gewährenden – festsitzenden Zahnersatz mit einheitlich 25% festgelegt wurde.

Kostenbeteiligungen	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Zahnbehandlung	186.805,46	131.616,10	121.336,38	- 7,8
Zahnersatz	4.499.868,44	3.778.622,51	3.282.399,82	- 13,1
Medizinische Rehabilitation	7.876,62	7.891,36	9.292,11	+ 17,8
Gesundheitsfestigung und Krankheitsverhütung	73.221,06	89.448,76	97.238,10	+ 8,7
Gesundheitsförderung	9.764,00	11.218,50	11.128,00	- 0,8
Summe	4.777.535,58	4.018.797,23	3.521.394,41	- 12,4

Kostenanteile

In der Position "Kostenanteile" werden (siehe auch vorstehende Anmerkungen bei den Kostenbeteiligungen) die von der SVB vorgeschriebenen Kostenanteile und die Behandlungsbeiträge im Zusammenhang mit der vertragsärztlichen Hilfe ausgewiesen.

Der Behandlungskostenbeitrag wurde 2016 von 9,16 auf 9,38 und 2017 auf 9,61 angehoben. Ab Einführung der Chipkarte ist diese Gebühr bei Überweisung an Fachärzte nicht nochmals zu entrichten. Wenn auch ein Zahnarzt konsultiert wird, fallen daher höchstens 2 Behandlungsbeiträge pro Quartal an.

Bei Behandlungen in Spitalsambulanzen wird anstatt wie bisher pro Behandlungsfall ab 1.1.2016 nur mehr ein Kostenanteil pro Quartal in Höhe von 15,40 Euro eingehoben.

Kostenanteile	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Behandlungskostenbeiträge	7.275.732,26	7.329.942,57	7.400.896,36	+ 1,0
Ärztliche Hilfe und gleichgestellte Leistungen	6.571.422,69	6.612.403,09	6.675.545,18	+ 1,0
Zahnbehandlung	704.309,57	717.539,48	725.351,18	+ 1,1
Kostenanteile	7.187.470,79	6.549.140,65	6.790.509,10	+ 3,7
Ärztliche Hilfe und gleichgestellte Leistungen	5.385.157,20	4.769.457,84	4.768.979,33	- 0,0
Heilbehelfe und Hilfsmittel	93.194,61	98.335,81	122.357,77	+ 24,4
Zahnbehandlung	- 12,46	- 44,32	- 557,44	•
Medizinische Hauskrankenpflege	42.904,76	43.453,88	40.675,75	- 6,4
Transportkosten	1.666.226,68	1.637.937,44	1.859.053,69	+ 13,5
Summe	14.463.203,05	13.879.083,22	14.191.405,46	+ 2,3



Sonstige betriebliche Erträge

Die größte Einzelposition unter den sonstigen betrieblichen Erträgen stellt das Pharmapaket dar. Es basiert auf dem zwischen der Pharmawirtschaft und dem Hauptverband in Vertretung der Krankenversicherungsträger abgeschlossenen Rahmen-Pharmavertrag. Im Jahr 2016 verpflichtete sich die Pharmawirtschaft, einen Solidarbeitrag von 125 Mio. inkl. Umsatzsteuer an die Krankenversicherungsträger zu leisten. Der Anteil, den die SVB im Jahr 2016 dadurch erhalten hat, betrug 4.918.180,41 Euro. 2017 hängt die Höhe der Zahlung von der tatsächlichen Steigerung der Medikamentenausgaben aller KV-Träger ab und beträgt insgesamt 62,2 Mio. bzw. für die SVB 2.348.142,40 Euro.

Der Punkt Verkaufserlöse beinhaltet im Jahr 2016 den KV-Anteil des Verkaufs der Büroimmobilie in Eisenstadt mit 468.996 Euro (Verkaufserlös insgesamt 1.320.000 Euro).

Unter der Position "Andere" sind die für die Krankenversicherung anteiligen Beträge aus der Gewinnausschüttung der teilprivatisierten ehemaligen Eigenen Einrichtungen (an denen die SVB mit 26 % beteiligt ist) enthalten. Auf die Ausführungen im Zweig Pensionsversicherung wird verwiesen. Darüber hinaus sind hier auch Gutschriften von Pharmafirmen (2017: rd. 1,6 Mio.) enthalten.

Sonstige betriebliche Erträge	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Nicht rückgeforderte Guthaben der Versicherten	27.070,38	25.756,19	30.680,07	+ 19,1
Verkaufserlöse	261,97	469.317,43	1.046,31	•
Skonti	350.528,55	360.835,76	381.432,97	+ 5,7
Erträge aus weitervermieteten Räumlichkeiten	168.122,94	157.112,67	168.996,90	+ 7,6
Aliquote Beihilfe für nicht abziehbare Vorsteuer	63.091,04	72.995,96	51.604,59	- 29,3
Pharmapaket	883.294,51	4.918.180,41	2.348.142,40	•
Andere	341.823,95	1.822.234,21	1.669.970,26	•
Summe	1.834.193,34	7.826.432,63	4.651.873,50	- 40,6



Versicherungsleistungen

Ärztliche Hilfe und gleichgestellte Leistungen

Die Position "Ärztliche Hilfe und gleichgestellte Leistungen" setzt sich aus den in der Tabelle ersichtlichen Teilpositionen zusammen, wobei der Honoraraufwand für Vertragsärzte die entwicklungsbestimmende Größe darstellt und im Jahr 2017 eine Veränderung von +1,8 % zum Vorjahr aufweist.

Die Änderungsursachen bei den anderen Einzelpositionen sind vielschichtig und zum Teil auch bundesländerweise unterschiedlich.

Im Zusammenhang mit den einzelnen Aufwandsentwicklungen stehen auch die Fallzahlenentwicklungen über die E-Card-Konsultationen bei Vertragsärzten, welche im statistischen Teil dieses Berichtes nach einzelnen Fachgebieten ersichtlich sind.

Auch kommt es durch Nachverrechnungen öfters zu Aufwandsverschiebungen innerhalb der einzelnen Jahre, wie dies zum Beispiel im Jahr 2015 bei den Vertragslogopäden und den "SV-Abkommen" der Fall war.

Die Anstiege bei den Wahlphysiotherapeuten ab 2015 und bei den Wahlpsychotherapeuten ab 2016 sind jeweils auf Erhöhungen der in der Satzung festgeschriebenen Kostenzuschüsse zurückzuführen.

Ärztliche Hilfe und gleichgestellte Leistungen	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Leistungen durch Vertragsärzte	76.697.844,00	77.757.146,55	77.824.261,18	+ 0,1
Leistungen durch Wahlärzte	4.469.216,52	4.784.477,64	4.753.802,16	- 0,6
Ambulante Leistungen in Krankenanstalten	21.595.777,94	22.071.296,95	22.569.137,07	+ 2,3
Ambulante Leistungen in sonstigen Einrichtungen	12.548.332,68	12.627.302,81	13.051.156,96	+ 3,4
Leistungen durch Vertragspsychotherapeuten	725.079,44	855.872,45	870.918,10	+ 1,8
Leistungen durch Wahlpsychotherapeuten	126.594,71	374.131,22	560.230,37	+ 49,7
Leistungen durch Vertragspsychologen	77.726,57	86.717,55	90.414,47	+ 4,3
Leistungen durch Wahlpsychologen	14.358,53	11.076,61	15.850,88	+ 43,1
Leistungen durch Vertragsphysiotherapeuten	1.335.123,45	1.252.799,10	1.271.987,96	+ 1,5
Leistungen durch Wahlphysiotherapeuten	3.021.802,91	3.518.498,34	3.560.318,38	+ 1,2
Leistungen durch Vertragslogopäden	330.529,97	320.805,07	338.949,40	+ 5,7
Leistungen durch Wahllogopäden	287.051,99	317.933,51	305.495,80	- 3,9
Leist. aufgrund von Sozialversicherungsabkommen	1.314.042,89	963.444,40	1.952.570,67	+ 102,7
Nicht abziehbare Vorsteuer	938.399,89	947.202,47	967.294,93	+ 2,1
Sonstiges	623.708,21	680.687,62	715.420,84	+ 5,1
Summe	124.105.589,70	126.569.392,29	128.847.809,17	+ 1,8



Heilmittel

Einflussfaktoren für die Aufwandsveränderungen insgesamt sind unter anderem Preise und Packungsgrößen, Verschreibungs- und Konsumverhalten, Generikaanteile, Verhandlungsergebnisse mit Partnern und die demografische und gesundheitliche Entwicklung der bäuerlichen Bevölkerung.

Nachdem der Heilmittelaufwand in den Jahren 2009 - 2013 stagnierte, ist er ab 2014 wieder gestiegen. Der Anstieg war aber sowohl 2017 (+1,9 %) als auch 2016 (+1,2 %) und 2015 (+2,3 %) im Vergleich zu allen Krankenversicherungsträgern (2017: +3,3 %, 2016: +2,5 %, 2015: +5,0 %) wesentlich geringer.

Die Fallzahlenentwicklung zu den Heilmittelverordnungen findet sich im Statistikteil des Jahresberichtes.

Heilmittel	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Öffentliche Apotheken *)	73.585.370,10	74.980.542,61	76.642.741,69	+ 2,2
Hausapotheken	43.665.562,09	43.643.040,45	44.201.075,54	+ 1,3
Nicht abziehbare Vorsteuer	11.569.571,05	11.701.160,33	11.916.364,99	+ 1,8
Summe	128.820.503,24	130.324.743,39	132.760.182,22	+ 1,9

^{*)} inklusive Kostenzuschüsse (2015: rd. 14.000, 2016: rd. 9.000, 2017: rd. 13.000)

Heilbehelfe und Hilfsmittel

Die Position "Heilbehelfe und Hilfsmittel" kann - wie in der Tabelle ersichtlich - detailliert werden und umfasst solche Behelfe, die zur Heilung oder Linderung des Krankheitszustandes dienen.

Heilbehelfe und Hilfsmittel	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Brillen, Augenprothetik und Instandsetzung	509.123,10	501.858,46	536.405,91	+ 6,9
Orthopäd. Schuheinlagen, Bruchbänder und Instandsetzung	969.890,85	993.351,92	978.135,78	- 1,5
Sonstige notwendige Heilbehelfe und Instandsetzung	5.633.743,61	5.663.720,98	5.820.777,39	+ 2,8
In Apotheken abgegebene Heilbehelfe und Hilfsmittel	7.330,38	7.744,67	6.657,64	- 14,0
Hilfsmittel, Reparaturen, Instandsetzung Krankenfahrstühle	9.492.627,45	10.107.068,37	10.179.378,05	+ 0,7
Nicht abziehbare Vorsteuer	3.003.507,06	3.119.593,02	3.178.403,52	+ 1,9
Summe	19.616.222,45	20.393.337,42	20.699.758,29	+ 1,5



Zahnbehandlung und Zahnersatz

Der Zahnbehandlerfaktor, mit dem die meisten Zahntarife für 2017 verändert wurden, betrug 1,31 %. Sowohl die Anzahl der Behandlungsfälle als auch der Einzelleistungen sind bei der Zahnbehandlung von 2016 auf 2017 um je rd. -2 % gesunken. Die genaue Fallzahlenentwicklung ist dem Statistikteil dieses Berichtes zu entnehmen.

Zahnbehandlung	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Zahnbehandlung	16.550.408,10	16.696.595,17	16.580.188,22	- 0,7
Kieferregulierung	1.827.448,00	2.358.730,53	1.949.616,57	- 17,3
Nicht abziehbare Vorsteuer	2.781,48	3.016,91	4.090,95	+ 35,6
Summe	18.380.637,58	19.058.342,61	18.533.895,74	- 2,8

Zahnersatz	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Neuanschaffung	9.861.128,79	10.170.720,00	10.803.527,71	+ 6,2
Instandsetzung	3.216.205,02	3.250.927,17	3.257.512,49	+ 0,2
Nicht abziehbare Vorsteuer	3.146,42	2.451,61	3.188,13	+ 30,0
Summe	13.080.480,23	13.424.098,78	14.064.228,33	+ 4,8

Verpflegskosten und sonstige Leistungen

Diese Position umfasst insbesondere den Pauschalbetrag für stationäre Anstaltspflege in Unfallkrankenhäusern der AUVA sowie den Pauschalbetrag an den Privatkrankenanstaltenfinanzierungsfonds (PRIKRAF). Außerdem sind hier die Überweisungen für das GKH Graz (Albert Schweitzer Klinik) zu verbuchen.

Laut einer Vereinbarung gem. Art. 15a B-VG über die Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens sind ab 1.1.2017 Kinder und Jugendliche bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres vom Kostenanteil bzw. Spitalskostenbeitrag bei stationären Spitalsaufenthalten befreit. Die SVB hat aus diesem Grund eine Ausgleichszahlung in Höhe von 196.025,00 Euro zu leisten.

Ebenfalls unter der Position Verpflegskosten und sonstige Leistungen ist der von der SVB gem. § 2 Pflegefondsgesetz zu leistende Beitrag für die Erweiterung der Angebote der Hospiz- und Palliativbetreuung ausgewiesen.

Des Weiteren werden unter dieser Position ab 2017 auch die Kosten für ambulante Tumorbehandlungen mit Protonen und Kohlenstoffionen im Krebsbehandlungszentrum MedAustron in Wiener Neustadt verbucht.



Verpflegskosten und sonstige Leistungen	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Anstaltspflege	276.890,84	250.838,97	169.839,34	- 32,3
Überweisung an Unfallkrankenhäuser der AUVA	1.693.840,00	1.739.179,00	1.827.428,00	+ 5,1
Überweisung an PRIKRAF	1.049.456,09	1.127.309,93	1.141.724,12	+ 1,3
Albert Schweitzer Klinik Graz	150.860,62	162.266,09	172.265,04	+ 6,2
Wegfall Kinderselbstbehalt bei Anstaltspflege	-	-	196.025,00	•
Hospiz-Palliativ-Betreuung	-	-	151.708,81	•
MedAustron Tumorbehandlung	-	-	33.000,00	•
Nicht abziehbare Vorsteuer	103.642,34	110.400,20	120.157,80	+ 8,8
Summe	3.274.689,89	3.389.994,19	3.812.148,11	+ 12,5

Überweisung an den Krankenanstaltenfonds

Der Aufwand für die Behandlung in landesfondsfinanzierten Krankenanstalten wird gemäß § 447f ASVG durch die Entrichtung von Pauschalbeiträgen abgegolten und orientiert sich - mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung - an der Entwicklung der Beitragseinnahmen der Krankenversicherungsträger. Unterschiede zwischen den Krankenversicherungsträgern in der Beitragsentwicklung werden durch den Belastungsausgleich gemäß § 322a ASVG ausgeglichen.

Die hohe Gutschrift in der Position "Belastungsausgleich für das Vorjahr" im Jahr 2015 resultiert aus den verminderten Beitragseinnahmen infolge der Absenkung des Hebesatzes in der Krankenversicherung der Pensionisten im Jahr 2014 auf 360. Im Jahr 2015 betrug der Hebesatz wieder 397, was die Nachzahlung der SVB im Jahr 2016 erklärt. Die hohe Gutschrift im Jahr 2017 ist wiederum Folge der niedrigeren Beiträge im Jahr 2016 aufgrund der Beitragsgutschrift für das vierte Quartal 2016.

Daraus abgeleitet ist es für die bäuerliche Krankenversicherung im Geschäftsjahr 2017 zu folgenden Zahlungen an den Ausgleichsfonds für die Krankenanstaltenfinanzierung (LKF) gekommen (gerundet auf ganze Euro):

Überweisung an den Krankenanstaltenfonds	2015	2016	2017	Δ 2015 2016 in %
Pauschalbeitrag	191.635.318	196.439.447	204.471.906	+ 4,1
Bundesgesundheitsagentur	3.272.865	3.264.558	3.253.961	- 0,3
Landesgesundheitsfonds	2.937.105	2.929.650	2.920.140	- 0,3
Vorjahresabrechnung Pauschalbeitrag	661.000	251.111	- 3.042.600	•
Belastungsausgleich für das Vorjahr	- 3.969.162	1.191.632	- 10.012.844	•
Vorjahresabrechnung Bundesgesundheitsagentur	- 8.265	- 12.427	- 87.744	•
Vorjahresabrechnung Landesgesundheitsfonds	- 7.418	- 11.153	- 78.743	•
Summe	194.521.443	204.052.818	197.424.077	- 3,2

Mit Ausnahme des Belastungsausgleichs, welcher zur Gänze der Position "Überweisung an den Krankenanstaltenfonds" zugerechnet wird, werden die o.a. Überweisungen aufgrund der Aufwandserhebung 1994 auf die Aufwendungen für ärztliche Hilfe und gleichgestellte Leistungen (Ambulanzkosten) und stationäre Aufenthalte aufgeteilt. Die Aufwendungen für stationäre Aufenthalte verteilen sich schlüsselmäßig aufgrund der Erfolgsrechnung 1994 auf die Aufwandspositionen "Überweisung an den Krankenanstaltenfonds", "Anstalts(Entbindungsheim)-pflege" sowie "Medizinische Rehabilitation".

Somit ergibt sich zusammenfassend folgende Aufteilung der gesamten Überweisungen im Rahmen der Krankenanstaltenfinanzierung:



Aufteilung der Überweisung an den Krankenanstaltenfonds	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Ärztliche Hilfe und gleichgestellte Leistungen	21.595.777,94	22.071.296,95	22.569.137,07	+ 2,3
Überweisung an den Krankenanstaltenfonds	170.077.659,01	179.070.803,88	171.878.568,84	- 4,0
Anstalts(Entbindungsheim)pflege	2.582.664,50	2.639.532,44	2.699.069,65	+ 2,3
Medizinische Rehabilitation	265.342,19	271.184,76	277.301,62	+ 2,3
Summe	194.521.443,64	204.052.818,03	197.424.077,18	- 3,2

Medizinische Hauskrankenpflege

Die medizinische Hauskrankenpflege als krankenhausersetzende Leistung wird anstelle von Anstaltspflege gewährt, wenn und solange es die Art der Krankheit zulässt. Hierdurch soll der Erkrankte außerhalb des Spitals von seinem Arzt (Hausarzt) und dem mit ihm zusammenarbeitenden Pflegepersonal behandelt bzw. betreut werden. Die Position ist von unterschiedlichen vertraglichen Situationen, wie fixen Pauschalbeträgen (mit unterschiedlichen Verteilungsalgorithmen auf einzelne Träger - nach in Anspruch genommenen Einsatztagen oder auch nach dem Versichertenstand) und Einzelfallvergütungen geprägt.

	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Medizinische Hauskrankenpflege	1.045.906,04	1.030.806,27	1.027.365,46	- 0,3

Mutterschaftsleistungen

Die Mutterschaftsleistungen setzen sich – wie aus der Tabelle ersichtlich – zusammen. Die Anstalts(Entbindungsheim)pflege ergibt sich als bestimmter Prozentsatz der Überweisungen im Rahmen der leistungsorientierten Krankenanstaltenfinanzierung (siehe auch die Ausführungen bei der Position "Überweisung an den Krankenanstaltenfonds"). Dementsprechend sind auch die jährlichen Steigerungsraten an diese Überweisungen gekoppelt.

Durch die starke Anhebung des Wochengeldes ab dem Jahr 2013 von knapp 27 auf 50 Euro täglich (2017: 53,11 Euro) wird die Betriebshilfe praktisch nicht mehr in Anspruch genommen. Das Wochengeld wird zu 70 % aus dem Familienlastenausgleichsfonds (siehe Position "Ersätze für Leistungsaufwendungen") finanziert.

Mutterschaftsleistungen	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Arzt(Hebammen)hilfe	506.207,31	513.589,17	555.656,79	+ 8,2
Anstalts(Entbindungsheim)pflege	2.582.664,50	2.639.532,44	2.699.069,65	+ 2,3
Betriebshilfe	-	6.146,73	-	•
Wochengeld	7.565.338,10	7.726.382,53	8.012.887,29	+ 3,7
Summe	10.654.209,91	10.885.650,87	11.267.613,73	+ 3,5



Medizinische Rehabilitation

Die Position "Medizinische Rehabilitation" umfasst die Aufwendungen für die Unterbringung in Krankenanstalten, die vorwiegend der Rehabilitation dienen, die Überweisung an den Krankenanstaltenfonds, Aufwendungen für Heilbehelfe, Hilfsmittel und Körperersatzstücke, den Personal- und Sachaufwand für Rehabilitationsberater sowie die nicht abziehbare Vorsteuer.

Medizinische Rehabilitation	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Rehabilitation	2.402.244,58	2.127.515,91	1.958.677,84	- 7,9
Heilbehelfe, Hilfsmittel, Körperersatzstücke	6.938.594,88	6.983.243,13	7.295.115,39	+ 4,5
Reise- und Transportkosten	10.529,38	9.590,01	9.396,38	- 2,0
Nicht abziehbare Vorsteuer	1.483.249,34	1.464.053,74	1.518.795,07	+ 3,7
Summe	10.834.618,18	10.584.402,79	10.781.984,68	+ 1,9

Gesundheitsfestigung und Krankheitsverhütung

Unter Berücksichtigung des medizinischen Fortschrittes sowie unter Bedachtnahme auf die finanzielle Leistungsfähigkeit als KV-Träger können neben der oder im Anschluss an die Krankenbehandlung geeignete Maßnahmen zur Festigung der Gesundheit gewährt werden. Die entsprechenden Leistungen sind in der Tabelle ersichtlich.

Unter der Position Krankheitsverhütung wird auch der Kostenzuschuss zur Mundhygiene verbucht, welcher ab 2014 durch die Satzung neu eingeführt wurde.

Gesundheitsfestigung und Krankheitsverhütung	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Aufwand für die Pflege in fremden Einrichtungen	101.935,86	107.127,98	97.414,20	- 9,1
Krankheitsverhütung	985.825,54	1.024.252,55	1.017.598,27	- 0,6
Kindererholungsaktionen	371.227,62	378.843,64	396.315,62	+ 4,6
Kostenzuschüsse für Betriebshelfer	885.102,05	859.576,64	949.590,12	+ 10,5
Sonstige Leistungen	511,28	3.261,66	3.192,76	- 2,1
Nicht abziehbare Vorsteuer	132.481,98	129.771,78	145.890,03	+ 12,4
Summe	2.477.084,33	2.502.834,25	2.610.001,00	+ 4,3

Vorsorge(Gesunden)untersuchungen

Die Versicherten haben für sich und ihre Angehörigen jährlich Anspruch auf eine Vorsorge(Gesunden)untersuchung. Zweck dieser Untersuchung ist insbesondere die Früherkennung von Volkskrankheiten wie Krebs, Diabetes, Herz- und Kreislaufstörungen. Nach den derzeit geltenden Richtlinien kommen für die Vorsorgeuntersuchung Frauen und Männer ab dem 18. Lebensjahr in Betracht. 2016 wurde der Vorsorgeuntersuchungs-Gesamtvertrag überarbeitet und im Zuge dessen kam es auch zu einer Tarifanpassung (erstmals seit 2005).

Vorsorge(Gesunden)untersuchungen	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Vorsorgeuntersuchungen	3.270.954,63	3.817.551,28	3.794.975,34	- 0,6
Nicht abziehbare Vorsteuer	1.723,65	2.301,90	2.012,11	- 12,6
Summe	3.272.678,28	3.819.853,18	3.796.987,45	- 0,6



Gesundheitsförderung und sonstige Maßnahmen

Den Krankenversicherungsträgern ist auch die Durchführung sonstiger Maßnahmen zur Erhaltung der Gesundheit durch Verordnungen übertragen. Solche Verordnungen bestehen für humangenetische Vorsorgemaßnahmen und für die Durchführung der Impfungen gegen Frühsommermeningoencephalitis (Zeckenschutzimpfung). Aufgabe der Krankenkasse bei der Gesundheitsförderung ist es, gesundheitsriskante Faktoren im Leben und in der Arbeitswelt vermindern zu helfen. Die Mittel dazu sind Aufklärung (Information) und Beratung.

Ab 2017 werden unter dieser Position auch die Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Competence Center Integrierte Versorgung, welches maßgeblich Aufgaben im Rahmen des Brustkrebsfrüherkennungsprogramms erbringt, sowie die Bereitstellung von Fördermitteln für die Unterstützung der Selbsthilfe erfasst.

Gesundheitsförderung und sonstige Maßnahmen	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Gesundheitsförderung	1.709.198,36	1.825.024,72	1.903.292,25	+ 4,3
Gesundheitsförderungsfonds	533.373,00	522.120,00	509.665,00	- 2,4
Sonstige Maßnahmen - Humangenetische Untersuchungen	1.481,36	9.451,26	31.648,73	•
Sonstige Maßnahmen (Zeckenschutzimpfung)	81.043,83	70.014,57	66.899,92	- 4,4
CC Integrierte Versorgung	-	-	141.358,35	•
Unterstützung v. Selbsthilfeorganisationen	-	-	5.056,96	•
Nicht abziehbare Vorsteuer	32.532,71	39.839,89	37.343,62	- 6,3
Summe	2.357.629,26	2.466.450,44	2.695.264,83	+ 9,3

Fahrtspesen und Transportkosten

Fahrtkosten werden unter bestimmten Voraussetzungen im Zusammenhang mit Vorsorgeuntersuchungen und bei Kur-, Erholungs- und Genesungsaufenthalten ersetzt. Für gehunfähige Patienten oder bei Krankentransporten übernimmt die SVB die Transportkosten.

Fahrtspesen und Transportkosten	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Fahrtspesen	531,19	1.014,37	1.240,10	+ 22,3
Transportkosten	11.232.021,46	11.377.250,45	11.515.289,18	+ 1,2
Nicht abziehbare Vorsteuer	172.817,60	183.863,15	197.128,58	+ 7,2
Summe	11.405.370,25	11.562.127,97	11.713.657,86	+ 1,3



Vertrauensärztlicher Dienst

Nach den Rechnungsvorschriften sind gemeinsame Aufwendungen möglichst verursachungsgerecht auf einzelne Versicherungszweige zuzuordnen.

Die Aufwendungen des vertrauensärztlichen Dienstes im Zweig der Krankenversicherung sind unter anderem beeinflusst vom Ausmaß der Rezeptbearbeitung und der Anzahl der durchgeführten Untersuchungen der Anstaltsärzte, wobei die Anzahl der Untersuchungen im Jahr 2017 im Zweig KV einen Anstieg und in den Zweigen UV und PV einen Rückgang erfahren hat.

Dementsprechend waren dem Versicherungszweig der Krankenversicherung folgende Aufwendungen zuzurechnen:

Vertrauensärztlicher Dienst und sonstige Betreuung	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Personal- und Sachaufwand	2.126.056,99	2.091.675,36	2.310.054,63	+ 10,4
Ärztehonorare	9.682,40	10.519,06	8.856,78	- 15,8
Summe	2.135.739,39	2.102.194,42	2.318.911,41	+ 10,3

Personalstand des gesamten Ärztlichen Dienstes über einzelne Berufsgruppen bzw. Arbeitsbereiche hinweg:

Personalstand (alle Zweige)	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Ärzte	29,17	28,48	28,28	- 0,7
- Aufklärungsarbeit	0,14	0,14	0,16	+ 14,3
- Ärztlicher Dienst	28,96	28,24	27,52	- 2,5
- Sonstiges (Öffentlichkeitsarbeit, Unfallverhütung)	0,07	0,10	0,60	•
Pflegepersonal	3,26	3,26	3,60	+ 10,4
Ärztlicher Dienst - Verwaltungspersonal	32,17	30,80	30,98	+ 0,6
Summe	64,60	62,54	62,86	+ 0,5



Weitere Aufwandspositionen

Verwaltungs- und Verrechnungsaufwand

2017 wurden die Bezüge um einen Sockelbetrag von 12,00 Euro und um weitere 0,9 % erhöht.

Unter der Position Sachaufwand sind im Jahr 2017 erstmalig ganzjährig Miet- und Betriebskosten für das Regionalbüro Eisenstadt ausgewiesen. Weiters kam es im Jahr 2017 zu einer Steigerung des Nachrichtenaufwandes aufgrund einer Preissteigerung der Post AG um 10 Prozent.

Verwaltungs- und Verrechnungsaufwand	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Personalaufwand	31.053.884,80	31.768.173,08	31.629.703,37	- 0,4
Sachaufwand	9.247.508,02	9.124.624,29	9.382.680,92	+ 2,8
Aufwand der Verwaltungskörper	183.019,78	190.588,19	195.400,50	+ 2,5
Aufwand der Beiräte	2.258,37	2.113,56	1.923,22	- 9,0
Ersätze	- 2.093.081,82	- 2.091.101,54	- 1.980.907,55	- 5,3
Summe	38.393.589,15	38.994.397,58	39.228.800,46	+ 0,6

Abschreibungen

Die Abschreibungen vom Anlagevermögen betreffen die Gebäude, die Einrichtungen und Geräte, die Maschinen und Apparate sowie die Fahrzeuge.

Die Abschreibungen vom Umlaufvermögen beziehen sich auf uneinbringlich gewordene Forderungen, Beiträge sowie Beitragszuschläge.

Abschreibungen	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
vom Anlagevermögen	99.527,03	109.903,43	112.657,09	+ 2,5
vom Umlaufvermögen	88.881,10	57.948,80	116.383,97	+ 100,8
Summe	188.408,13	167.852,23	229.041,06	+ 36,5



Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die Entwicklung von 2015 bis 2017 ist durch die Detaillierung in nachfolgender Tabelle weitgehend selbsterklärend. Die Veränderungen wurden insbesondere durch die Verbandsbeiträge und den Belastungsausgleich für die Aufwendungen aus der Einführung der Rezeptgebührenobergrenze (REGO) verursacht.

Zu den Verbandsbeiträgen wird angemerkt, dass sich die Beitragsentwicklung zwei Jahre verzögert auf die Verbandsbeiträge auswirkt. So führte die bis 2014 befristete Absenkung der Hebesätze bei den KV Beiträgen der Pensionisten zu niedrigeren Aufwendungen für die Verbandsbeiträge bis zum Jahr 2016.

Zum Belastungsausgleich REGO ist anzuführen, dass die teilweise Finanzierung der entgangenen Rezeptgebühren aus Hebesatzmitteln in der Krankenversicherung der Pensionisten erfolgt. Dementsprechend beeinflussen Veränderungen beim Hebesatz (2014: 360, 2015: 397, 2016: 387) im Folgejahr die Höhe der Überweisungen der SVB an den Belastungsausgleich.

Die offenen GSBG-Verfahren betreffend die Jahre 2006 bis 2010 wurden nach langjährigem Rechtsstreit von Sozialversicherungsträgern mit den Finanzbehörden gemäß Beschluss der Trägerkonferenz vom 20.12.2017 beendet, wobei sich der Nachzahlungsbetrag auf rd. 58,8 Mio. beläuft. Die SVB ist davon zwar nicht direkt betroffen, aufgrund von Rückabwicklungen zwischen den Trägern ergibt sich für die SVB jedoch ein Aufwand von rd. 520.000 Euro, wovon rd. 459.000 Euro auf die Krankenversicherung entfallen. Dieser Betrag ist im Jahr 2017 in der nachfolgenden Tabelle unter dem Punkt "Andere" ausgewiesen. Weiters beinhaltet diese Position im Jahr 2016 die auszuscheidenden Restbuchwerte für den Verkauf des Regionalbüros in Eisenstadt (KV-Anteil 189.780 Euro; insgesamt 533.898 Euro).

Sonstige betriebliche Aufwendungen	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Aufsichtsgebühr	24.748,08	26.675,98	25.560,42	- 4,2
Verbandsbeitrag	712.400,00	747.770,00	829.210,00	+ 10,9
Verbandsbeitrag Projekt e-card	499.060,00	290.610,00	355.000,00	+ 22,2
Verbandsbeitrag ITSV	324.480,00	373.620,00	433.610,00	+ 16,1
Verbandsbeitrag ELGA	192.220,00	121.650,00	172.840,00	+ 42,1
Sozialgerichtskosten	3.847,40	5.163,71	6.228,60	+ 20,6
Öffentlichkeitsinformation	167.360,69	225.436,85	144.445,17	- 35,9
Auszahlungsgebühr gemäß § 68/6 BSVG	38.854,81	37.596,64	34.405,60	- 8,5
Aufwendungen für weitervermietete Räumlichkeiten	202.381,01	200.715,14	207.403,29	+ 3,3
Nicht abziehbare Vorsteuer	63.381,97	72.995,96	52.517,12	- 28,1
IVF - Fonds	93.781,00	119.806,08	111.357,00	- 7,1
Reformpoolprojekte	142,13	9.479,48	2.540,60	- 73,2
Belastungsausgleich (REGO)	2.951.617,00	3.905.527,13	3.701.461,63	- 5,2
Andere	69.108,84	283.006,56	531.984,11	+ 88,0
Summe	5.343.382,93	6.420.053,53	6.608.563,54	+ 2,9



Finanzergebnis

Das Finanzergebnis bildet sich aus der Summe der Vermögenserträgnisse abzüglich der Finanzaufwendungen.

Die 2015 und 2016 stark gestiegenen Vermögenserträgnisse von Wertpapieren sind darauf zurückzuführen, dass im Laufe des Jahres 2015 sowie Anfang 2016 mehrere Bankanleihen erworben wurden. Da diese größtenteils im Jahr 2017 wieder ausgelaufen sind, ergibt sich in diesem Jahr ein Rückgang bei dieser Position.

Die Vermögenserträgnisse von Darlehen resultieren aus dem KV-Anteil eines an die SVD Büromanagement GmbH gewährten Gesellschafterdarlehens, dessen erste Tranche Ende 2016 ausbezahlt wurde.

Der Rückgang der Vermögenserträgnisse aus Geldeinlagen im Jahr 2016 erklärt sich durch die Umschichtung von Bankeinlagen in Anleihen sowie durch den weiteren Rückgang des Zinsniveaus.

Die dargestellten Vermögenserträgnisse aus Verkauf von Finanzvermögen und die Finanzaufwendungen aus An- und Verkauf von Finanzvermögen ergeben sich aus der Regelung in den Rechnungsvorschriften, wonach bei einem Kauf zu einem Kurs über dem Nennwert die gesamte Differenz zum Nennwert sofort als Aufwand zu erfassen ist, wohingegen bei jenen Veranlagungen, die unter dem Nennwert erfolgt sind, der gesamte Kursgewinn bei Fälligkeit am Ende der Laufzeit unter den Vermögenserträgnissen darzustellen ist.

Finanzergebnis	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Vermögenserträgnisse von Wertpapieren	1.177.389,65	2.258.195,27	1.468.359,01	- 35,0
Vermögenserträgnisse von Darlehen	-	462,50	11.403,40	•
Vermögenserträgnisse von Geldeinlagen	1.392.015,96	776.599,36	767.215,85	- 1,2
Vermögenserträgnisse von Haus- und Grundbesitz	-	-	-	-
Verkauf von Finanzvermögen	-	107.000,00	1.315.800,00	•
Zinsaufwendungen	1,54	-	5,30	•
Finanzaufwendungen aus Haus- und Grundbesitz	-	-	-	-
Finanzaufwendungen aus dem An- und Verkauf von Finanzvermögen	1.653.880,00	604.000,00	1.186.000,00	96,36
Summe	915.524,07	2.538.257,13	2.376.772,96	-



Außerordentliches Ergebnis

Die hier ausgewiesenen GSBG-Mittel aus der Tabaksteuer dienten dem Strukturausgleich. Diese Mittel flossen zu 76 % an den Ausgleichsfonds der Gebietskrankenkassen und zu 24 % an die SVB.

Mit Änderung des Gesundheits- und Sozialbereich-Beihilfengesetzes § 1a (GSBG) kommt es mit Wirksamkeit 1. Jänner 2017 zu einem gänzlichen Entzug dieser Mittel und fließen diese nun zu 100 % in den Ausgleichsfonds der Gebietskrankenkassen.

Außerordentliches Ergebnis	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Beitrag des Bundes	29.938.800,00	30.671.971,20	-	- 100,0
Summe	29.938.800,00	30.671.971,20	-	- 100,0

Zuweisung an Rücklagen

Gemäß § 42 Abs. 2 Z. 1 BSVG können dem Unterstützungsfonds für den Bereich der Krankenversicherung bis zu 3 ‰ der Erträge an Versicherungsbeiträgen zugewiesen werden, sofern die Mittel des Unterstützungsfonds gemäß § 42 Abs. 3 Z. 1 BSVG 15 ‰ der Beitragseinnahmen nicht übersteigen.

Entsprechend den Rechnungsvorschriften hat die Leistungssicherungsrücklage ein Zwölftel der Summe der Versicherungsleistungen zu betragen. Dementsprechend wurde die Leistungssicherungsrücklage um 31.387,97 Euro reduziert.

Zuweisung an Rücklagen	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Jahresüberschuss	61.483.590,46	29.114.375,20	24.752.139,70	- 15,0
Auflösung von Rücklagen	-	-	31.387,97	•
Zuweisung an die Leistungssicherungsrücklage	868.910,13	1.303.834,59	-	- 100,0
Zuweisung an den Unterstützungsfonds	1.000.000,00	400.000,00	1.000.000,00	+ 150,0
Bilanzgewinn	59.614.680,33	27.410.540,61	23.783.527,67	- 13,2

Der Bilanzgewinn 2017 von 23.783.527,67 erhöht die Allgemeine Rücklage.

Unfallversicherung



Erfolgsrechnungen 2015 - 2017

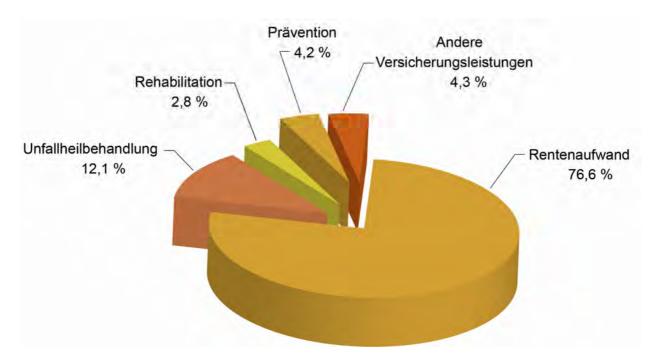
Bezeichnung	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Beiträge für				
a) Pflichtversicherte	95.742.892,05	96.828.854,43	101.371.355,30	+ 4,
b) freiwillig Versicherte	15.125,92	26.031,49	48.293,99	+ 85,
c) Höherversicherte	-	-	-	-
d) Zusatzversicherte	-	-	-	-
Summe der Beiträge	95.758.017,97	96.854.885,92	101.419.649,29	+ 4,
Entschädigung für Kriegsgefangene	450,00	450,00	522,00	+ 16,
Verzugszinsen und Beitragszuschläge	189.152,13	184.486,86	162.594,06	- 11,
Ersätze für Leistungsaufwendungen	1.705.908,85	1.671.636,46	1.608.089,75	- 3,
Kostenbeteiligungen	14.700,00	14.970,50	15.444,00	+ 3,
Sonstige betriebliche Erträge	160.870,48	361.161,86	228.033,85	- 36,
Summe der Erträge	97.829.099,43	99.087.591,60	103.434.332,95	+ 4,
Renten				
a) Versehrtenrenten	34.138.352,15	32.718.554,99	31.246.491,70	- 4,
b) Betriebsrenten	20.439.290,54	21.149.999,58	21.929.512,08	+ 3
c) Versehrtengeld	355.914,51	413.293,15	444.347,13	+ 7
d) Witwenrenten	13.480.610,08	13.257.253,71	12.952.256,83	- 2
e) Witwerrenten	654.278,21	641.907,48	635.647,21	- 1,
f) Waisenrenten	1.732.543,17	1.705.567,49	1.613.358,85	- 5
g) Eltern- und Geschwisterrenten	-	-	-	-
h) Übergangsrenten und Übergangsbetrag			-	
i) Rentenabfertigungen	9.683,45	6.225,45	-	- 100
j) Rentenabfindungen	5.288.345,79	9.154.776,16	6.095.300,81	- 33
Rentenaufwand	76.099.017,90	79.047.578,01	74.916.914,61	- 5
Beihilfen				
a) Witwenbeihilfen	141.607,78	196.602,52	159.389,58	- 18
b) Witwerbeihilfen	2.460,51	4.980,08	2.509,96	- 49
Entschädigung für Kriegsgefangene	450,00	450,00	522,00	+ 16
Bestattungskostenbeitrag	81.358,89	80.392,33	55.355,40	- 31
Zuschüsse für Entgeltfortzahlung	-	-	-	-
Unfallheilbehandlung	10.916.178,63	11.265.603,39	11.886.637,76	+ 5
Körperersatzstücke und andere Hilfsmittel	2.816.289,58	2.911.748,11	3.054.936,39	+ 4
Rehabilitation	2.010.633,58	2.412.193,37	2.711.147,49	+ 12
Unfallverhütung, Präventionsberatung und Erste-Hilfe-				
Leistung				
a) Unfallverhütung	3.973.163,03	4.148.333,87	4.133.054,72	- 0,
b) Präventionsberatung	-	-	-	-
c) Erste-Hilfe-Leistung	9.106,25	7.990,00	7.260,00	- 9,
Summe Prävention	3.982.269,28	4.156.323,87	4.140.314,72	- 0,
Beiträge zur Krankenversicherung der Rentner	-	-	-	-
Fahrtspesen und Transportkosten für				
Leistungsempfänger				
a) Fahrtspesen	34.888,46	38.714,40	41.225,42	+ 6,
b) Transportkosten	17.122,58	19.543,18	18.876,29	- 3,
Vertrauensärztlicher Dienst und sonstige Betreuung	911.706,00	1.007.817,02	842.475,52	- 16
Summe der Versicherungsleistungen	97.013.983,19	101.141.946,28	97.830.305,14	- 3,
Verwaltungs- und Verrechnungsaufwand		ŕ	,	
a) eigener	13.571.991,73	13.756.733,80	14.031.746,14	+ 2,
b) Vergütungen an Sozialversicherungsträger	10.07 1.001,70	10.700.700,00	-	
c) sonstige Vergütungen	202.274,55	201.527,66	244.505,51	+ 21
	202.214,00	201.327,00	244.000,01	' - '
Abschreibungen	40.046.07	AF 400.00	AE 050 C0	
a) vom Anlagevermögen	40.946,07	45.489,02	45.952,60	+1
b) vom Umlaufvermögen	47.786,12	24.383,93	26.138,01	+7
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.980.639,24	2.100.242,10	1.962.763,20	- 6
Summe der Aufwendungen	112.857.620,90	117.270.322,79	114.141.410,60	- 2
Betriebsergebnis	- 15.028.521,47	- 18.182.731,19	- 10.707.077,65	-
Vermögenserträgnisse von				
a) Wertpapieren	-	-	-	-
b) Darlehen	-	189,89	4.681,93	-
c) Geldeinlagen	139.947,04	111.972,88	69.535,79	- 37
d) Haus- und Grundbesitz	-	-		-
e) Verkauf von Finanzvermögen	-	-	-	-
Finanzaufwendungen				
a) Zinsaufwendungen	-	-	-	-
b) aus Haus- und Grundbesitz	-	-	-	-
c) aus dem An- und Verkauf von Finanzvermögen	-	-	-	
Finanzergebnis	139.947,04	112.162,77	74.217,72	-
Finanz- und Betriebsergebnis	- 14.888.574,43	- 18.070.568,42	- 10.632.859,93	
Beiträge des Bundes	-	-	-	-
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	- 14.888.574,43	- 18.070.568,42	- 10.632.859,93	-
außerordentliche Erträge	-	-	-	
außerordentliche Aufwendungen	_	-	-	-
außerordentliches Ergebnis	-	-	-	-
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	- 14.888.574,43	- 18.070.568,42	- 10.632.859,93	_
Auflösung von Rücklagen	775,01		275.970,09	
Zuweisung an Rücklagen	775,01	343.996,92	213.310,09	_
		J-J.JJU,JZ	-	<u>-</u>
Bilanzgewinn / Bilanzverlust	- 14.887.799,42	- 18.414.565,34	- 10.356.889,84	



Leistungen der Unfallversicherung

Im Herbst 1998 wurde die 22. Novelle zum BSVG verlautbart, mit der anstatt eines Verweises auf das ASVG ein eigener Abschnitt mit dem Titel "Leistungen der Unfallversicherung" im BSVG neu geschaffen wurde. Mit dieser Reform erfolgte eine Anpassung der Bestimmungen auf ein bauernspezifisches Gesamtpaket mit einer Ausweitung des Versichertenkreises, einer Aktualisierung der unfallversicherungsgeschützten Tätigkeiten, einer Verbesserung bestehender als auch der Aufhebung nicht mehr zeitgemäßer Leistungen. Die Höhe der Unfallrenten wurde an die anderer Träger angepasst. Anstelle der Versehrtenrente wurde die höhere Betriebsrente eingeführt.

Dieser Rentenaufwand, bestehend aus den alten Versehrtenrenten, den neuen Betriebsrenten als auch den anderen Rentenleistungen, stellt die entwicklungsbestimmende Größe unter den Versicherungsleistungen dar, welcher teilweise auch BSVG-fremde Leistungen, insbesondere Rentenleistungen von Nebenerwerbsbauern aufgrund von ASVG-Bemessungsgrundlagen, inkludiert.



Unter den anderen Versicherungsleistungen sind in der Grafik mit einem Anteil von insgesamt 4,3 % die Witwen- und Witwerbeihilfen, die Entschädigungen für Kriegsgefangene, Bestattungskostenbeiträge, Körperersatzstücke und andere Hilfsmittel, Fahrtspesen und Transportkosten für Leistungsempfänger als auch der vertrauensärztliche Dienst subsumiert.



Beitragseinnahmen

Die bäuerliche Unfallversicherung ist als Betriebsversicherung mit einem Betriebsbeitrag angelegt, welcher auch temporäre Tätigkeiten von Familienangehörigen im Betrieb in den Versicherungsschutz mit einbezieht.

Ab 2015 gibt es darüber hinaus die Möglichkeit für Lebensgefährten, Pflegekinder und pflegende Angehörige, sich unter bestimmten Voraussetzungen in der Unfallversicherung selbst zu versichern. Waren es im Jahr 2015 noch 104 Selbstversicherte, stieg die Anzahl der selbstversicherten Personen im Jahr 2017 auf 310 an.

Von den Grundstückseigentümern ist an das Finanzamt ein Zuschlag zum Grundsteuermessbetrag nach dem Grundsteuergesetz für land- und forstwirtschaftliche Grundstücke gemäß § 30 (3) BSVG abzuführen. Der Anstieg im Jahr 2017 ist auf die erstmalige Berücksichtigung der Auswirkungen der Einheitswerthauptfeststellung durch die Finanzämter sowie auf Nachverrechnungen für die Jahre 2015 und 2016 zurückzuführen.

Die sonstigen Beiträge sind insbesondere Beiträge für Personen, deren Tätigkeit in der Ausübung der sich aus einer Jagd- oder Fischereipachtung ergebenden Berechtigung besteht. Diese sind vom Inhaber des Betriebes bzw. von den berechtigten Personen zu entrichten.

Beiträge	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Pflichtversicherte	95.742.892,05	96.828.854,43	101.371.355,30	+ 4,7
freiwillig Versicherte	15.125,92	26.031,49	48.293,99	+ 85,5
Summe der Beiträge	95.758.017,97	96.854.885,92	101.419.649,29	+ 4,7

Beiträge für Pflichtversicherte	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Betriebsbeiträge gemäß § 30 (1) BSVG	77.298.402,27	78.374.929,32	79.640.084,89	+ 1,6
Zuschlag gemäß § 30 (3) BSVG	15.208.618,07	15.152.448,23	18.383.931,52	+ 21,3
Sonstige Beiträge	3.185.667,47	3.253.819,54	3.299.680,31	+ 1,4
Beiträge für Versicherungsvertreter in den Verwaltungskörpern und für Funktionäre der LWK	50.204,24	47.657,34	47.658,58	+ 0,0
Summe	95.742.892,05	96.828.854,43	101.371.355,30	+ 4,7

Weitere Ertragspositionen

Entschädigung für Kriegsgefangene

Diese Entschädigung - siehe auch die gleichlautende Aufwandsposition - wird einschließlich des Anteiles an Verwaltungsaufwendungen vom Bund ersetzt.

	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Entschädigung für Kriegsgefangene	450,00	450,00	522,00	+ 16,0



Verzugszinsen und Beitragszuschläge

	2015	2016	2017	∆ 2016 2017 in %
Verzugszinsen und Beitragszuschläge	189.152,13	184.486,86	162.594,06	- 11,9

Ersätze für Leistungsaufwendungen

Schadenersatzansprüche unterliegen generell, sowohl fallzahlen- als auch betragsmäßig, temporären Schwankungen.

Weiters wird unter dieser Position die Beihilfe gemäß GSBG als Ersatz für die im Leistungsbereich angefallene nicht abziehbare Vorsteuer ausgewiesen.

Ersätze für Leistungsaufwendungen	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Ersätze aus Schadensersatzansprüchen	540.867,13	442.263,97	319.843,70	- 27,7
Sonstige Ersätze	11.242,80	11.296,38	11.363,92	+ 0,6
Beihilfe für nicht abziehbare Vorsteuer	1.153.798,92	1.218.076,11	1.276.882,13	+ 4,8
Summe	1.705.908,85	1.671.636,46	1.608.089,75	- 3,8

Kostenbeteiligungen

Im Gegensatz zum Versicherungszweig Krankenversicherung ist diese ab dem Jahr 2009 neu eingeführte Ertragsposition in der Unfallversicherung betragsmäßig nicht relevant. Die für das Jahr 2017 auszuweisenden Kostenbeteiligungen von 15.444 ergeben sich durch Zuzahlungen für Unterkunft und Verpflegung zu Arbeitsmedizinischen Wochen.

Sonstige betriebliche Erträge

Unter den sonstigen betrieblichen Erträgen werden alle jene Positionen zusammengefasst, die nicht einer konkreten Ertragsposition zugeordnet sind. Die Position Verkaufserlöse beinhaltet im Jahr 2016 den UV-Anteil des Verkaufes des Regionalbüros Eisenstadt in Höhe von 193.776 Euro. Die Unterposition "Andere" inkludiert den Anteil der Unfallversicherung an den Gewinnausschüttungen der ehemaligen Eigenen Einrichtungen, an denen die SVB nach der Teilprivatisierung noch mit 26 % beteiligt ist, sowie die erstmals 2017 anfallenden Gutschriften aus dem überarbeiteten Kooperationsvertrag.

Sonstige betriebliche Erträge	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Nicht rückgeforderte Guthaben der Versicherten	13.287,08	12.622,19	15.553,72	+ 23,2
Verkaufserlöse	107,56	193.908,80	6.539,00	•
Skonti	3.263,12	3.609,69	2.216,42	- 38,6
Erträge aus weitervermieteten Räumlichkeiten	69.026,85	64.914,55	68.812,27	+ 6,0
Aliquote Beihilfe für nicht abziehbare Vorsteuer	24.670,64	29.675,20	21.832,83	- 26,4
Andere	50.515,23	56.431,43	113.079,61	+ 100,4
Summe	160.870,48	361.161,86	228.033,85	- 36,9



Versicherungsleistungen

In den meisten Fällen kommt in der Unfallversicherung die gesamtsolidarische Bemessungsgrundlage zur Anwendung. Sie ist ein im Gesetz festgelegter Betrag, welcher dem durchschnittlich erzielbaren Jahreseinkommen für Landwirte entspricht. Daraus abgeleitet, je nach Leistungsart als auch nach dem Grad der Erwerbsminderung, kommen unterschiedliche Prozentsätze für die Leistungsbemessung zur Anwendung.

Versehrten- und Betriebsrenten

Die Renten wurden mit 1.1.2017 um 0,8 % erhöht. Mit der UV-Reform 1999 wurde die bis dahin wichtigste Geldleistung, die Versehrtenrente, von der Betriebsrente abgelöst, wodurch sich der Bestand dieser Renten seither gegenläufig entwickelt. Die Betriebsrente soll die Weiterführung des Betriebes erleichtern und einen Ersatz für einen lang andauernden Verlust des Betriebseinkommens bieten, wenn die Erwerbsminderung nach einem Jahr noch mindestens 20 % (in speziellen Fällen mindestens 50 %) beträgt.

Versehrten- und Betriebsrenten	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Versehrtenrenten	34.138.352,15	32.718.554,99	31.246.491,70	- 4,5
Betriebsrenten	20.439.290,54	21.149.999,58	21.929.512,08	+ 3,7
Summe	54.577.642,69	53.868.554,57	53.176.003,78	- 1,3

Versehrtengeld

Als Überbrückungshilfe gebührt im einjährigen Zeitraum bis zum Anfall der Betriebsrente, abhängig vom Ausmaß der zu erwartenden Erwerbsminderung, ein kleines oder ein großes Versehrtengeld.

	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Versehrtengeld	355.914,51	413.293,15	444.347,13	+ 7,5

Hinterbliebenenrenten

Wenn der Tod des Versicherten infolge eines Arbeitsunfalles oder einer Berufskrankheit eingetreten ist, gebührt eine Witwen- bzw. Witwerrente im Ausmaß von 20 % der Bemessungsgrundlage. Für einfache Waisen ist der Prozentsatz mit 20 % genauso hoch, Doppelwaisen haben einen Anspruch von 30 %.

Hinterbliebenenrenten	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Witwenrenten	13.480.610,08	13.257.253,71	12.952.256,83	- 2,3
Witwerrenten	654.278,21	641.907,48	635.647,21	- 1,0
Waisenrenten	1.732.543,17	1.705.567,49	1.613.358,85	- 5,4
Summe	15.867.431,46	15.604.728,68	15.201.262,89	- 2,6



Rentenabfertigungen

Mit Wiederverehelichung fällt die Witwen(Witwer)rente weg und es gebührt eine Abfertigung in der Höhe des 35-fachen Monatsbetrages der mit 20 % der Bemessungsgrundlage berechneten Rente.

	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Rentenabfertigungen	9.683,45	6.225,45	-	- 100,0

Rentenabfindungen

Der überwiegende Teil der Rentenabfindungen betrifft Abfindungen von Betriebsrenten. Diese fallen mit der Betriebsaufgabe, spätestens mit dem Anfall einer Eigenpension, weg. Die Abfindung entspricht der Hälfte der kapitalisierten Betriebsrente. Im Rahmen des 2. Stabilitätsgesetzes 2012 wurde – um das durchschnittliche Pensionsantrittsalter anzuheben – das Anfallsalter für den Tätigkeitsschutz bei der Erwerbsunfähigkeitspension in Zwei-Jahres-Schritten vom 57. auf das 60. Lebensjahr erhöht. Für Stichtage ab 1. Jänner 2017 ist nun der 3. und letzte Anpassungsschritt erreicht und für den Tätigkeitsschutz ist somit das 60. Lebensjahr maßgeblich. Durch die Anhebung des Alters für den Tätigkeitsschutz in den Jahren 2015 und 2017 haben sich Pensionsantritte und somit auch Rentenabfindungen in das jeweils darauffolgende Jahr verschoben (2015: 175 Rentenabfindungen, 2016: 301, 2017: 198).

	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Rentenabfindungen	5.288.345,79	9.154.776,16	6.095.300,81	- 33,4

Witwen(Witwer)beihilfen

Die Leistungen beruhen auf Schwerversehrtenrenten nach dem ASVG. Da es noch einen großen Bestand an derartigen Renten gibt, besteht erhebliches Schwankungspotential.

Witwen(Witwer)beihilfen	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Witwenbeihilfen	141.607,78	196.602,52	159.389,58	- 18,9
Witwerbeihilfen	2.460,51	4.980,08	2.509,96	- 49,6
Summe	144.068,29	201.582,60	161.899,54	- 19,7



Entschädigung für Kriegsgefangene

Nach den Bestimmungen des Kriegsgefangenenentschädigungsgesetzes (KGEG) sind seit 2001 für österreichische Staatsbürger/Staatsbürgerinnen, die unter bestimmten Voraussetzungen in Kriegsgefangenschaft gerieten oder unter bestimmten Voraussetzungen aus politischen oder militärischen Gründen festgenommen bzw. angehalten wurden, Entschädigungen zu gewähren.

	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Entschädigung für Kriegsgefangene	450,00	450,00	522,00	+ 16,0

Bestattungskostenbeitrag

Dieser Beitrag gebührt in Höhe von 1/15 der gesamtsolidarischen Bemessungsgrundlage. In bestimmten Fällen werden auch Überführungskosten übernommen.

	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Bestattungskostenbeitrag	81.358,89	80.392,33	55.355,40	- 31,1

Unfallheilbehandlung

Die Unfallheilbehandlung hat den Zweck, mit allen geeigneten Mitteln die durch einen Arbeitsunfall oder eine Berufskrankheit verursachte Körperschädigung bzw. Gesundheitsstörung zu beseitigen oder zumindest zu bessern und eine Verschlimmerung zu verhüten. Sie umfasst Anstaltspflege, ärztliche Hilfe, Heilmittel und Heilbehelfe als auch unfallbedingten Zahnersatz, sofern für diese Leistungen nicht die Krankenversicherung aufkommt, die eine Vorleistungspflicht hat.

Schwankungen sind im Zusammenhang mit unterschiedlichen Patientenzahlen zu sehen.

Unfallheilbehandlung	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Ambulante Heilbehandlung	244.222,14	223.270,50	253.298,79	+ 13,4
Stationäre Heilbehandlung	8.873.748,00	9.380.146,12	9.766.707,61	+ 4,1
Ersatzleistungen	645.058,44	460.292,91	540.954,13	+ 17,5
Barleistungen während der Heilbehandlung	902.069,75	927.086,33	1.030.035,22	+ 11,1
Nicht abziehbare Vorsteuer	251.080,30	274.807,53	295.642,01	+ 7,6
Summe	10.916.178,63	11.265.603,39	11.886.637,76	+ 5,5



Körperersatzstücke und andere Hilfsmittel

	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Körperersatzstücke und andere Hilfsmittel	2.816.289,58	2.911.748,11	3.054.936,39	+ 4,9

Rehabilitation

Durch berufliche Maßnahmen soll der Versehrte in die Lage versetzt werden, die bisherige Tätigkeit weiter auszuüben bzw. einen neuen Beruf zu ergreifen, während die sozialen Maßnahmen darüber hinausgehende Leistungen sind, welche den Versehrten in die Lage versetzen, im beruflichen und wirtschaftlichen Leben und in der Gemeinschaft einen ihm angemessenen Platz möglichst dauernd einnehmen zu können. Entsprechend den Leistungsinhalten der bäuerlichen Unfallversicherung sollen die Rehabilitationsmaßnahmen mit dem Ziel gesetzt werden, dass der Arbeitsplatz "Bauernhof" erhalten bleibt und das laufende Wirtschaftsjahr abgesichert wird. Dazu zählen insbesondere Aufwendungen im Zusammenhang mit notwendigen Wirtschaftsgebäude- und Arbeitsplatzinvestitionen, die Adaptierung bzw. Anschaffung von Maschinen und Geräten, Zuschüsse zur Wohnungsadaptierung als auch Aufwendungen für Betriebshelfer.

Rehabilitation	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Berufliche Ausbildung	34.466,92	51.057,96	73.742,12	+ 44,4
Hilfe zur Fortsetzung der Erwerbstätigkeit	1.074.895,17	1.298.853,08	1.292.805,97	- 0,5
Hilfe zur Erlangung einer Arbeitsstelle	-	-	1.529,12	•
Übergangsgeld	8.541,04	5.052,96	14.841,94	+ 193,7
Summe Berufliche Maßnahmen	1.117.903,13	1.354.964,00	1.382.919,15	+ 2,1
Zuschuss zur Wohnungsadaptierung	134.610,12	178.502,68	265.447,76	+ 48,7
Zuschuss für die Erlangung der Lenkerbefähigung	900,08	697,73	636,66	- 8,8
Zuschuss zum Ankauf bzw. Adaptierung eines PKW	116.944,15	162.974,68	270.868,88	+ 66,2
Hilfsmittel und sonstige Leistungen	997,49	3.020,82	4.901,01	+ 62,2
Summe Soziale Maßnahmen	253.451,84	345.195,91	541.854,31	+ 57,0
Personal- und Sachaufwand d. Rehabilitationsberater	639.278,61	712.033,46	786.374,03	+ 10,4
Summe	2.010.633,58	2.412.193,37	2.711.147,49	+ 12,4



Unfallverhütung

Die Unfallversicherung hat den gesetzlichen Auftrag zur Vorsorge für die Verhütung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten. Die Instrumentarien der Sicherheitsberatung sollen in den Betrieben die Arbeitssicherheit steigern helfen und Maßnahmen zur präventiven Gestaltung von sicheren, gesunden und gesundheitsfördernden Arbeitsbedingungen unterstützen. Ab 2012 gibt es eine Ausweitung auf eine erstmals flächendeckend über das gesamte Bundesgebiet angebotene FSME-Impfaktion. Im Jahr 2017 nahmen insgesamt 50.891 Personen an der FSME-Impfaktion teil (2016: 44.221).

Unter dem Punkt Sonderaktionen werden bei Naturereignissen (wie zB Sturmschäden, Blitzeis) Zuschüsse beim Ankauf von Schutzausrüstungen für die Aufarbeitung von Schäden ausgewiesen.

Unfallverhütung	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Impfungen	617.021,00	564.888,54	796.403,31	+ 41,0
Ausstellungen, Messen	3.706,78	7.815,13	3.713,65	- 52,5
Sonderaktionen	169.305,00	88.410,00	43.960,00	- 50,3
Werbe- und Aufklärungsschriften	53.197,01	44.105,58	56.207,90	+ 27,4
Sonstiges	28.833,09	32.091,45	20.817,51	- 35,1
Arbeitsmedizinische Woche	115.743,76	137.871,25	137.594,94	- 0,2
Summe Vorbeugende Maßnahmen	987.806,64	875.181,95	1.058.697,31	+ 21,0
Personal- u. Sachaufwand (fachkundige Bedienstete)	2.798.300,62	3.105.432,40	2.891.435,37	- 6,9
Nicht abziehbare Vorsteuer	187.055,77	167.719,52	182.922,04	+ 9,1
Summe	3.973.163,03	4.148.333,87	4.133.054,72	- 0,4

Erste-Hilfe-Leistung

Für eine wirksame Erste Hilfe bei Arbeitsunfällen sind bestimmte Kenntnisse des Helfers notwendig, welche in Erste-Hilfe-Kursen erworben werden können. Die SVB zahlt daher den bäuerlichen Versicherten den Besuch solcher Kurse.

	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Erste-Hilfe-Leistung	9.106,25	7.990,00	7.260,00	- 9,1

Vertrauensärztlicher Dienst und sonstige Betreuung

Es gelten die unter der gleichnamigen Aufwandsposition beim Versicherungszweig KV angeführten Erläuterungen. Die Entwicklung der Ärztehonorare ist in direktem Zusammenhang mit der Anzahl der Begutachtungen zu sehen.

Vertrauensärztlicher Dienst und sonstige Betreuung	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Personal- und Sachaufwand	550.766,41	585.367,55	488.800,30	- 16,5
Ärztehonorare	360.939,59	422.449,47	353.675,22	- 16,3
Summe	911.706,00	1.007.817,02	842.475,52	- 16,4



Weitere Aufwandspositionen

Verwaltungs- und Verrechnungsaufwand

Siehe dazu die allgemeinen Erläuterungen unter der gleichnamigen Aufwandsposition beim Versicherungszweig Krankenversicherung.

Verwaltungs- und Verrechnungsaufwand	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Personalaufwand	11.698.141,01	11.780.777,98	11.973.555,33	+ 1,6
Sachaufwand	2.473.200,57	2.582.136,73	2.628.418,76	+ 1,8
Aufwand der Verwaltungskörper	75.168,85	78.763,20	79.583,46	+ 1,0
Aufwand der Beiräte	927,54	873,45	783,29	- 10,3
Ersätze	- 675.446,24	- 685.817,56	- 650.594,70	- 5,1
Summe	13.571.991,73	13.756.733,80	14.031.746,14	+ 2,0

Sonstige Vergütungen

Der Bund erhält für jenen Teil der UV-Beiträge, die als Zuschlag zum Grundsteuermessbetrag von den örtlichen Finanzämtern eingehoben werden, 1,33 % der abgeführten Beiträge.

	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Sonstige Vergütungen	202.274,55	201.527,66	244.505,51	+ 21,3

Abschreibungen vom Anlagevermögen

Die Abschreibungen vom Anlagevermögen betreffen die Gebäude, die Einrichtungen und Geräte, die Maschinen und Apparate sowie die Fahrzeuge. Die Abschreibungen vom Umlaufvermögen beziehen sich auf uneinbringlich gewordene Forderungen.

Abschreibungen	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
vom Anlagevermögen	40.946,07	45.489,02	45.952,60	+ 1,0
vom Umlaufvermögen	47.786,12	24.383,93	26.138,01	+ 7,2
Summe	88.732,19	69.872,95	72.090,61	+ 3,2

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Der Mehraufwand für das Pflegegeld in der Unfallversicherung ist aus dem Versicherungszweig der Unfallversicherung zu tragen und scheint hier unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen auf.

Der Punkt "Andere" beinhaltet u.a. im Jahr 2016 den UV-Anteil in Höhe von 78.376,22 Euro für die Ausbuchung der Restbuchwerte im Zuge des Verkaufs des Regionalbüros in Eisenstadt und die ab dem Jahr 2017 anfallenden Aufwendungen für die Hospiz-Palliativ-Betreuung gem. § 2 Pflegefondsgesetz.



Sonstige betriebliche Aufwendungen	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Aufsichtsgebühr	4.752,03	4.787,90	4.842,74	+ 1,1
Verbandsbeitrag	136.070,00	149.310,00	132.290,00	- 11,4
Verbandsbeitrag Projekt e-card	94.970,00	59.500,00	56.230,00	- 5,5
Verbandsbeitrag ITSV	62.160,00	74.640,00	69.370,00	- 7,1
Verbandsbeitrag ELGA	36.420,00	24.730,00	26.750,00	+ 8,2
Sozialgerichtskosten	98.973,04	73.974,56	89.807,50	+ 21,4
Öffentlichkeitsinformation	54.865,14	59.887,36	67.245,51	+ 12,3
Auszahlungsgebühr gemäß § 68/6 BSVG	215.258,61	214.206,97	209.563,73	- 2,2
Aufwendungen für weitervermietete Räumlichkeiten	83.092,31	82.929,87	84.450,59	+ 1,8
Nicht abziehbare Vorsteuer	24.670,64	29.675,20	22.204,40	- 25,2
Mehraufwand Pflegegeld UV	1.143.422,44	1.137.502,88	1.127.325,78	- 0,9
Andere	25.985,03	189.097,36	72.682,95	- 61,6
Summe	1.980.639,24	2.100.242,10	1.962.763,20	- 6,5

Finanzergebnis

Die im Zweig Unfallversicherung rückläufige Liquidität in Verbindung mit extrem niedrigen Zinsen führt zu einem sinkenden Finanzergebnis.

Finanzergebnis	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Vermögenserträgnisse von Geldeinlagen/Darlehen	139.947,04	112.162,77	74.217,72	- 33,8
Vermögenserträgnisse von Haus- und Grundbesitz	-	-	-	-
Zinsaufwendungen	-	-	-	-
Finanzaufwendungen aus Haus- und Grundbesitz	-	-	-	-
Summe	139.947,04	112.162,77	74.217,72	- 33,8

Beiträge des Bundes

Zur Sicherung der Leistungen aus dem Zweig der Unfallversicherung leistete der Bund gemäß § 31 (2) BSVG zuletzt noch für 2010 einen Beitrag in Höhe eines Drittels der Beiträge der Pflichtversicherten. Mit dem Budgetbegleitgesetz 2011 wurde ein gänzlicher Entfall des Bundesbeitrages herbeigeführt.



Zuweisung an / Auflösung von Rücklagen

Nach den Rechnungsvorschriften ist zur Sicherung der Leistungsverpflichtungen sowie zum Ausgleich unterjähriger Zahlungsschwankungen eine Leistungssicherungsrücklage im Ausmaß von einem Zwölftel der Summe der Versicherungsleistungen zu bilden.

Aufgrund der Begrenzung der Leistungssicherungsrücklage war diese per 31.12.2017 um 275.970,09 Euro zu reduzieren und erreicht somit am Ende des Geschäftsjahres 2017 den Sollstand von 8.152.525,43 Euro. Auf die Entwicklungsdarstellungen der Rücklagen im Kapitel "Schlussbilanz" wird verwiesen.

Zuweisung/Auflösung Rücklagen	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	- 14.888.574,43	- 18.070.568,42	- 10.632.859,93	- 41,2
Zuweisung an die Leistungssicherungsrücklage	-	343.996,92	-	•
Auflösung von Rücklagen	775,01	-	275.970,09	•
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	- 14.887.799,42	- 18.414.565,34	- 10.356.889,84	- 43,8



Pensionsversicherung



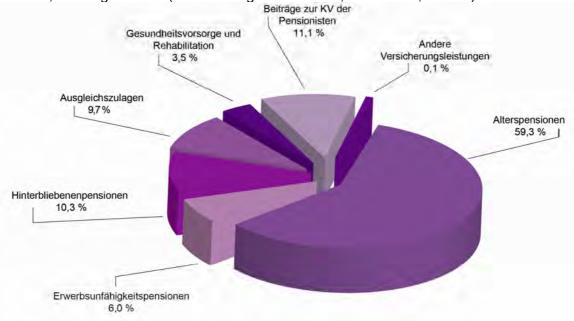
Erfolgsrechnungen 2015 – 2017

Bezeichnung	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Beiträge für	577 000 004 54	500 400 700 00	507 500 440 00	. 0.0
a) Erwerbstätige	577.999.231,51	582.102.762,20	587.583.146,88	+ 0,9
b) Teilversicherte gemäß § 3 Abs. 1 Z.2 APG	13.534.727,41	15.963.193,98	17.515.177,22	+ 9,7
c) Freiwillig Versicherte d) Überweisungsbeträge	917.943,04	952.687,70	966.718,71	+ 1,5
Zwischensumme	5.309.091,42	4.382.842,05	3.924.621,52	- 10,5
e) Höherversicherte	597.760.993,38	603.401.485,93	609.989.664,33	+ 1,1
-,	609.760,12	999.029,71	559.917,48	- 44,0
f) Eink. Schul- Studienzeiten g) Abgeltungsbeträge für vor dem 1.1.1955 Geborene	1.107.584,65	1.912.030,20	2.951.206,30	+ 54,3
h) Sonstige Beiträge	0.654.470.67	0.740.400.54	0.770.000.04	. 0 6
Summe der Beiträge	9.654.479,67	9.719.109,54	9.778.322,81	+ 0,6
Ausfallhaftung des Bundes	609.132.817,82 1.464.091.228,33	616.031.655,38 1.496.746.052,41	623.279.110,92	+ 1,2
Ausgleichszulagen	233.569.564,13	226.512.593,25	1.495.498.365,20 222.633.567,25	- 0,1 - 1,7
Entschädigung f. Kriegsgefangene u. Rentenleist. f. Heimopfer			· ·	- 1,7
Verzugszinsen und Beitragszuschläge	393.732,50 995.814,38	318.473,00 981.518,52	294.464,83 835.924,78	- 14,8
Ersätze für Leistungsaufwendungen	6.332.859,76	6.404.582,29	6.253.724,13	- 14,8
Kostenbeteiligungen	1.518.945,37	1.551.841,66	1.668.427,68	+ 7,5
Sonstige betriebliche Erträge	2.111.877,45	2.637.918,42	3.484.262,91	+ 32,1
Summe der Erträge	2.318.146.839,74	2.351.184.634,93	2.353.947.847,70	+ 0,1
Pensionen	2.010.140.003,14	2.001.104.004,00	2.000.041.041,10	7 0,1
a) Alterspensionen	1.294.025.612,96	1.330.690.298,98	1.361.535.554,25	+ 2,3
b) Pensionen der geminderten Arbeitsfähigkeit	168.904.292,65	153.368.704,33	137.057.638,12	- 10,6
c) Hinterbliebenenpensionen	234.255.908,63	236.045.876,57	236.858.207,59	+ 0,3
d) Einmalzahlungen	153.301,04	166.661,01	163.714,84	- 1,8
Summe der Pensionsaufwendungen	1.697.339.115,28	1.720.271.540,89	1.735.615.114,80	+ 0,9
Ausgleichszulagen	233.569.564,13	226.512.593,25	222.633.567,25	- 1,7
Entschädigung f. Kriegsgefangene u. Rentenleist. f. Heimopfer	393.732,50	318.473,00	294.464,83	- 7,5
Überweisungsbeträge und Beitragserstattungen	594.184,13	758.862,05	620.044,49	- 18,3
Gesundheitsvorsorge und Rehabilitation	73.863.062,19	76.670.849,93	79.313.164,71	+ 3,4
Beiträge zur Krankenversicherung der Pensionisten	251.555.008,70	251.137.694,36	253.765.000,18	+ 1,0
Fahrtspesen und Transportkosten für Leistungsempfänger	68.756,54	75.379,14	59.288,97	- 21,3
Vertrauensärztlicher Dienst und sonstige Betreuung	2.373.087,31	2.315.143,68	2.010.255,46	- 13,2
Summe der Versicherungsleistungen	2.259.756.510,78	2.278.060.536,30	2.294.310.900,69	+ 0,7
Ersätze für Rehabilitationsgeld inkl. KV-Beiträge	-	-	-	-
Verwaltungs- und Verrechnungsaufwand				
a) eigener	53.562.628,06	54.291.326,13	54.691.470,86	+ 0,7
b) Vergütungen an Sozialversicherungsträger	-	-	-	-
Abschreibungen	4.40.4.40.00	454.004.04	455.070.40	. 0.7
a) vom Anlagevermögen	140.146,38	154.661,94	155.670,10	+ 0,7
b) vom Umlaufvermögen Sonstige betriebliche Aufwendungen	154.089,82	179.874,36	147.722,80	- 17,9
	4.512.912,64 2.318.126.287,68	18.505.419,51 2.351.191.818,24	4.665.150,62 2.353.970.915,07	- 74,8 + 0,1
Summe der Aufwendungen Betriebsergebnis	20.552,06	- 7.183,31	- 23.067,37	+ 0,1
Vermögenserträgnisse von	20.332,00	- 7.103,31	- 23.007,37	-
a) Wertpapieren	_	_	-	_
b) Darlehen	<u>-</u>	648,23	15.982,69	_
c) Geldeinlagen	35.323,39	19.846,52	9.235,65	- 53,5
d) Haus- und Grundbesitz	-	-	-	-
e) Verkauf von Finanzvermögen	_	_	_	_
Finanzaufwendungen				
a) Zinsaufwendungen	55.875,45	13.311,44	2.150,97	- 83,8
b) aus Haus- und Grundbesitz	-	-	-	-
c) aus dem An- und Verkauf von Finanzvermögen	-	-	-	-
Finanzergebnis	- 20.552,06	7.183,31	23.067,37	-
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-	-	-	-
außerordentliche Erträge	-	-	-	-
außerordentliche Aufwendungen	-	-	-	-
außerordentliches Ergebnis		-	-	_
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-	-	-	-
Auflösung von Rücklagen	-	-	-	-
	l	200,000,00	200,000,00	
Zuweisung an Rücklagen	300.000,00	300.000,00	300.000,00	-



Erträge und Aufwendungen der Pensionsversicherung

Den Hauptteil und die entwicklungsbestimmenden Größen der Aufwendungen stellen der Pensionsaufwand, der Aufwand für Ausgleichszulagen und die Beiträge zur Krankenversicherung der Pensionisten dar. Aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere der Ausfallhaftung des Bundes, ist in der Pensionsversicherung eine Ausgeglichenheit zwischen Erträgen und Aufwendungen, wie bei anderen PV-Trägern auch, gegeben. Die Absicherung des Umlageverfahrens ist wegen der - im Gegensatz zu den anderen Trägern - Rückläufigkeit der Zahl der Pensionsversicherten insbesondere für die SVB von Relevanz. Außerdem ist die Pensionsbelastungsquote (Relation zwischen der Anzahl an Pensionen zu Pensionsversicherten) bei der SVB mit 1.252 zu 1.000 (alle PV-Träger: 589 zu 1.000*) am höchsten und wirkt sich somit als Negativschere auf die Ausfallhaftung des Bundes aus. Gegenläufig für die Ausfallhaftung wirken die im Vergleich niedrigsten Durchschnittspensionen von 811 Euro brutto, d.h. inkl. Zulagen und Zuschüssen* (alle PV-Träger: 1.143 Euro*). Der Anteil der Ausgleichszulagen, gemessen an der Zahl der Pensionen, ist bei der SVB mit 21,4 %* (alle PV-Träger: 9,2 %*) am höchsten und die durchschnittliche Ausgleichszulage mit 422 Euro* (alle PV-Träger: 310 Euro*) ebenfalls. Beides ist im Zusammenhang mit den niedrigeren Pensionen zu sehen. Insgesamt ergibt sich daraus jedoch eine vergleichsweise verhaltene Belastung des Bundes, welche im Zusammenhang mit den Anrechnungsbestimmungen des fiktiven Ausgedinges gesehen werden kann. Die Durchschnittspension (inkl. Zulagen und Zuschüsse) der Neuzuerkennungen aller Pensionen (inkl. Hinterbliebenenleistungen) ist von 2016 auf 2017 bei der SVB von 883,6 auf 856,2 Euro gesunken (alle PV-Träger: von 1.123,8 auf 1.153,9 Euro*).



Die grafisch dargestellten **anderen Versicherungsleistungen** mit einem Anteil von lediglich 0,1 % der gesamten Versicherungsleistungen enthalten die Aufwendungen für Überweisungsbeträge und Beitragserstattungen, die unter den Pensionsaufwendungen ausgewiesenen Einmalzahlungen, die Entschädigungen für Kriegsgefangene und die Rentenleistungen für Heimopfer, die Fahrtspesen und Transportkosten für Leistungsempfänger sowie den vertrauensärztlichen Dienst.

_

^{*} Das Datenmaterial stammt aus Statistiken des Hauptverbandes (Jahresergebnisse 2017 bzw. Pensionsjahresstatistiken) und enthält tw. keine Datensätze der Versicherungsanstalt des österreichischen Notariates bzw. handelt es sich neben Jahreswerten auch tw. um Dezemberwerte. Die dadurch sich ergebenden Unschärfen sind jedoch vernachlässigbar.



Beitragseinnahmen

Beiträge	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Beiträge für Erwerbstätige	577.999.231,51	582.102.762,20	587.583.146,88	+ 0,9
Teilversicherte gemäß § 3 Abs. 1 Z.2 APG	13.534.727,41	15.963.193,98	17.515.177,22	+ 9,7
Freiwillig Versicherte	917.943,04	952.687,70	966.718,71	+ 1,5
Überweisungsbeträge	5.309.091,42	4.382.842,05	3.924.621,52	- 10,5
Zwischensumme	597.760.993,38	603.401.485,93	609.989.664,33	+ 1,1
Höherversicherte	609.760,12	999.029,71	559.917,48	- 44,0
Eink. Schul- Studienzeiten	1.107.584,65	1.912.030,20	2.951.206,30	+ 54,3
Sonstige Beiträge (= Solidaritätsbeiträge)	9.654.479,67	9.719.109,54	9.778.322,81	+ 0,6
Summe der Beiträge	609.132.817,82	616.031.655,38	623.279.110,92	+ 1,2

Beiträge für Erwerbstätige

Beiträge für Erwerbstätige	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Beiträge für Betriebsführer und Angehörige	431.038.095,51	434.102.488,53	438.202.524,31	+ 0,9
Partnerleistung	146.961.136,00	148.000.273,67	149.380.622,57	+ 0,9
Summe	577.999.231,51	582.102.762,20	587.583.146,88	+ 0,9

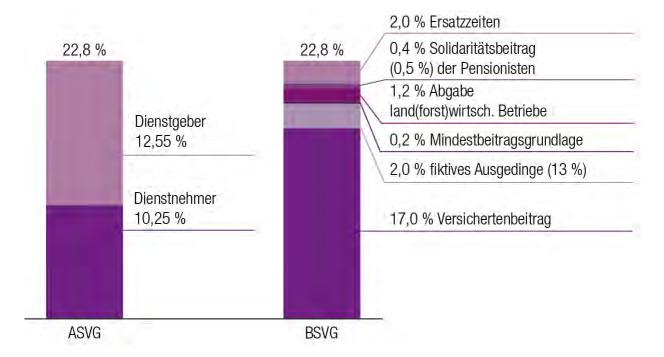
Der Beitragssatz in der Bauernpensionsversicherung stieg in den Jahren 2010 bis 2015 in mehreren Schritten von 15 % auf 17 %. Da der Gesamtbeitragssatz seit 2005 22,8 % beträgt, beläuft sich die Partnerleistung des Bundes ab dem 1.1.2015 auf 5,8 %. In obiger Tabelle werden die Beiträge der Versicherten und die Partnerleistung des Bundes getrennt dargestellt.

Die Entwicklung der Beiträge für Erwerbstätige ist einerseits auf die Aufwertungszahlen (2015: 1,027, 2016: 1,024, 2017: 1,024) und andererseits auf die Auswirkungen des fortwährend rückläufigen Versichertenstandes (detaillierte Daten finden sich dazu im Statistikteil dieses Berichtes) zurückzuführen.



Ab dem Jahr 2005 gilt im harmonisierten Pensionsrecht für alle Berufsgruppen ein einheitlicher Beitragssatz von 22,8 % der Beitragsgrundlage.

Im Bereich der unselbstständig Erwerbstätigen (ASVG) entfallen davon 12,55 % auf den Dienstgeber, sodass der Dienstnehmeranteil nur mehr 10,25 % ausmacht. Im bäuerlichen Bereich werden jene Leistungen, die nur von Bauern erbracht werden, zum Versichertenbeitrag dazugerechnet. Auch Bäuerinnen und Bauern erfüllen daher die Vorgabe des einheitlichen Beitragssatzes von 22,8 %. Ab dem Jahr 2015 beträgt der Versichertenbeitrag 17,0 %.



Beiträge für Teilversicherte

Hierunter fallen Zeiten einer Pflichtversicherung in der Pensionsversicherung, für die der Bund, das Bundesministerium für Landesverteidigung, das Arbeitsmarktservice oder ein öffentlicher Fonds Beiträge zu zahlen haben. Im Fall der SVB entfallen auf die Anrechnung von Kindererziehungszeiten rd. 17,1 Mio. und für Präsenzdiener rd. 0,4 Mio.

Beiträge für freiwillig Versicherte

Die Veränderungen dieser Position stehen in direktem Zusammenhang mit der Beitragsanpassung und der Anzahl der Beitragszahler (siehe dazu auch die entsprechenden Zahlen im statistischen Teil dieses Berichtes).



Überweisungsbeträge

Überweisungsbeträge sind vom Bund für politische Mandatare an den jeweiligen Pensionsversicherungsträger zu leisten.

Beiträge für Höherversicherte

Der hohe Wert 2016 bei den Höherversicherten ist darauf zurückzuführen, dass vor Neufestsetzung der Faktoren zur Berechnung des besonderen Steigerungsbetrages mit 1. April 2016 noch Einzahlungen erfolgt sind, um in die vorteilhaftere Altregelung zu fallen.

Beiträge für den Einkauf von Schul- und Studienzeiten

2015 sind die Beiträge für den Einkauf von Schul- und Studienzeiten stark angestiegen. Grund dafür sind einerseits die Verschärfungen im Bereich des Nachkaufs von Versicherungszeiten nach § 39a BSVG für Personen, die als Schüler im elterlichen Betrieb tätig waren, andererseits die durch das Pensionskonto und die Pensionsvorausberechnungen erhöhte Anregung zur Schließung von Versicherungslücken. 2016 und 2017 setzte sich dieser Trend fort.

Sonstige Beiträge

Ab 2001 werden von jeder Pension und den Pensionssonderzahlungen Solidaritätsbeiträge in der Höhe von 0,5 % dieser Leistungen einbehalten, wodurch eine Absenkung der Anrechnungsbeträge beim fiktiven Ausgedinge ermöglicht wurde.

Weitere Ertragspositionen

Ausfallhaftung des Bundes

	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Ausfallhaftung des Bundes	1.464.091.228,33	1.496.746.052,41	1.495.498.365,20	- 0,1

Der Bundesbeitrag gemäß § 31 Abs. 1 BSVG deckt - mit Ausnahme der Zuführung an die Rücklage des Unterstützungsfonds - den gesamten Betrag ab, um den die Aufwendungen die Erträge übersteigen.



Ausgleichszulagen

	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Ausgleichszulagen	233.569.564,13	226.512.593,25	222.633.567,25	- 1,7

Der vollständige Ersatz durch den Bund bewirkt, dass sowohl auf der Aufwands- als auch auf der Ertragsseite idente Beträge auszuweisen und die Ausgleichszulagen daher ergebnisneutral sind. Erläuterungen zur Entwicklung können den Ausführungen unter der gleichnamigen Aufwandsposition entnommen werden.

Entschädigung für Kriegsgefangene und Rentenleistungen für Heimopfer

	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Entschädigung für Kriegsgefangene	393.732,50	318.473,00	292.664,83	- 8,1
Rentenleistung für Heimopfer	-	-	1.800,00	•
Summe	393.732,50	318.473,00	294.464,83	- 7,5

Die angeführte Position weist den Ersatz des Bundes aus der gleich lautenden Aufwandsposition aus.

Erstmals wurden im Jahr 2017 auch Leistungen aus dem Heimopferrentengesetz (HOG) berücksichtigt. Jede Person aus dem festgelegten Kreis der Opfer erhält ab 1.7.2017 einen monatlichen Betrag in Höhe von 300 Euro.

Verzugszinsen und Beitragszuschläge

	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Verzugszinsen und Beitragszuschläge	995.814,38	981.518,52	835.924,78	- 14,8

Die Entwicklung dieser Position ist vom Melde- und Zahlungsverhalten der Beitragspflichtigen abhängig.

Ersätze für Leistungsaufwendungen

Ersätze für Leistungsaufwendungen	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Ersätze aus Schadenersatzleistungen § 178 BSVG	485.456,89	480.754,37	237.405,22	- 50,6
Sonstige Ersätze	102.397,26	42.762,09	27.324,91	- 36,1
Beihilfe für nicht abziehbare Vorsteuer	5.745.005,61	5.881.065,83	5.988.994,00	+ 1,8
Summe	6.332.859,76	6.404.582,29	6.253.724,13	- 2,4

Die Ersätze aus Schadenersatzleistungen von Personen, die einen Versicherungsfall verursacht haben, unterliegen starken jährlichen Schwankungen, wobei einzelne teurere Versicherungsfälle zusätzlich höhere Abweichungen verursachen können.



Kostenbeteiligungen

Kostenbeteiligungen	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Gesundheitsvorsorge	902.854,62	910.752,96	951.034,44	+ 4,4
Rehabilitation	616.090,75	641.088,70	717.393,24	+ 11,9
Summe	1.518.945,37	1.551.841,66	1.668.427,68	+ 7,5

Sonstige betriebliche Erträge

Sonstige betriebliche Erträge	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Nicht rückgeforderte Guthaben der Versicherten	63.722,58	60.755,94	71.987,84	+ 18,5
Verkaufserlöse	367,17	657.678,42	50.986,11	•
Skonti	11.139,28	12.243,01	7.490,04	- 38,8
Erträge aus weitervermieteten Räumlichkeiten	235.636,83	220.170,00	232.541,23	+ 5,6
Aliquote Beihilfe für nicht abziehbare Vorsteuer	78.579,61	92.276,22	63.107,45	- 31,6
Andere	1.722.431,98	1.594.794,83	3.058.150,24	+ 91,8
Summe	2.111.877,45	2.637.918,42	3.484.262,91	+ 32,1

Der hohe Wert unter dem Punkt Verkaufserlöse im Jahr 2016 beinhaltet den Anteil der PV am Erlös aus der Veräußerung des Regionalbüros Burgenland.

Die Unterposition "Andere" enthält auch die Gewinnausschüttungen der teilprivatisierten ehemaligen Eigenen Einrichtungen, an denen die SVB mit 26 % beteiligt ist. Die Verteilung der Gewinnanteile auf die Versicherungszweige nach der Frequenz ergibt für die Pensionsversicherung im Jahr 2017 (für das Jahr 2016) an den gesamten Ausschüttungen von 2.137.200 einen Anteil von 2.025.789. Vergleichsweise hat die Gesamtausschüttung an die SVB im Jahr 2016 rund 1,65 Mio. und im Jahr 2015 rund 1,8 Mio. betragen. Darüber hinaus hat die SVB auf der Grundlage des überarbeiteten Kooperationsvertrages mit den ehemaligen Eigenen Einrichtungen erstmals im Jahr 2017 eine Gutschrift in Höhe von brutto 1.063.497,34 erhalten (PV-Anteil: 996.177,96).



Versicherungsleistungen

Pensionsaufwendungen

Pensionen	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Alterspensionen	1.294.025.612,96	1.330.690.298,98	1.361.535.554,25	+ 2,3
Pensionen der geminderten Arbeitsfähigkeit	168.904.292,65	153.368.704,33	137.057.638,12	- 10,6
Hinterbliebenenpensionen	234.255.908,63	236.045.876,57	236.858.207,59	+ 0,3
Einmalzahlungen	153.301,04	166.661,01	163.714,84	- 1,8
Summe	1.697.339.115,28	1.720.271.540,89	1.735.615.114,80	+ 0,9

Ab 1.1.2017 wurden die Pensionen mit dem Anpassungsfaktor um 0,8 % erhöht.

Ausgleichszulagen

	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Ausgleichszulagen	233.569.564,13	226.512.593,25	222.633.567,25	- 1,7

Mit 1.1.2017 wurden die Ausgleichzulagenrichtsätze um 0,8 % erhöht. Der Ausgleichszulagenrichtsatz für alleinstehende Pensionisten wurde – bei Vorliegen von mindestens 30 Beitragsjahren aufgrund einer Erwerbstätigkeit – mit 1. Jänner 2017 auf 1.000 Euro angehoben. Hinterbliebenenleistungen sind von der Erhöhung nicht betroffen. Gemäß Stabilitätsgesetz 2012 wurde im Jahr 2016 das fiktive Ausgedinge bei der Berechnung der Ausgleichszulage von 14 auf 13 % reduziert. Trotz dieser Maßnahmen ist ein Rückgang zu verzeichnen, welcher auf eine rückläufige Anzahl an Ausgleichszulagenbezieher zurückzuführen ist.

Entschädigung für Kriegsgefangene und Rentenleistungen für Heimopfer

	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Entschädigung für Kriegsgefangene	393.732,50	318.473,00	292.664,83	- 8,1
Rentenleistung für Heimopfer	-	-	1.800,00	•
Summe	393.732,50	318.473,00	294.464,83	- 7,5

Nach den Bestimmungen des Kriegsgefangenenentschädigungsgesetzes (KGEG) ist ab 2001 österreichischen Staatsbürgern/Staatsbürgerinnen, die unter bestimmten Voraussetzungen in Kriegsgefangenschaft gerieten oder aus politischen oder militärischen Gründen festgenommen bzw. angehalten wurden, die Entschädigung für Kriegsgefangene als Zusatzleistung zur laufenden Pension zu gewähren. Die Entschädigung ist auf einen allfälligen Ausgleichszulagenanspruch nicht anzurechnen. Der aufgewendete Betrag wird einschließlich des Anteiles an Verwaltungsaufwendungen vom Bund ersetzt und ist durch den abnehmenden Stand an Anspruchsberechtigten rückläufig.

Erstmals ab 1.7.2017 wurden auch Leistungen aus dem Heimopferrentengesetz (HOG) in Höhe von monatlich 300 Euro berücksichtigt.



Überweisungsbeträge und Beitragserstattungen

	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Überweisungsbeträge und Beitragserstattungen	594.184,13	758.862,05	620.044,49	- 18,3

Durch gesetzliche Änderungen entfiel die für politische Mandatare im Falle einer Überschreitung der Höchstbeitragsgrundlage normierte Einschränkung, dass die Erstattung von Pensionsversicherungsbeiträgen erst nach dem Ende des Anspruches auf Bezüge bzw. Bezugsfortzahlung aus der politischen Funktion geltend gemacht werden kann.

Gesundheitsvorsorge und Rehabilitation

Die gezielte und konsequente Steuerung der Beschickung in die teilprivatisierten Eigenen Einrichtungen (PPP-Einrichtungen) bedeutet eine Hebung der Qualität bei den Heilverfahren und eine Verlagerung in Richtung Aufenthalte in Rehabilitationseinrichtungen.

Gemäß dem Grundsatz Rehabilitation vor Pension wurde mit Wirksamkeit 1.1.2017 der Zugang zu beruflicher Rehabilitation verbessert.

Gesundheitsvorsorge und Rehabilitation	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Aufwand für Kuraufenthalte	1.327.652,84	1.487.659,74	1.298.987,20	- 12,7
Aufwand für Genesungs- bzw. Erholungsaufenthalte	1.261.860,30	1.405.605,44	1.594.247,04	+ 13,4
Aufenthalt in Rehabilitationsanstalten	32.510.263,98	32.877.899,16	32.661.089,21	- 0,7
Beiträge zu Kuraufenthalten	3.554,40	-	3.546,63	•
Körperersatzstücke, Heilbehelfe, Hilfsmittel	-	-	-	•
Reise- und Transportkosten	311.858,95	320.279,04	303.407,21	- 5,3
Barleistungen während des Heilverfahrens	-	-	-	•
Summe Gesundheitsvorsorge	35.415.190,47	36.091.443,38	35.861.277,29	- 0,6
Medizinische Rehabilitation	26.188.588,49	27.928.037,22	30.425.447,26	+ 8,9
Berufliche Rehabilitation	2.309.444,07	2.374.240,94	2.473.848,52	+ 4,2
Soziale Rehabilitation	130.614,72	71.187,33	62.080,20	- 12,8
Übergangsgeld	11.489,11	15.491,91	21.586,25	+ 39,3
Reise- und Transportkosten	111.054,67	119.052,15	121.984,34	+ 2,5
Summe Rehabilitation	28.751.191,06	30.508.009,55	33.104.946,57	+ 8,5
Sonstiges	3.867.842,58	4.099.132,02	4.161.508,08	+ 1,5
Nicht abziehbare Vorsteuer	5.828.838,08	5.972.264,98	6.185.432,77	+ 3,6
Summe Gesundheitsvorsorge und Rehabilitation	73.863.062,19	76.670.849,93	79.313.164,71	+ 3,4

Beiträge zur Krankenversicherung der Pensionisten

	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Beiträge zur Krankenversicherung der Pensionisten	251.555.008,70	251.137.694,36	253.765.000,18	+ 1,0

Der erhöhende Faktor für diese Position ist im Regelfall der Anstieg der Pensionsaufwendungen.

Von jeder zur Auszahlung gelangenden Pensions- und Pensionssonderzahlung - mit Ausnahme von Waisenpensionen - ist ein Betrag von 5,1 % einzubehalten, wenn und solange sich der



in Betracht kommende Pensionist ständig im Inland aufhält und nicht von der Pflichtversicherung ausgenommen ist. Zu den Pensionen und Pensionssonderzahlungen zählen auch die Ausgleichszulagen.

Im Jahr 2015 wurde der einem Beitragssatz von 5,0 % entsprechende Betrag mit einem Hebesatz von 397 % vervielfacht und gemeinsam mit dem Ergänzungsbeitrag von 0,1 % an die bäuerliche Krankenversicherung überwiesen. Ab 2016 gilt für die SVB ein Hebesatz von 387 %, der sich auf den gesamten Einbehalt von 5,1 % erstreckt. Der die Pensionsversicherung belastende Anteil ergibt sich aus dem an die Krankenversicherung zu überweisenden Krankenversicherungsbeitrag abzüglich der von den Pensionen einbehaltenen Krankenversicherungsbeiträge.

Fahrtspesen und Transportkosten für Leistungsempfänger

	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Fahrtspesen und Transportkosten für Leistungsempfänger	68.756,54	75.379,14	59.288,97	- 21,3

Vertrauensärztlicher Dienst und sonstige Betreuung

Es gelten die unter der gleichnamigen Aufwandsposition beim Versicherungszweig KV angeführten Erläuterungen.

Vertrauensärztlicher Dienst und sonstige Betreuung	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Personal- und Sachaufwand	1.861.458,41	1.804.022,48	1.520.568,43	- 15,7
Ärztehonorare	511.628,90	511.121,20	489.687,03	- 4,2
Summe	2.373.087,31	2.315.143,68	2.010.255,46	- 13,2

Weitere Aufwandspositionen

Verwaltungs- und Verrechnungsaufwand

Siehe dazu die Erläuterungen unter der gleichnamigen Position bei der Krankenversicherung.

Verwaltungs- und Verrechnungsaufwand	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Personalaufwand	46.478.022,91	47.216.886,00	47.044.132,75	- 0,4
Sachaufwand	9.914.111,44	9.394.605,54	9.822.856,22	+ 4,6
Aufwand der Verwaltungskörper	256.554,46	267.069,25	268.875,79	+ 0,7
Aufwand der Beiräte	3.165,77	2.961,71	2.646,42	- 10,6
Ersätze	- 3.089.226,52	- 2.590.196,37	- 2.447.040,32	- 5,5
Summe	53.562.628,06	54.291.326,13	54.691.470,86	+ 0,7



Abschreibungen

Die Abschreibungen vom Anlagevermögen betreffen die Gebäude, die Einrichtungen und Geräte, die Maschinen und Apparate sowie die Fahrzeuge.

Abschreibungen	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
vom Anlagevermögen	140.146,38	154.661,94	155.670,10	+ 0,7
vom Umlaufvermögen	154.089,82	179.874,36	147.722,80	- 17,9
Summe	294.236,20	334.536,30	303.392,90	- 9,3

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Im Jahr 2017 werden erstmals Aufwendungen im Zusammenhang mit der Halbierung des Pensionsversicherungsbeitrages bei Erwerbstätigkeit über das Regelpensionsalter hinaus berücksichtigt. Ebenfalls erstmalig ausgewiesen sind Beträge gem. § 2 Pflegefondsgesetz für die Hospiz- und Palliativbetreuung.

Im Jahr 2016 beinhaltet der Punkt "Andere" den sogenannten "Pensionshunderter", die Einmalzahlung von 100 Euro für alle Pensionen gem. § 357a BSVG, im Gesamtwert von 14.148.800 Euro. Weiters wurden im Jahr 2016 unter dieser Position "Verluste aus dem Verkauf von Anlagevermögen" für die Ausscheidung der Restbuchwerte aus dem Verkauf des Regionalbüros in Eisenstadt (PV-Anteil 265.828 Euro; insgesamt 533.898 Euro) ausgewiesen.

Sonstige betriebliche Aufwendungen	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Aufsichtsgebühr	28.642,99	30.456,64	30.801,58	+ 1,1
Verbandsbeitrag	840.520,00	837.270,00	935.040,00	+ 11,7
Verbandsbeitrag Projekt e-card	590.340,00	316.400,00	399.920,00	+ 26,4
Verbandsbeitrag ITSV	382.060,00	418.120,00	489.120,00	+ 17,0
Verbandsbeitrag ELGA	228.060,00	133.570,00	194.140,00	+ 45,3
Sozialgerichtskosten	563.973,78	492.369,33	436.355,28	- 11,4
Öffentlichkeitsinformation	141.755,37	143.232,56	153.651,05	+ 7,3
Auszahlungsgebühr gemäß § 68/6 BSVG	1.271.962,96	1.235.042,78	1.162.499,35	- 5,9
Aufwendungen für weitervermietete Räumlichkeiten	283.652,12	281.272,36	285.388,74	+ 1,5
Nicht abziehbare Vorsteuer	78.579,61	92.276,22	64.363,11	- 30,2
PV-Anteil bei Pensionsaufschub	-	-	181.172,33	•
Hospiz-Palliativ-Betreuung gem. § 2/2a PFG	-	-	173.381,49	•
Andere	103.365,81	14.525.409,62	159.317,69	•
Summe	4.512.912,64	18.505.419,51	4.665.150,62	- 74,8



Finanzergebnis

Die stark rückläufigen Zinsaufwendungen sind Folge der massiv gesunkenen Zinssätze.

Finanzergebnis	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Vermögenserträgnisse von Geldeinlagen/Darlehen	35.323,39	20.494,75	25.218,34	+ 23,0
Vermögenserträgnisse von Haus- und Grundbesitz	-	-	-	-
Zinsaufwendungen	55.875,45	13.311,44	2.150,97	- 83,8
Finanzaufwendungen aus Haus- und Grundbesitz	-	-	-	-
Summe	- 20.552,06	7.183,31	23.067,37	•

Zuweisung an Rücklagen

Dem Unterstützungsfonds können für den Bereich der Pensionsversicherung bis zu 1,25 ‰ der Summe aus Erträgen an Versicherungsbeiträgen einschließlich der Partnerleistung des Bundes zugewiesen werden. Diese Dotierung darf nur insoweit erfolgen, als die Mittel des Unterstützungsfonds am Ende des Geschäftsjahres im Bereich der Pensionsversicherung 2,5 ‰ der Berechnungsgrundlage nicht übersteigen. Zur Sicherung des Deckungserfordernisses erfolgte eine Dotierung des Unterstützungsfonds mit 300.000 Euro.

Eine Aufstockung der Leistungssicherungsrücklage, welche am Ende eines jeden Geschäftsjahres ein Zwölftel des Leistungsaufwandes betragen sollte, ist mangels Bilanzgewinn nicht möglich.

Zuweisung an Rücklagen	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-	-	-	-
Zuweisung an den Unterstützungsfonds	300.000,00	300.000,00	300.000,00	-
Bilanzverlust	- 300.000,00	- 300.000,00	- 300.000,00	-

Bundespflegegeld - Pensions- und Unfallversicherung



Pensionsversicherung

Erfolgsrechnungen 2015 - 2017

Bezeichnung	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Ersatzleistung des Bundes	221.207.557,28	224.855.604,04	223.809.007,24	- 0,5
Ersätze für Leistungsaufwendungen	306.900,47	297.217,08	298.124,20	+ 0,3
Sonstige betriebliche Erträge	4.376,50	1.944,21	1.390,95	- 28,5
Summe der Erträge	221.518.834,25	225.154.765,33	224.108.522,39	- 0,5
Pflegegeld	211.394.353,41	215.409.909,40	214.184.932,42	- 0,6
Sachleistungen	35.318,67	25.609,37	43.142,08	+ 68,5
Fahrtspesen und Transportkosten	742,41	601,79	603,78	+ 0,3
Vertrauensärztlicher Dienst und sonstige Betreuung	4.022.279,95	3.967.326,84	4.100.732,92	+ 3,4
Verwaltungsaufwand	5.471.340,66	5.165.194,85	5.263.101,17	+ 1,9
Sonstige betriebliche Aufwendungen	594.799,15	586.123,08	516.010,02	- 12,0
Summe der Aufwendungen	221.518.834,25	225.154.765,33	224.108.522,39	- 0,5
Saldo	-	_	-	-

Nach dem Bundespflegegeldgesetz (BPGG) hat das Pflegegeld den Zweck, pflegebedingte Mehraufwendungen pauschaliert abzugelten, um pflegebedürftigen Personen soweit wie möglich die notwendige Betreuung und Hilfe zu sichern, sowie die Möglichkeit zu verbessern, ein selbstbestimmtes, bedürfnisorientiertes Leben zu führen. Den anspruchsberechtigten Personen gebührt das Pflegegeld bei Zutreffen der Voraussetzungen, wobei sich die Höhe des Pflegegeldes nach dem Zeitaufwand für den ständigen Pflegebedarf orientiert.

Nach den Bestimmungen der Rechnungsvorschriften hat der Träger der gesetzlichen Pensionsversicherung für die Verrechnung der Aufwendungen und Erträge nach dem Bundespflegegeldgesetz (BPGG) eine gesonderte Erfolgsrechnung zu erstellen.

Im Unterschied zu den Erfolgsrechnungen in den einzelnen Versicherungszweigen hat die Gebarung nach dem BPGG-PV ausgeglichen zu sein, wodurch in dieser Erfolgsrechnung weder ein Mehrertrag noch ein Mehraufwand auszuweisen ist.

Erträge

Ersatzleistung des Bundes

Nach den Bestimmungen des Bundespflegegeldgesetzes hat der Bund den Trägern der gesetzlichen Pensionsversicherung den Unterschiedsbetrag zwischen der Summe der Aufwendungen und den sonstigen und a.o. Erträgen bzw. Ersätzen für Leistungsaufwendungen zu ersetzen.

Ersätze für Leistungsaufwendungen

Diese umfassen die aliquote Beihilfe für die im Leistungsaufwand angefallene nicht abziehbare Vorsteuer und die Einnahmen aus Regressen. Diese sind jeweils abhängig von der Anzahl und "Schwere" der Fälle.



Sonstige betriebliche Erträge

Die Vorschüsse des Bundes auf den gebührenden Kostenersatz werden seitens der SVB getrennt von den liquiden Mitteln der Pensionsversicherung verwaltet. Die daraus resultierenden Zinserträge sind hier auszuweisen und im Zusammenhang mit der Zinsentwicklung zu sehen.

Aufwendungen

Pflegegeld

Ab 1.1.2016 wurde der Auszahlungsbetrag des Pflegegeldes um 2 % erhöht. Weiters wurde im Betrachtungszeitraum 2015 bis 2017 ab 1.1.2015 die erforderliche Mindeststundenanzahl des Pflegebedarfs für die Einstufung in die Pflegestufen 1 und 2 angehoben.

Verwaltungsaufwand

Die Veränderung des Verwaltungsaufwandes für das Pflegegeld ist im Zusammenhang mit dem dafür notwendigen Personaleinsatz zu sehen.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

In dieser Aufwandsposition sind die Sozialgerichtskosten und die Auszahlungsgebühren betragsrelevant.



Unfallversicherung

Erfolgsrechnungen 2015 - 2017

Bezeichnung	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Ersatzleistung des Bundes	22.438,58	31.808,03	30.028,92	- 5,6
Ersätze für Leistungsaufwendungen	37,14	3.476,47	7.007,02	•
Sonstige betriebliche Erträge	0,18	0,40	1,08	•
Summe der Erträge	22.475,90	35.284,90	37.037,02	+ 5,0
Pflegegeld	1.133.750,70	1.140.041,15	1.130.853,28	- 0,8
Sachleistungen	-	-	-	-
Fahrtspesen und Transportkosten	-	-	-	-
Vertrauensärztlicher Dienst und sonstige Betreuung	2.652,25	3.561,00	3.121,03	- 12,4
Verwaltungsaufwand	26.006,85	25.686,42	26.915,65	+ 4,8
Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.488,54	3.499,21	3.472,84	- 0,8
Summe der Aufwendungen	1.165.898,34	1.172.787,78	1.164.362,80	- 0,7
Saldo	- 1.143.422,44	- 1.137.502,88	- 1.127.325,78	- 0,9

Anspruch auf Pflegegeld nach Maßgabe der Bestimmungen des Bundesgesetzes haben Bezieher einer Vollrente - also bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von 100 % - deren Pflegebedarf durch den Arbeitsunfall oder die Berufskrankheit verursacht wurde bzw. Personen, deren Rente nach den sozialversicherungsrechtlichen Vorschriften abgefunden worden ist, wenn deren Pflegebedarf durch den Arbeitsunfall oder die Berufskrankheit verursacht wurde.

Während in der Pensionsversicherung der Aufwand im Zusammenhang mit dem Pflegegeld vom Bund abgegolten wird, gibt es in der Unfallversicherung nur dann Ersatzleistungen aus Bundesmitteln, wenn das Pflegegeld aufgrund einer akausalen Behinderung, d.h. nicht durch einen Arbeitsunfall begründet, gebührt. Der sich ergebende Mehraufwand ist in die sonstigen betrieblichen Aufwendungen der Erfolgsrechnung der Unfallversicherung überzuleiten und aus deren liquiden Mitteln abzudecken.

Ab 1.1.2016 wurde der Auszahlungsbetrag des Pflegegeldes um 2 % erhöht. Weiters wurde im Betrachtungszeitraum 2015 bis 2017 ab 1.1.2015 die erforderliche Mindeststundenanzahl des Pflegebedarfs für die Einstufung in die Pflegestufen 1 und 2 angehoben.



Schlussbilanz



Schlussbilanzen 2015 - 2017

		per 31.12.2015	per 31.12.2016	per 31.12.2017
	Unbebaute Grundstücke	-	-	-
	Bebaute Grundstücke u. Investitionen auf fremden Boden	3.070.956,54	2.427.954,30	2.327.574,01
1.	Immobilien	3.070.956,54	2.427.954,30	2.327.574,01
	Einrichtungen und Geräte	250.577,22	489.600,55	454.565,82
	Maschinen und Apparate	171.042,54	245.769,70	241.215,94
	Fahrzeuge	24.660,76	20.350,61	5.749,18
2.	Mobilien	446.280,52	755.720,86	701.530,94
3.	Darlehen und Hypothekardarlehen	21.579.110,57	21.075.900,83	20.016.392,54
4.	Wertpapiere	79.758.500,00	93.225.500,00	47.749.800,00
5.	Sonstiges	7.947.050,17	7.947.050,17	7.968.927,19
I.	Anlagevermögen	112.801.897,80	125.432.126,16	78.764.224,68
1.	Vorräte	76.648,11	86.269,71	75.928,68
	Beitragsforderungen für eigene Rechnung	171.480.643,13	158.169.409,71	184.875.537,19
	Beitragsforderungen für fremde Rechnung	77.157,72	74.581,72	73.890,11
2.	Beitragsforderungen	171.557.800,85	158.243.991,43	184.949.427,30
3.	Treuhandforderungen	-	-	-
4.	Ersatzforderungen	7.070.115,47	6.725.017,65	6.358.234,77
5.	Sonstige Forderungen	132.459.968,93	111.938.720,90	148.320.395,21
6.	Gebundene Einlagen bei Geldinstituten	65.908.500,00	53.908.500,00	130.800.000,00
	Kurzfristige Einlagen bei Geldinstituten	152.138.173,14	183.008.011,44	77.898.945,69
	Sonstige kurzfristige Einlagen	-	-	-
7.	Kurzfristige Einlagen	152.138.173,14	183.008.011,44	77.898.945,69
8.	Barbestände	26.925,63	28.227,37	22.642,23
II.	Umlaufvermögen	529.238.132,13	513.938.738,50	548.425.573,88
III.	Aktive Rechnungsabgrenzung	3.671.101,81	3.710.425,24	3.715.872,42
IV.	Ungedeckte Allgemeine Rücklage	-	-	-
AK.	TIVA	645.711.131,74	643.081.289,90	630.905.670,98
1.	Allgemeine Rücklage	227.261.673,41	172.966.842,86	186.393.480,69
2.	Leistungssicherungsrücklage	113.713.326,99	115.061.158,50	114.453.800,44
	Unterstützungsfonds	11.219.087,71	11.051.236,40	11.498.432,77
	Ersatzbeschaffungsrücklage	-	-	-
3.	Besondere Rücklagen	11.219.087,71	11.051.236,40	11.498.432,77
I.	Reinvermögen	352.194.088,11	299.079.237,76	312.345.713,90
II.	Langfristige Verbindlichkeiten	4.122,40	-	-
1.	Wertberichtigungen zum Anlagevermögen	-	-	-
2.	Wertberichtigungen zum Umlaufvermögen	-	-	-
III.	Wertberichtigungen	-	-	-
	Treuhandsschulden	-	-	-
	Ausstehende fremde Beiträge	77.157,72	74.581,72	73.890,11
1.	Schulden an Beitr. f. fremde Rechnung	77.157,72	74.581,72	73.890,11
2.	Unberichtigte Versicherungsleistungen	140.470.394,24	141.959.426,27	143.271.501,56
3.	Sonstige Verbindlichkeiten	150.443.661,78	201.913.888,19	175.146.390,30
IV.	Kurzfristige Verbindlichkeiten	290.991.213,74	343.947.896,18	318.491.781,97
٧.	Passive Rechnungsabgrenzung	2.521.707,49	54.155,96	68.175,11
РΔ	SSIVA	645.711.131,74	643.081.289,90	630.905.670,98



AKTIVA

Anlagevermögen

Immobilien

Das "unbewegliche" Anlagevermögen ist mit den Anschaffungskosten, vermindert um die der jährlichen Wertminderung entsprechende Abschreibung, auszuweisen. Die Höhe der jährlichen Abschreibung ist in den Rechnungsvorschriften mittels Abschreibungssätzen vorgegeben. Eventuelle Wertänderungen durch Zugänge, Abgänge bzw. Abschreibungen sind in den Einzelnachweisungen zur Schlussbilanz enthalten.

Durch die Veräußerungen der Eigentumswohnung in Bad Gleichenberg im Jahr 2017 und des Regionalbüros in Eisenstadt im Jahr 2016 sind nunmehr bis auf das Bürogebäude in Klagenfurt per 31.12.2017 sämtliche Immobilien verkauft. Der höhere Wert für das Regionalbüro Innsbruck ist auf die Errichtung eines Kundenzentrums im Jahr 2015 zurückzuführen.

Bilanzwerte der Immobilien (Grund- und Gebäudeanteile)	per 31.12.2015	per 31.12.2016	per 31.12.2017
Bebaute Grundstücke: Bürogebäude			
Wien, Ghegastraße 1 (Miete)	241.669,04	186.721,72	141.614,62
Eisenstadt, Krautgartenweg 4	568.825,05	-	-
Eisenstadt, Siegfried Marcus-Straße 5 (Miete)	-	26.862,00	28.222,43
Linz, Blumauerstraße (Miete)	15.634,79	13.476,63	13.543,35
Innsbruck, Fritz-Konzert-Straße 5 (Miete)	201.921,24	181.332,52	160.539,80
Raaba bei Graz, Dietrich-Keller-Straße 20 (Miete)	1.883,81	17.650,46	15.646,53
Bregenz, Montfortstraße 9 (Miete)	1.329,58	-	10.248,12
Klagenfurt, Feldkirchnerstrasse 52	1.974.691,41	1.944.574,86	1.913.554,36
Salzburg, Rainerstraße 25 (Miete)	58.016,60	51.110,70	44.204,80
Bebaute Grundstücke: Sonstige Gebäude			
Wohnungseigentum, Bad Gleichenberg 310	6.985,02	6.225,41	-
Summe Immobilien	3.070.956,54	2.427.954,30	2.327.574,01

Mobilien

Das bewegliche Anlagevermögen zeigt nach Berücksichtigung von Zugängen, Veränderungen und Abschreibungen folgende Wertentwicklung:

Bilanzwerte der Mobilien	per 31.12.2015	per 31.12.2016	per 31.12.2017
Einrichtungen und Geräte in Verwaltungsdienststellen	250.577,22	489.600,55	454.565,82
Maschinen und Apparate in Verwaltungsdienststellen	171.042,54	245.769,70	241.215,94
Fahrzeuge der Verwaltungsdienststellen	24.660,76	20.350,61	5.749,18
Summe Mobilien	446.280,52	755.720,86	701.530,94

Höhere Werte per 31.12.2016 sind auf die Ausstattung des neuen Bürostandortes Eisenstadt zurückzuführen (Möblierung, Telefonanlage, etc.).

Darlehen und Hypothekardarlehen

Unter dieser Position werden die in den Zweigen Unfall- und Pensionsversicherung im Rahmen der beruflichen und sozialen Maßnahmen der Rehabilitation gewährten Darlehen ausgewiesen.

Zur Finanzierung von zusätzlichen Investitionsvolumina im IT-Bereich wurde der SVD von den drei an der IKT beteiligten Eigentümern SVA, SVB und BVA ein Gesellschafterdarlehen von 10.025.000 Euro gewährt, wobei auf jeden der Träger ein Betrag von 3.341.666,67 Euro entfällt. 2016 wurde die erste Tranche von 1.861.666,67 Euro je Träger an die SVD überwiesen, 2017 die zweite Tranche von je 913.333,33 Euro.

Bilanzwerte der Darlehen	per 31.12.2015	per 31.12.2016	per 31.12.2017
Rehabilitation Unfallversicherung	4.558.182,38	4.214.586,07	4.239.827,43
Rehabilitation Pensionsversicherung	17.020.928,19	14.999.648,09	13.001.565,11
Gesellschafterdarlehen an SVD	-	1.861.666,67	2.775.000,00
Summe Darlehen	21.579.110,57	21.075.900,83	20.016.392,54

Wertpapiere

Im Vergleich zu Termineinlagen haben Anleihen österreichischer Banken 2015 und 2016 eine höhere Rentabilität aufgewiesen, weshalb verstärkt in diese Anlageform investiert wurde. Der Rückgang im Jahr 2017 ist darauf zurückzuführen, dass ein großer Teil der Wertpapiere in diesem Jahr wieder fällig war und nun die Veranlagung in Terminanlagen erfolgte.

Bilanzwerte (Nominale bzw. Anschaffung)	per 31.12.2015	per 31.12.2016	per 31.12.2017
Summe Wertpapiere	79.758.500,00	93.225.500,00	47.749.800,00

Sonstiges Anlagevermögen

Bilanzwerte des sonstigen Anlagevermögens	per 31.12.2015	per 31.12.2016	per 31.12.2017
Beteiligung SVD Büromanagement GmbH	3.100.000,00	3.100.000,00	3.100.000,00
Beteiligung Klinikum Bad Gleichenberg GmbH	456.825,38	-	-
Beteiligung KBB Klinikum Besitz- u. Betriebs GmbH	3.534.604,00	-	-
Beteiligung Klinikum Austria Gesundheitsgruppe GmbH	-	3.991.429,38	3.991.429,38
Beteiligung ITSV GmbH	855.606,26	855.606,26	855.606,26
Genossenschaftsanteil RLB OÖ	14,53	14,53	14,53
Im Bau befindliche Anlagen	-	-	21.877,02
Summe sonstiges Anlagevermögen	7.947.050,17	7.947.050,17	7.968.927,19

Bei den Beteiligungen handelt es sich zum einen um Gemeinschaftsunternehmungen mit anderen SV-Unternehmen zur Hebung von Synergieeffekten und zum anderen um Gesellschaften im Zusammenhang mit der Teilprivatisierung der ehemals Eigenen Einrichtungen im Rahmen von PPP-Modellen, wobei die beiden Gesellschaften im Jahr 2016 zur Klinikum Austria Gesundheitsgruppe GmbH verschmolzen wurden.



Umlaufvermögen

Vorräte

Diese Position umfasst die für die laufende Betriebsführung erforderlichen Verbrauchsmaterialien, wie z.B. Untersuchungs- und Behandlungsmaterial sowie Büromaterialien.

Beitragsforderungen (für eigene und fremde Rechnung)

In dieser Bilanzposition werden jene Beitragseinnahmen des Berichtsjahres ausgewiesen, die von den Beitragsschuldnern zum Bilanzstichtag noch nicht einbezahlt wurden. Da von der SVB die Beiträge vierteljährlich im Nachhinein vorgeschrieben werden (ausgenommen reine UV-Betriebe, für welche die Vorschreibung jährlich erfolgt) und mit Ablauf des Monats fällig sind, das dem Ende des Vorschreibezeitraumes folgt, ergeben sich in der Bilanz entsprechend hohe Forderungen.

Die Beitragsforderungen für eigene Rechnung in Höhe von € 184.875.537,19 per 31.12.2017 verteilen sich folgendermaßen auf die Zweige:

Krankenversicherung
 Unfallversicherung
 Pensionsversicherung
 € 53.044.502,78
 € 14.861.620,58
 € 116.969.413,83

Die Beitragsforderungen für fremde Rechnung in Höhe von € 73.890,11 betreffen die Beiträge im Rahmen des betrieblichen Mitarbeiter- und Selbständigenvorsorgegesetzes. Da die SVB diese Beiträge für die betrieblichen Vorsorgekassen einhebt, ist der Wert dieser Forderungen auch auf der Passivseite der Bilanz unter der Position "Ausstehende fremde Beiträge" auszuweisen.



Ersatzforderungen für erbrachte Leistungen

Hierunter fallen Forderungen im Zusammenhang mit in Anspruch genommenen Leistungen (z.B. noch nicht entrichtete Kostenanteile und Kostenbeteiligungen, zu Unrecht bezogene Leistungen, Schadenersatzansprüche).

Bilanzwerte der Ersatzforderungen (buchmäßiger Stand inkl. Transitorien)	per 31.12.2015	per 31.12.2016	per 31.12.2017
Kostenanteil der Versicherten, gemäß § 80 BSVG	1.788.978,83	1.677.161,89	1.682.688,07
KB der Vers. iZm Gesundh.aktionen + Gesundh.aktivwochen	-	11.855,75	12.363,43
Behandlungskostenbeitrag	1.104.431,43	772.785,15	854.370,35
Betriebshilfe	980.031,22	1.147.455,70	992.378,20
Zu Unrecht in Anspruch genommene Leistungen	2.223,99	2.223,99	2.223,99
Schadenersatzansprüche	767.822,05	655.582,41	579.252,04
Krankenversicherung	4.643.487,52	4.267.064,89	4.123.276,08
Kostenbeteiligung d. Vers. iZm Arbeitsmedizinischen Wochen	-	10,67	10,35
Zu Unrecht in Anspruch genommene Leistungen	-29.347,01	-30.908,97	-37.480,73
Schadenersatzansprüche	528.292,13	579.917,10	448.624,92
Schadenersatzansprüche, Pflegegeld	-		3.480,00
Unfallversicherung	498.945,12	549.018,80	414.634,54
KB der Vers. iZm Gesundh.aktionen + Gesundh.aktivwochen	-	63.474,30	62.886,81
Zu Unrecht in Anspruch genommene Leistungen:			
- Kostenbeteiligungen	206.623,90	193.460,81	244.029,31
- Pensionen	185.013,30	198.224,96	143.300,57
- Ausgleichszulagen	852.843,49	862.769,67	899.498,32
- Pflegegeld	81.807,90	59.597,20	69.586,50
Schadenersatzansprüche	459.618,67	437.749,70	278.903,09
Schadenersatzansprüche, Pflegegeld	141.775,57	93.657,32	122.119,55
Pensionsversicherung	1.927.682,83	1.908.933,96	1.820.324,15
Summen	7.070.115,47	6.725.017,65	6.358.234,77

Sonstige Forderungen

Diese Position umfasst all jene Forderungen, die weder Beitrags- noch Ersatzforderungen für erbrachte Leistungen sind. Dazu zählen z.B. Abrechnungen mit Ministerien und dem Hauptverband, Akontierungen an die Gebietskrankenkassen, Pensionsvorschusszahlungen gem. § 255 Abs. 2 und 3 BSVG sowie Forderungen aus der Verrechnung zwischen den einzelnen Versicherungszweigen.

Gebundene Einlagen

Unter dieser Position sind Termineinlagen auszuweisen, die länger als zwölf Monate gebunden sind. Der starke Anstieg von 53.908.500 per 31.12.2016 auf 130.800.000 per 31.12.2017 ist einerseits darauf zurückzuführen, dass Geld aus Anleihen, die 2017 zurückbezahlt wurden, in Termineinlagen investiert wurde, und dass andererseits bei Termineinlagen eine längere Laufzeit gewählt wurde, sodass buchhalterisch eine Verschiebung von den kurzfristigen zu den gebundenen Einlagen erfolgte.



Kurzfristige Einlagen bei Geldinstituten (inkl. Barbestände)

Neben den Bargeldbeständen und den Guthaben auf den Girokonten finden sich unter dieser Bilanzposition insbesondere die kurzfristigen Termineinlagen der SVB (bis zwölf Monate Veranlagungsdauer) bei den Banken.

Von den am 31.12.2017 ausgewiesenen € 77.898.945,69 entfallen auf die Zweige:

Krankenversicherung
 Unfallversicherung
 Pensionsversicherung
 Pflegegeld PV
 ≤ 51.977.987,50
 ≥ 20.099.661,83
 5.098.622,45
 722.673,91

Aktive Rechnungsabgrenzung

Als Aktive Rechnungsabgrenzungen gelten jene auf das Berichtsjahr entfallenden Teile an Erträgen, die erst im nächsten Kalenderjahr fällig werden, sowie jene auf das dem Berichtsjahr folgende Kalenderjahr entfallenden Aufwendungen, die im Berichtsjahr fällig wurden. Es handelt sich hierbei nicht um "echte" Forderungen bzw. Schulden, sondern es erfolgt die Ausweisung nur aus dem Grund der periodengerechten Verbuchung.



PASSIVA

Reinvermögen

Die Summe der Rücklagen (Allgemeine Rücklagen, Leistungssicherungsrücklagen und die Unterstützungsfonds als besondere Rücklagen) ergibt das Reinvermögen.

Das Reinvermögen per 31.12.2017 verteilt sich auf die Zweige wie folgt:

Reinvermögen	KV	UV	PV	Summe
Allgemeine Rücklage	153.383.998,93	33.009.481,76	-	186.393.480,69
Leistungssicherungrücklage	44.734.031,43	8.152.525,43	61.567.243,58	114.453.800,44
Unterstützungsfonds	8.047.765,32	1.990.642,10	1.460.025,35	11.498.432,77
Summe	206.165.795,68	43.152.649,29	63.027.268,93	312.345.713,90

Allgemeine Rücklage

Ein Bilanzgewinn ist der Allgemeinen Rücklage zuzuführen, ein Bilanzverlust reduziert diese Rücklage. Darüber hinaus ist die Sozialversicherungsanstalt der Bauern gem. § 204 Abs. 6 BSVG ermächtigt, zwischen der Kranken- und Unfallversicherung wechselseitig Rücklagen zu übertragen. Um im Zweig Unfallversicherung die Verluste abzudecken sowie die Liquidität zu stärken, wurden im Jahr 2015 40 Mio. Euro von der Rücklage der Krankenversicherung in jene der Unfallversicherung transferiert, womit auch der Liquiditätsbedarf in den Jahren 2016 und 2017 gedeckt war.

Der Beitragsrabatt von 53 % im 4. Quartal 2016 beläuft sich auf ein Gesamtvolumen von rd. 89 Mio. Euro. Davon entfallen 25,7 Mio. Euro auf die Krankenversicherung und vermindern dort die Beitragseinnahmen. Die restlichen 63,3 Mio. Euro betreffend die Unfall- und Pensionsversicherung wurden gem. § 357b Abs. 5 BSVG aus der Allgemeinen Rücklage der Krankenversicherung finanziert.

Im Zweig Pensionsversicherung wird die Dotierung des Unterstützungsfonds nicht bei der Ermittlung der Ausfallhaftung des Bundes berücksichtigt, weshalb sich ein Bilanzverlust in dieser Höhe ergibt. Da in der Pensionsversicherung keine Allgemeine Rücklage vorhanden ist, um diesen Verlust aufzufangen, ist zur Vermeidung einer negativen Allgemeinen Rücklage ein Übertrag aus der Leistungssicherungsrücklage vorzunehmen.



Allgemeine Rücklage nach Versicherungszweigen	per 31.12.2015	per 31.12.2016	per 31.12.2017
	115.000.050.11	105 100 700 17	100 000 174 00
KV Stand am Beginn des Geschäftsjahres	145.866.056,14	165.480.736,47	129.600.471,26
KV + Bilanzgewinn	59.614.680,33	27.410.540,61	23.783.527,67
KV - Bilanzverlust	-	-	-
KV - Abgänge aus Vermögensübertragung	en -40.000.000,00	-63.290.805,82	-
KV Stand am Ende des Geschäftsjahres	165.480.736,47	129.600.471,26	153.383.998,93
UV Stand am Beginn des Geschäftsjahres	36.668.736,36	61.780.936,94	43.366.371,60
UV + Bilanzgewinn	-	-	-
UV + Zugänge aus Vermögensübertragung	en 40.000.000,00	-	-
UV - Bilanzverlust	-14.887.799,42	-18.414.565,34	-10.356.889,84
UV Stand am Ende des Geschäftsjahres	61.780.936,94	43.366.371,60	33.009.481,76
PV Stand am Beginn des Geschäftsjahres	-	-	-
PV + Bilanzgewinn	-	-	-
PV + Zugänge aus Vermögensübertragung	en 300.000,00	300.000,00	300.000,00
PV - Bilanzverlust	-300.000,00	-300.000,00	-300.000,00
PV Stand am Ende des Geschäftsjahres	-	-	-
Σ Stand am Ende des Geschäftsjahres	227.261.673,41	172.966.842,86	186.393.480,69

Leistungssicherungsrücklage

Zum Ausgleich unterjähriger Schwankungen von Beitragseinnahmen und Leistungsauszahlungen sowie zur bilanzmäßigen Absicherung der Erfüllung der Leistungsverpflichtungen ist eine Leistungssicherungsrücklage im Ausmaß eines Zwölftels der Versicherungsleistungen zu bilden.

Im Zweig Pensionsversicherung ist die Leistungssicherungsrücklage nicht voll dotiert und kann mangels Jahresüberschuss auch keine Zuweisung vorgenommen werden. Da auch keine Allgemeine Rücklage vorhanden ist, bewirkt der Bilanzverlust in Höhe der Dotierung des Unterstützungsfonds (in den Jahren 2015 bis 2017 jeweils 300.000 Euro) eine Verminderung der Leistungssicherungsrücklage.



	stungssicherungsrücklage h Versicherungszweigen	per 31.12.2015	per 31.12.2016	per 31.12.2017
ΚV	Stand am Beginn des Geschäftsjahres	42.592.674,68	43.461.584,81	44.765.419,40
ΚV	Dotierung	868.910,13	1.303.834,59	-
ΚV	Auflösung	-	-	-31.387,97
K۷	Stand am Ende des Geschäftsjahres	43.461.584,81	44.765.419,40	44.734.031,43
ΚV	Sollstand am Ende des Geschäftsjahres	43.461.584,81	44.765.419,40	44.734.031,43
UV	Stand am Beginn des Geschäftsjahres	8.085.273,61	8.084.498,60	8.428.495,52
UV	Dotierung	-	343.996,92	-
UV	Auflösung	-775,01	-	-275.970,09
UV	Übertragung an Allgemeine Rücklage	-	-	-
UV	Stand am Ende des Geschäftsjahres	8.084.498,60	8.428.495,52	8.152.525,43
UV	Sollstand am Ende des Geschäftsjahres	8.084.498,60	8.428.495,52	8.152.525,43
PV	Stand am Beginn des Geschäftsjahres	62.467.243,58	62.167.243,58	61.867.243,58
PV	Dotierung	-	-	-
PV	Auflösung	-	-	=
PV	Übertragung an Allgemeine Rücklage	-300.000,00	-300.000,00	-300.000,00
PV	Stand am Ende des Geschäftsjahres	62.167.243,58	61.867.243,58	61.567.243,58
PV	Sollstand am Ende des Geschäftsjahres	188.313.042,57	189.838.378,03	191.192.575,06
Σ	Stand am Ende des Geschäftsjahres	113.713.326,99	115.061.158,50	114.453.800,44

Unterstützungsfonds

Mittel des Unterstützungsfonds sind für besonders berücksichtigungswürdige Fälle, insbesondere unter Einbeziehung der Familien-, Einkommens- und Vermögensverhältnisse des zu Unterstützenden, nach den vom Vorstand erlassenen Richtlinien zu verwenden.

	erstützungsfonds	per 31.12.2015	per 31.12.2016	per 31.12.2017
nac	h Versicherungszweigen	'	'	•
K۷	Stand am Beginn des Geschäftsjahres	7.273.074,35	7.794.140,28	7.636.205,37
ΚV	Dotierung	1.000.000,00	400.000,00	1.000.000,00
ΚV	Leistungen	-478.934,07	-557.934,91	-588.440,05
ΚV	Stand am Ende des Geschäftsjahres	7.794.140,28	7.636.205,37	8.047.765,32
UV	Stand am Beginn des Geschäftsjahres	2.107.573,91	2.048.542,29	2.021.318,10
UV	Dotierung	-	-	-
UV	Leistungen	-59.031,62	-27.224,19	-30.676,00
UV	Stand am Ende des Geschäftsjahres	2.048.542,29	2.021.318,10	1.990.642,10
PV	Stand am Beginn des Geschäftsjahres	1.321.309,66	1.376.405,14	1.393.712,93
PV	Dotierung	300.000,00	300.000,00	300.000,00
PV	Leistungen	-244.904,52	-282.692,21	-233.687,58
PV	Stand am Ende des Geschäftsjahres	1.376.405,14	1.393.712,93	1.460.025,35
Σ	Stand am Ende des Geschäftsjahres	11.219.087,71	11.051.236,40	11.498.432,77



Erfolgsermittlung

Das Reinvermögen als Summe aller Rücklagen der SVB hat sich per 31.12.2017 gegenüber dem Anfang der Rechnungsperiode erhöht:

Indirekte Erfolgsermittlung	per 31.12.2015	per 31.12.2016	per 31.12.2017
Reinvermögen	352.194.088,11	299.079.237,76	312.345.713,90
Änderung des Reinvermögens It. Schlussbilanz	45.812.145,82	-53.114.850,35	13.266.476,14

Die direkte Erfolgsermittlung aus den Erfolgsrechnungen aller Versicherungszweige zusammen ergibt für das Jahr 2017 zuzüglich der dotierten Beträge und abzüglich der Leistungen aus dem Unterstützungsfonds einen positiven Wert von 13,3 Mio. Euro.

Direkte Erfolgsermittlung	2015	2016	2017
Bilanzgewinn / Bilanzverlust lt. Erfolgsrechnungen	44.426.880,91	8.695.975,27	13.126.637,83
+ Dotierung von Rücklagen und Unterstützungsfonds	2.168.135,12	2.347.831,51	992.641,94
- Leistungen aus dem Unterstützungsfonds	-782.870,21	-867.851,31	-852.803,63
Ergebnis It. Erfolgsrechnungen	45.812.145,82	10.175.955,47	13.266.476,14

Die Differenz im Jahr 2016 zwischen der indirekten Erfolgsermittlung durch Rücklagenvergleich und der direkten Erfolgsermittlung aus den Erfolgsrechnungen ist auf den Quartalsrabatt gem. § 357b BSVG zurückzuführen. Der die Unfall- und Pensionsversicherung betreffende Betrag von 63.290.805,82 wurde aus der Allgemeinen Rücklage der Krankenversicherung finanziert und belastete somit das Reinvermögen, nicht jedoch die Erfolgsrechnungen.

Kurzfristige Verbindlichkeiten

Unberichtigte Versicherungsleistungen

Diese Position spiegelt die Leistungsaufwendungen wider, die im Transitorienzeitraum abgerechnet werden.

Sonstige Verbindlichkeiten

Unter dieser Bilanzposition werden u.a. Verbindlichkeiten gegenüber Lieferanten, Bundesministerien aufgrund von Jahresabrechnungen, dem Finanzamt sowie Bankverbindlichkeiten zur Sicherung der laufenden Liquidität ausgewiesen. Per 31.12.2016 enthielt diese Position die gesetzliche Verpflichtung der Krankenversicherung zur Finanzierung des die Unfallversicherung (6.785.073,46 €) und Pensionsversicherung (€ 56.505.732,36 €) betreffenden Anteils an den Beitragsgutschriften gem. § 357b BSVG für das 4. Quartal 2016 im Jänner 2017. Der Stand an debitorischen Barvorlagen bei Banken hat sich per 31.12.2017 im Zweig Pensionsversicherung auf 112 Mio. Euro belaufen.

Passive Rechnungsabgrenzung

Diese Position umfasst freiwillige Weiterversicherungsbeiträge sowie Zuzahlungen zu Kur- und Gesundheitsaktivaufenthalten, die im laufenden Jahr für das Folgejahr geleistet wurden.



Die Sozialversicherungsanstalt der Bauern (SVB) ist an folgenden Unternehmen beteiligt:

- KA Klinikum Austria Gesundheitsgruppe GmbH
- SVD Büromanagement GmbH (SVD)
- ITSV GmbH

Bei den Beteiligungen handelt es sich zum einen um Gemeinschaftsunternehmungen mit anderen SV-Unternehmen zur Hebung von Synergieeffekten ("SVD" und "ITSV") und zum anderen um eine Gesellschaft im Zusammenhang mit der Teilprivatisierung der ehemals "Eigenen Einrichtungen" im Rahmen eines PPP-Modells.

In der Folge werden anhand ausgewählter Daten und Kennzahlen die Beteiligungen an der Klinikum Austria Gesundheitsgruppe GmbH und an der SVD näher dargestellt.

An diesen Beteiligungen besitzt die SVB ein unmittelbares strategisches und operatives Interesse. Aufgrund der Beteiligungskonstruktion ist die SVB auch in der Lage, die Entwicklung dieser Beteiligungen mit zu beeinflussen.

Die ITSV GmbH ist ein Gemeinschaftsunternehmen aller Sozialversicherungsträger.



Allgemeines

In die REHAMED wurde die ehemals Eigene Einrichtung in Bad Gleichenberg eingebracht, in die KBB GmbH (ab 1.10.2015 KA - Klinikum Austria GmbH) die ehemals Eigenen Einrichtungen in Baden, Bad Hall, Bad Schallerbach und Bad Gastein. Der Anteil der SVB an beiden Gesellschaften beträgt jeweils 26 %.

Die SVB setzt sich in besonderer Weise für die Gesundheit ihrer Versicherten und PensionistInnen ein. Einen wichtigen Schwerpunkt in diesen Bemühungen um die Gesundheit der bäuerlichen Familien bilden die Rehabilitationsaufenthalte und Heilverfahren. Neben den Kliniken an diesen Standorten, an denen die SVB über diese Gesellschaft beteiligt ist, hat sie auch Vereinbarungen mit anderen Einrichtungen abgeschlossen, sodass der bäuerlichen Bevölkerung ein dichtes Netz an modernen Behandlungszentren zur Verfügung steht.

In den Kliniken (Bad Gleichenberg, Baden, Bad Hall, Schallerbacherhof und Bad Gastein) steht die medizinische Behandlung der PatientInnen an erster Stelle. Die Behandlung mit natürlichen Heilwässern und Solen verliert immer mehr an Bedeutung. Demgegenüber werden Physiotherapien, Bewegungstherapien, Ergotherapien, medikamentöse Therapien und Psychotherapien sowie ernährungswissenschaftliche Beratungen und Lebensstilberatungen immer wichtiger zur Erlangung des Heilerfolges. Darüber hinaus wird versucht, durch Maßnahmen der Gesundheitsförderung und durch Arbeitsmedizinische Betreuung den PatientInnen hinsichtlich ihres Gesundheitsbewusstseins entscheidende Impulse zu geben.

Eine rasche und geeignete Behandlung kann die Zeit einer Arbeitsunfähigkeit verringern bzw. dauernde Schäden hintanhalten. Daher wird durch eine entsprechende Organisation erreicht, dass Patientlnnen mit einer entsprechenden Aufnahmediagnose innerhalb kürzester Zeit in der "passenden" Einrichtung aufgenommen werden.

Mit dem Klinikum Bad Gleichenberg, der ehemals eigenen Sonderkrankenanstalt für interne Rehabilitation, ist die SVB erstmals neue Wege in der Zusammenarbeit mit privaten Betreibern gegangen. Seit April 2006 ist das Klinikum Bad Gleichenberg mehrheitlich in privatem Besitz und wurde zwischenzeitig ausgebaut und generalsaniert. Das Haus wurde auf 150 Betten aufgestockt und modernisiert. Es steht nunmehr neben den bisherigen Leistungen auch eine Krankenstation mit 16 Betten zur Verfügung. Aufgrund von vertraglichen Vereinbarungen steht das Klinikum nach wie vor speziell der bäuerlichen Bevölkerung zur Verfügung.

Der nächste Schritt in diese Richtung war die Teilprivatisierung der restlichen 4 ehemals Eigenen Einrichtungen. In einem EU-weiten Ausschreibungsverfahren wurde unser Partner bei Gleichenberg auch hier als Bestbieter ermittelt. Mit 1.1.2010 erfolgte vereinbarungsgemäß der Übergang unserer Rehabilitationseinrichtungen in die gemeinsame Gesellschaft (KBB GmbH). Die SVB ist auch an der Geschäftsführung beteiligt.

Mit der Inbetriebnahme der Kliniken Schallerbacherhof mit 120 Betten im Juni 2012 und Bad Gastein mit 155 Betten im September 2012 wurden die Investitionsmaßnahmen abgeschlossen. Seither haben alle Häuser 4****-Qualität in der Hotelkomponente und eine Ausstattung mit hochwertiger Rehabilitationsmedizin. Diese Einrichtungen sollen auch hinkünftig unseren Versicherten uneingeschränkt zur Verfügung stehen.

Ziel dieser Kooperation ist es, die Leistung für bäuerliche Versicherte, die Auslastung der Häuser, die erforderlichen Investitionsmaßnahmen, die Qualität der Einrichtungen und die Arbeitsplätze der MitarbeiterInnen langfristig zu sichern.



Da die Beteiligungsverhältnisse identisch waren, wurde die REHAMED – Rehabilitationszentrum für Lungen- und Stoffwechselerkrankungen Bad Gleichenberg GmbH zum 1.1.2016 auf die KA – Klinikum Austria Gesundheitsgruppe GmbH (bis 30.9.2015 KBB GmbH) verschmolzen. Damit ist das Klinikum Bad Gleichenberg nunmehr gemeinsam mit den vier anderen ehemaligen eigenen Einrichtungen unter dem Dach der Klinikum Austria Gesundheitsgruppe GmbH vereinigt.

Die Verschmelzung wurde zum Anlass genommen, den Kooperationsvertrag zwischen der SVB und dem privaten Betreiber KMG (Klinikum-Management-Gesellschaft mbH) zu überarbeiten bzw. neu zu verhandeln. Der Vertrag regelt insbesondere die Zusammenarbeit zwischen der SVB und den privaten Betreibern (u. a. medizinisches Leistungsprofil, Berichtslegung und Nachweis der vereinbarten Leistungen, finanzielle Bestimmungen wie Tarife, Pönalisierungsbestimmungen). Der Vorstand der SVB hat in seiner Sitzung am 11. April 2016 dem neuen Kooperationsvertrag einstimmig seine Zustimmung erteilt. Besserstellungen für die SVB konnten insbesondere im Abschnitt der finanziellen Bestimmungen erzielt werden (u. a. Rabattregelung, Mischtarife, Umstellung auf eine Gesamtgarantiesumme). Neu geregelt und präzisiert wurden auch die Leistungsnachweisführungen und Pönalisierungsbestimmungen.

Wirtschaftliche und leistungsmäßige Kenndaten

Das Jahresergebnis 2017 für die Klinikum Austria Gesundheitsgruppe GmbH stellt sich wie folgt dar:

Rechnungsabschluss 2017	KA GmbH
Betriebsleistung	53.356.646,19
Aufwendungen für Material und sonstige bezogene Leistungen *)	18.867.390,16
Personalaufwand	15.357.319,41
Abschreibungen	3.788.972,55
sonstige betriebliche Aufwendungen	5.102.454,46
Betriebsergebnis	10.240.509,61
Finanzergebnis	615.767,86
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	9.624.741,75
Außerordentliches Ergebnis	0,00
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	2.402.302,27
Jahresüberschuss	7.222.439,48
Auflösung unversteuerter Rücklagen	
Zuweisung zu Gewinnrücklagen	
Jahresgewinn	7.222.439,48
Gewinn- bzw. Verlustvortrag aus dem Vorjahr	2.054.877,04
Bilanzgewinn	9.277.316,52
Gewinnausschüttung 2017 für SVB (für 2016)	2.137.200,00
davon KV	51.564,00
davon UV	59.846,49
davon PV	2.025.789,51

^{*)} davon beträgt der Aufwand für das überlassene SVB-Personal 13.988.728,26



Die folgende Darstellung zeigt die Anzahl der Belagstage in den einzelnen Häusern sowie die jeweilige Höhe des Anteils der SVB-PatientInnen.

Belagstage 2017	Summe	Baden	Bad Hall	Bad Schallerbach	Bad Gastein	Bad Gleichenberg
Belagstage SVB	199.825	41.906	33.837	42.148	51.457	30.477
Belagstage andere	45.214	2.691	9.877	1.584	5.669	25.393
Belagstage Gesamt	245.039	44.597	43.714	43.732	57.126	55.870
Anteil der SVB Patienten	81,5%	94,0%	77,4%	96,4%	90,1%	54,5%

Die Darstellung nach Diagnosen zeigt folgendes Bild:

Diagnosan	Summe	Baden	Bad Hall	Schallerbach	Bad Gastein	Bad Gleichenberg
Diagnosen	Fälle	Fälle	Fälle	Fälle	Fälle	Fälle
Bewegungs- und Stützapparat	6.082	1.859	17	1.801	2.391	14
Herz/Kreislauf inkl. Schlaganfälle	1.452	4	1.346	2	1	99
Neurologische Erkrankung	313	5	265	14	7	22
Atmungsorgane	1.588	1	2	1		1.584
Stoffwechsel, Verdauung	869	234	6			629
Unfallverletzungen	542	17	21	225	278	1
Sonstige	296		53	15	14	214
Summe	11.142	2.120	1.710	2.058	2.691	2.563

Im Zeitablauf wird der Anteil des überlassenen Personals sukzessive niedriger. Per 31.12.2017 ergaben sich folgende Relationen:

Personal per 31.12.2017		Klinikum Austria Gesundheitsgruppe GmbH						
in Vollzeitäquivalenten (VZÄ)	Gesamt Summe	Baden	Bad Hall	Schallerbach	Bad Gastein	Bad Gleichenberg		
Medizinisches Personal	271,60	44,62	65,64	42,21	59,23	59,90		
davon Überlassenes	125,46	20,10	35,72	19,37	22,27	28,00		
davon KA GmbH	146,14	24,52	29,92	22,84	36,96	31,90		
Sonstiges Personal *)	247,12	44,88	48,02	40,85	57,61	55,76		
davon Überlassenes	107,96	15,88	24,13	18,50	26,05	23,40		
davon KA GmbH	139,16	29,00	23,89	22,35	31,56	32,36		
Gesamtes Personal	518,72	89,50	113,66	83,06	116,84	115,66		
davon Überlassenes	233,42	35,98	59,85	37,87	48,32	51,40		
davon KA GmbH	285,30	53,52	53,81	45,19	68,52	64,26		

	_	Klinikum Austria Gesundheitsgruppe GmbH					
davon	Summe	Baden	Bad Hall	Schallerbach	Bad Gastein	Bad Gleichenberg	
*) Reinigung, Stubenpersonal	84,07	15,00	16,50	12,57	19,50	20,50	
davon Überlassenes	31,40	1,00	7,70	6,20	9,75	6,75	
davon KA GmbH	52,67	14,00	8,80	6,37	9,75	13,75	

In Baden war das Reinigungs- und Stubenpersonal schon vor der Teilprivatisierung in die SVD ausgelagert.



Kurzdarstellung der einzelnen Kliniken

Klinikum am Kurpark Baden für Orthopädie und Rheumatologie (NÖ)

Nach einer dreimonatigen Planungsphase begann Anfang April 2010 die projektierte Sanierung der 53 Patientenzimmer sowie die Anpassung der Aufenthaltsräume und des Medikamentendepots. Sie wurde bei laufendem Betrieb Ende November 2010 abgeschlossen. Damit ist Baden nach der ersten Sanierungsphase von 2000 und 2001 nun vollständig erneuert.



Bettenanzahl: 120

Schwerpunkte:

Das Klinikum bietet stationäre Rehabilitations- und Anschlussheilverfahren bei orthopädischen und rheumatischen Erkrankungen.

Weitere Informationen www.klinikum-baden.at

Klinikum Bad Hall für Herz-Kreislauf- und neurologische Rehabilitation (OÖ)

Nach der sanitätsbehördlichen Aufteilung des Klinikums Bad Hall in ein Departement für neurologische Rehabilitation und ein Departement für Herz-Kreislauf Rehabilitation im Rahmen eines sanitätsbehördlichen Verfahrens erfolgte auch die Neubesetzung der Ärztlichen Leitung. Prim. Dr. Gernot Diem wurde 2013 zum Ärztlichen Leiter des Klinikums und der "Herz-/Kreislauf-Abteilung" bestellt, Prim. Dr. Robert Hatschenberger zum Leiter der Neurologischen Abteilung. Parallel dazu wurde 2013 die Therapie umfangreich ausgebaut und logistisch optimiert. Im Jahr 2016 wurde der Rezeptionsbereich neu gestaltet und im Ablauf optimiert. Weitere Investitionen flossen in die Erneuerung der Aufzüge.



Bettenanzahl: 120

Schwerpunkte:

Das Klinikum ist auf die stationäre Rehabilitation von PatientInnen mit Herz-Kreislauf- sowie neurologischen Erkrankungen spezialisiert. Präventionsmaßnahmen für RisikopatientInnen, Anschlussheilverfahren nach Akutereignissen (Herzinfarkt, Herzoperation, Schlaganfall) sowie die Behandlung von PatientInnen mit Multipler Sklerose und Morbus Parkinson stehen im Mittelpunkt der medizinischen Arbeit.

Weitere Informationen www.klinikum-badhall.at



Klinikum Schallerbacherhof für orthopädische Rehabilitation (OÖ)

Nach Fertigstellung des Zubaus Ende 2011 wurden bis Mai 2012 notwendige Adaptierungen im Altbau und dessen Anschluss an den Neubau errichtet. Der Vollbetrieb konnte im Juni 2012 aufgenommen werden. Die feierliche Einweihung erfolgte am 26. Juni 2012. Der unter Denkmalschutz stehende Altbau, der 1991 saniert wurde und sich in einem hervorragenden Zustand befindet, blieb aber in seiner bisherigen Funktion erhalten. Lediglich die Raumnutzung wurde optimiert. Im Neubau sind nun die Diagnostik- und Therapieinfrastruktur untergebracht bzw. 40 Einzelzimmer für RehabilitationspatientInnen. Insgesamt wurde die Kapazität damit auf 120 Betten ausgebaut. Im Jahr 2016 wurde nunmehr die letzte Tranche der Sanitärzellen in den Zimmern des Altbaues generalsaniert. Ein Schwerpunkt ist unter anderem die geriatrische Rehabilitation.



Bettenanzahl: 120

Schwerpunkte:

Der Schallerbacherhof ist ein modernes Kompetenzzentrum für stationäre medizinische Rehabilitation nach orthopädischen Operationen und unfallchirurgischen Versorgungen. Ein weiterer Schwerpunkt ist das Bewegungstraining für ProthesenträgerInnen.

Weitere Informationen www.schallerbacherhof.at

Klinikum Bad Gastein für Orthopädie und Rheumatologie (SBG)

Mit der längst überfälligen Generalsanierung wurde Mitte 2010 begonnen. Als erstes wurde der Küchentrakt saniert und anschließend mit der Generalsanierung begonnen, welche in 4 Bauabschnitten erfolgte und im August 2012 abgeschlossen werden konnte. Der Vollbetrieb mit 155 Betten wurde im September 2012 aufgenommen. Die feierliche Einweihung erfolgte am 21. September 2012. In der zweiten Hälfte des Jahres 2014 wurde mit den Planungen für einen großzügigen Garten auf der westseitigen und bisher im Wesentlichen ungenutzten Grünfläche des Klinikums begonnen. Neben Spazierwegen und einer ansprechenden Bepflanzung sind zusätzlich mehrere Aufenthalts- bzw. Verweilflächen unterschiedlicher Materialisierung entstanden. Die Umgestaltung der Grünflächen wurde Mitte 2015 abgeschlossen.



Bettenanzahl: 155

Schwerpunkte:

Im Klinikum werden PatientInnen mit orthopädischen und rheumatischen Erkrankungen im Rahmen von Rehabilitations- und Anschlussheilverfahren behandelt. In Kooperation mit dem Gasteiner Heilstollen verfügt das Klinikum über langjährige Erfahrung in der Behandlung von PatientInnen mit Morbus Bechterew.

Weitere Informationen www.klinikum-badgastein.at



Klinikum Bad Gleichenberg für Lungen- und Stoffwechselerkrankungen (STMK)

Das komplett sanierte und erweiterte Klinikum Bad Gleichenberg ist mit 1.1.2010 in Vollbetrieb gegangen. Die feierliche Einweihung und Eröffnung erfolgte am 2. Juli 2010.

Im Zuge der Sanierungsmaßnahmen in den Jahren 2007-2010 wurde der Einbettzimmeranteil bereits deutlich gesteigert. Um im Wettbewerb zwischen den Vertragseinrichtungen in den Rehabilitationsindikationen Lunge und Stoffwechsel weiterhin bestehen zu können, wurde das Klinikum 2015/2016 mit der Aufstockung um ein weiteres Bettengeschoß auf den 2010 bezogenen Neubautrakt vollständig auf Einbettzimmer umgestellt (Ausnahme Krankenstation). Die neuen Zimmer konnten im Frühjahr 2016 bezogen werden.

Das Investitionsprojekt EINBETTZIMMER umfasste auch die Erweiterung des Speisesaals. Dadurch können ab 2016 alle PatientInnen gleichzeitig im Speisesaal Platz finden. Ebenso konnten damit auch zusätzliche Flächen für den Buffetbetrieb geschaffen werden.



Bettenanzahl: 150

Schwerpunkte:

Das Klinikum ist auf die stationäre Rehabilitation von PatientInnen mit chronischen Atemwegs-, Lungen- und Stoffwechselerkrankungen spezialisiert. Eine neue Krankenstation ermöglicht im Rahmen von Anschlussheilverfahren die umfassende rehabilitationsmedizinische Betreuung von PatientInnen nach größeren pulmologischen sowie gastroenterologischen Operationen.

Ab Juni 2014 wurde das Leistungsangebot um die Onkologische Rehabilitation zur Nachversorgung von KrebspatientInnen erweitert.

Weitere Informationen www.klinikum-badgleichenberg.at



Beteiligung der SVB an der SVD

Allgemeines

Die **SVD Büromanagement GmbH** (kurz: **SVD**) wurde 2002 von der Sozialversicherungsanstalt der Bauern (SVB) und der Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft (SVA) gegründet. Ab 1.7.2005 beteiligte sich auch die Versicherungsanstalt für Eisenbahnen und Bergbau (VAEB) und ab 1.7.2007 die Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter (BVA) an der Gesellschaft. Die SVD ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, verfügt über einen Aufsichtsrat und beschäftigte per 31.12.2017 413 MitarbeiterInnen.

In der SVD sind folgende Stabsstellen der Geschäftsführung direkt unterstellt:

- Bauwesen
- Projektmanagement
- Recht und Personalwesen

Als eigene Geschäftsbereiche sind in die SVD folgende Back-Office-Bereiche der Eigentümer ausgelagert, um gleichartige Aufgaben effizient zu erfüllen und entsprechende Synergiepotentiale zu nutzen:

- Beschaffungswesen
- Druckzentrum
- Facility Management (FM) und Reinigung
- Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
- Finanzwesen

Weitere Details sind der Homepage der SVD zu entnehmen: www.svdgmbh.at.

Zu den Aufgaben im <u>Bauwesen</u> gehören neben den Planungstätigkeiten in Gesundheitseinrichtungen und Bürobauten auch Revitalisierungen und Umbauten sowie sonstige Ingenieurleistungen. Die Dienstleistungen umfassen dabei z.B. die Projektsteuerung und die begleitende Kontrolle bzw. die Bauplanung und die örtliche Bauaufsicht.

Durch den Bereich Beschaffung werden beispielsweise folgende Tätigkeitsfelder abgedeckt:

- Durchführung und Begleitung von Ausschreibungen
- Angebotseinholung und Verhandlungen mit Lieferanten
- Angebotsprüfung und -bewertung
- Lagerverwaltung (Zentrales Lager und Verkauf an die Träger)
- Rechnungsprüfung und Zahlungsvorschlag
- Führung der Anlagenbuchhaltung der Träger
- Abschluss von Miet- und Wartungsverträgen und laufende Abrechnungen

Das <u>Druckzentrum</u> der SVD befindet sich im Bürogebäude der SVB in Wien 3, Ghegastraße 1 und bietet folgende Produktionslinien an:

- Digitaldruck
- EDV-Druck und Postprocessing
- Offsetdruck und Endfertigung

Mit einem modernen Maschinenpark werden neben Massendrucken auch hochwertige Broschüren hergestellt.



Der **Digitaldruck** produziert - in Farbe oder in Schwarzweiß - insbesondere Folder, Broschüren, Schulungsunterlagen, Arbeitsbehelfe, Mappen, Kuverts und Visitenkarten in Kleinauflagen damit rasch und flexibel auf Kundenbedürfnisse reagiert werden kann.

EDV-Druck und Postprocessing: Zum Einsatz kommt ein Rollendrucksystem Canon 3900 Twin mit 2 Vollfarb-Druckwerken mit einem "Online" dynamischen Perforator. Das System ist hoch produktiv mit einer Maschinenlaufleistung von 127 m in der Minute bei einer Papierbahnbreite von 43 cm für einen doppelten Druck nebeneinander. Die Kuvertierung erfolgt nicht online, sondern – um unabhängig agieren zu können - separat in den angrenzenden Räumlichkeiten.

Beim **Offsetdruck** kommt eine SpeedMaster 74 Halbbogen-Vierfarb-Druckmaschine mit zusätzlichem Lackdruckwerk zum Einsatz, wobei in der Druckvorstufe ein modernes Computerto-Plate-System mit prozesslosen Thermal-Druckplatten eingesetzt wird, welches ohne Chemieeinsatz für die Herstellung der Druckplatten auskommt. Für die Endfertigung steht ein umfangreicher Maschinenpark zur Verfügung, der die Bedürfnisse einer modernen Druckerei abdeckt.

Die folgenden Bilder zeigen die Druck- bzw. Nachbearbeitungsmaschinen.



Das <u>Facility Management (FM) & Reinigung</u> erbringt folgende Dienstleistungen:

Das **technische FM** kümmert sich um den Betrieb und die Instandhaltung der Haustechnik (Heizung/Klima/Lüftung/Sanitär) und die technische Gebäudeausrüstung.

Das kaufmännische FM verwaltet im Eigentum der Träger befindliche Liegenschaften und kontrolliert bei Mietobjekten die Vorschreibungen und Betriebskostenabrechnungen.

Weitere Leistungen sind z.B. ein österreichweites Versicherungsmanagement (inkl. Schadensabwicklung), die strategische Planung von Festnetz- und mobiler Telefonie, mit dem Ziel, Kosten und Servicequalität zu optimieren bzw. mit einem Energiemanagement den Bedarf der Eigentümer zu bündeln und über Ausschreibungen die Energiekosten zu optimieren.

Die "vor Ort Betreuung" durch das FM umfasst neben der **Reinigung** (Unterhalts- und Sonderreinigung) **als infrastrukturelles FM** beispielhaft noch folgende weitere Leistungen:

Portierdienste, Poststellen, Telefonzentrale und -vermittlung, Chauffeure, Betriebsküchen.

Durch eine zentrale Poststelle werden Ressourcen gebündelt und können Postvereinbarungen (Portorabatte) optimal genutzt werden.

Der <u>Bereich IKT</u> - voll ausgeschrieben Informations- und Kommunikationstechnologie - betreibt die IT-Infrastruktur-Dienste für BVA, SVA, SVB und natürlich auch für die SVD selbst.

Um effizient agieren zu können, ist der Bereich wiederum selbst in folgende Aufgaben/Gruppen gegliedert (weitere Details finden sich auf der Homepage unter www.svdgmbh.at):

- IT Automation Management
 - ITAM-Mitarbeiter
 - ITAM Architekt
- Asset Management
- Servicedesk
 - Servicedesk
 - IT Support
- Incident Management
- Output Management
 - Schriftverkehr
 - Druckzentrum Output Management
- Core Infrastructure Management (CIM)
- Collaboration/Backoffice Management
- Client Application Management (CAM)
- Client Management (CLM)
- Database/Backend Management (DBM)
- Business Application Management (BAM)
- Netzwerk Management (NWM)
- Stabsstelle IT-Innovation
- Portfolio- & Projekt Management
- Service Management
- Technische QS
- Account Management



Kennzahlen

Rechnungsabschlüsse 2015-2017	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Betriebsleistung	31.594.801,21	35.621.381,98	39.771.828,73	+ 11,7
Aufwendungen für Material und sonst. bezogene Leistungen *)	16.532.600,74	17.142.203,07	17.880.289,01	+ 4,3
Personalaufwand	6.942.555,69	7.971.418,98	9.302.222,97	+ 16,7
Abschreibungen	3.341.136,31	4.655.347,15	5.282.190,72	+ 13,5
sonstige betriebliche Aufwendungen	4.150.766,71	5.220.522,25	6.469.416,43	+ 23,9
Betriebsergebnis	627.741,76	631.890,53	837.709,60	
Finanzergebnis	4.410,91	- 27.600,57	- 95.802,42	
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	632.152,67	604.289,96	741.907,18	
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	151.179,50	115.929,49	163.331,87	
Jahresüberschuss	480.973,17	488.360,47	578.575,31	

^{*)} enthält Aufwand für überlassenes Personal und Postgebühren

Der Aufwand für Leistungen der SVD, welche der SVB verrechnet worden sind, beträgt:

	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Aufwand der SVB für von der SVD erbrachte Leistungen	7.575.485,50	7.933.829,26	8.146.227,29	+ 2,7
entspricht einem Anteil an der Betriebsleistung der SVD von	23,98%	22,27%	20,48%	-

Personal jeweils zum 31.12.	2015	2016	2017	Δ 2016 2	zu 2017
in Vollzeitäquivalenten (VZÄ)	2010	2010	2017	in %	abs.
SVD eigene MA	171,59	198,54	219,65	+ 10,6%	+ 21,11
Überlassene MA	107,30	114,60	112,26	- 2,0%	- 2,34
davon BVA	17,80	18,80	19,80	+ 5,3%	+ 1,00
davon SVA	49,41	55,88	57,46	+ 2,8%	+ 1,58
davon SVB	39,09	38,08	32,64	- 14,3%	- 5,44
davon VAEB	1,00	1,84	2,36	+ 28,3%	+ 0,52
Alle Mitarbeiter	278,89	313,14	331,91	+ 6,0%	+ 18,77

Auf die einzelnen Aufgabengebiete entfallen dabei:

Personal		Α	lle	
jeweils zum 31.12. in Vollzeitäquivalenten (VZÄ)	2015	2016	2017	Δ 16 / 17
Bauwesen	5,51	5,51	5,51	+ 0,00
Beschaffungswesen	12,75	13,05	15,48	+ 2,43
Druckzentrum	17,63	17,63	17,00	- 0,63
FM	27,29	27,04	25,04	- 2,00
IKT	74,08	90,98	100,98	+ 10,00
Küche SVA	10,25	10,25	9,25	- 1,00
Portier	2,00	2,88	2,88	+ 0,00
Postdienst	20,89	20,09	20,14	+ 0,05
Reinigung	88,48	104,70	111,89	+ 7,19
RW, Personal, Recht	7,75	7,75	6,88	- 0,87
Sonstige *)	5,00	6,00	9,60	+ 3,60
Telefonzentrale	7,26	7,26	7,26	+ 0,00
Alle Bereiche	278,89	313,14	331,91	+ 18,77

	2015	2016	2017	Δ 16 / 17
	2010	2010	2017	abs.
	4,51	4,51	4,51	+ 0,00
	5,00	6,30	8,63	+ 2,33
	7,63	7,63	7,00	- 0,63
	16,88	17,63	17,63	+ 0,00
	30,52	38,30	46,30	+ 8,00
	6,25	6,25	6,25	+ 0,00
	1,00	1,88	1,88	+ 0,00
	15,89	15,09	15,14	+ 0,05
	71,90	88,94	98,57	+ 9,63
	4,75	4,75	3,88	- 0,87
	3,00	3,00	5,60	+ 2,60
	4,26	4,26	4,26	+ 0,00
	171,59	198,54	219,65	+ 21,11
٦t				

SVD-eigenes Personal

üb	überlassenes Personal								
2015	2016	2017	Δ 16 / 17 abs.						
1,00	1,00	1,00	+ 0,00						
7,75	6,75	6,85	+ 0,10						
10,00	10,00	10,00	+ 0,00						
10,41	9,41	7,41	- 2,00						
43,56	52,68	54,68	+ 2,00						
4,00	4,00	3,00	- 1,00						
1,00	1,00	1,00	+ 0,00						
5,00	5,00	5,00	+ 0,00						
16,58	15,76	13,32	- 2,44						
3,00	3,00	3,00	+ 0,00						
2,00	3,00	4,00	+ 1,00						
3,00	3,00	3,00	+ 0,00						
107,30	114,60	112,26	- 2,34						

^{*)} Geschäftsführer, Sekretariat, Betriebsrat, Projektmanagement

Aktuelles 2017

Von allen Projekten, mit welchen die SVD in ihrem fünfzehnten Geschäftsjahr befasst war, hatten insbesondere die nachfolgenden eine besondere strategische Bedeutung:

Projekt Ökoprofit

Das FM-Team der SVD nahm im Auftrag der SVB am Projekt "Ökoprofit" der Stadt Wien teil, welches Leistungen von Unternehmen im Zusammenhang mit Nachhaltigkeit, Kosteneinsparung und Ressourcenschonung fördert. Das Projekt "Ökofit" der SVB wurde mit dem ÖkoBusiness Award der Stadt Wien ausgezeichnet.

Erfolgreiche Ausschreibungen und Verhandlungen

Im Auftrag der SVB, der SVA und der VAEB wurde beispielsweise eine Stromausschreibung für den bundesweiten Strombedarf der Kalenderjahre 2017 und 2018 durchgeführt.

Vom Bereich Einkauf wurden in Zusammenarbeit mit dem IKT-Bereich für die SVB Microsoft-Office-2016-Professional-Lizenzen ausgeschrieben.

Per 1. Dezember 2017 wurde mit der Firma T-Mobile ein neuer Mobilfunkvertrag für die SVA, SVB und SVD abgeschlossen. Dies wurde erforderlich, da der bis dahin bestehende Vertrag mit 30. November 2017 endete.

Videokonferenz

Aufbau eines Videokonferenz-Systems, um an internationalen Konferenzen und Meetings mit Gebietskrankenkassen teilnehmen zu können. Im 1. Quartal 2017 wurde die Implementierung der neuen Systeme auf die noch fehlenden SVB-Standorte fortgesetzt und abgeschlossen.

In der Folge ein stichwortartiger Überblick zu weiteren Aktivitäten einzelner Bereiche der SVD, welche auch bzw. insbesondere die SVB betreffen und nicht das sonst übliche Tagesgeschäft beschreiben:

Beschaffungsbereich:

- Vergabeverfahren "Erneuerung Drucker-Infrastruktur" (SVD / alle Träger)
- Vergabeverfahren "Gebrauchte MS Office Lizenzen" (SVD / SVB)
- Vergabeverfahren "Dienstleistungen im Bereich Datenschutz (DSGVO) und Security" (SVD / alle Träger)
- Vergabeverfahren "Erweiterung des bestehenden Rollendrucksystems um eine Front-End-Lösung" (SVD / alle Träger)

IKT:

- Identity Management IDM: Aufbau IDM System/Produktivumgebungen für BVA, SVA und SVB
- SVB WLAN: Erneuerung der WLAN Infrastruktur in Graz, Linz und Salzburg (Tausch von Entrasys auf FortiGate)
- SVB Patchmanagement: Einrichtung der Funktions-, Alpha- und Betatest-Umgebung mit einem Patchlauf im Jänner und Februar



Support vor Ort SVB

- Umbau Bewirtungszimmer
- Betriebsbewilligung Druckzentrum
- Teppichtausch 4. OG
- Umstellung der Garagenbeleuchtung auf LED
- Wasserschaden im Untersuchungszimmer Ärztlicher Dienst
- Teilumbau der Zentralen Leittechnik
- Fensterwartung
- Tausch der Seifenspender
- Musterzimmer für neue LED-Beleuchtung



Krankenversicherung



Versichertenstand nach Versichertengruppen im Jahresdurchschnitt

Versichertengruppen	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Pflichtversicherte Selbständige	120.655	119.616	118.637	- 0,8
Hauptberuflich beschäftigte Ehegatten	6.961	6.920	6.889	- 0,4
Hauptberuflich beschäftigte Übergeber	324	352	325	- 7,7
Pflichtversicherte Kinder	5.170	4.743	4.428	- 6,6
Freiwillig Versicherte	181	181	171	- 5,5
Kinderbetreuungsgeld-Bezieher	1.651	1.587	1.503	- 5,3
Pflichtversicherte Pensionisten	146.893	146.027	145.177	- 0,6
Alle Versicherten	281.835	279.426	277.130	- 0,8

Versichertenstand nach Regionalbüros im Jahresdurchschnitt

Regionalbüros	2015	2016	20	Δ 2016 2017	
Regionalburos	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anteil in %	in %
Wien	2.359	2.360	2.377	0,9	+ 0,7
Niederösterreich	78.177	77.342	76.425	27,5	- 1,2
Burgenland	14.915	14.599	14.302	5,2	- 2,0
Oberösterreich	65.448	64.932	64.503	23,2	- 0,7
Salzburg	15.867	15.914	15.979	5,8	+ 0,4
Tirol	18.165	18.130	18.108	6,5	- 0,1
Vorarlberg	5.203	5.179	5.183	1,9	+ 0,1
Steiermark	59.004	58.457	57.858	20,9	- 1,0
Kärnten	22.697	22.513	22.395	8,1	- 0,5
SVB	281.835	279.426	277.130 100,0		- 0,8

Pflichtversicherte Selbständige nach Regionalbüros im Jahresdurchschnitt

Regionalbüros	2015	2016	20	Δ 2016 2017	
Regionalburos	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anteil in %	in %
Wien	1.321	1.323	1.335	1,1	+ 0,9
Niederösterreich	32.412	31.972	31.559	26,6	- 1,3
Burgenland	5.244	5.117	5.004	4,2	- 2,2
Oberösterreich	27.682	27.504	27.260	23,0	- 0,9
Salzburg	7.534	7.547	7.578	6,4	+ 0,4
Tirol	8.079	8.060	8.054	6,8	- 0,1
Vorarlberg	2.341	2.337	2.339	2,0	+ 0,1
Steiermark	25.385	25.130	24.913	21,0	- 0,9
Kärnten	10.657	10.626	10.595	8,9	- 0,3
SVB	120.655	119.616	118.637 100,0		- 0,8

Arten der Beitragsbemessung für pflichtversicherte Selbständige nach Regionalbüros Stand 31.12.2017

Arten der Beitragsbemessung	SVB	Wien	NÖ	Bgld	OÖ	Sbg	Tir	Vbg	Stmk	Ktn
Alle Einheitswerte	103.370	933	26.154	4.093	23.473	7.152	7.620	2.151	22.524	9.270
≤ 1.400	1.492	19	143	18	92	125	581	136	142	236
1.500 - 4.000	24.943	351	3.943	819	3.977	2.101	3.449	769	6.390	3.144
4.100 - 5.900	12.041	115	2.288	357	2.065	1.050	1.239	291	3.234	1.402
6.000 - 7.900	9.594	70	2.138	254	1.973	743	722	253	2.426	1.015
8.000 - 9.900	7.573	31	1.893	192	1.674	595	501	132	1.892	663
10.000 - 14.900	13.096	82	3.507	382	3.264	910	619	246	3.037	1.049
15.000 - 19.900	8.534	36	2.449	291	2.341	615	280	134	1.825	563
20.000 - 24.900	5.836	24	1.743	233	1.811	371	109	69	1.127	349
25.000 - 29.900	4.083	40	1.242	221	1.290	238	54	52	733	213
30.000 - 39.900	5.424	36	1.780	328	1.820	260	42	41	844	273
40.000 - 49.900	3.614	42	1.369	214	1.279	95	19	20	426	150
50.000 - 59.900	2.557	23	1.093	204	899	29	3	4	218	84
60.000 - 69.900	1.566	18	724	176	483	13	1	3	100	48
70.000 - 87.400	1.243	19	715	167	259	2	-	-	49	32
≥ 87.500	1.774	27	1.127	237	246	5	1	1	81	49
Individuelle BTG-Bildung	8.909	290	2.278	667	2.092	362	355	133	1.652	1.080
BTG-Option	4.029	80	2.444	121	1.080	26	5	-	193	80
Einkommensbetriebe u. Betr. mit kl. Option	1.957	25	508	94	540	49	64	49	478	150
Alle Arten	118.265	1.328	31.384	4.975	27.185	7.589	8.044	2.333	24.847	10.580

Einheitswert:

Die Bemessung der Beiträge abgeleitet vom Einheitswert (EHW) erfolgt, wenn bei einem land(forst)wirtschaftlichen Betrieb ein Einheitswert des land(forst)wirtschaftlichen Vermögens gemäß §§ 29 bis 50 BewG 1955 festgestellt wird.

Individuelle BTG-Bildung:

Pflichtversicherte Selbständige, deren Beiträge aufgrund einer individuellen Beitragsgrundlage (BTG) berechnet werden, sind zum überwiegenden Teil (österreichweit ca. 99 %) Mehrfachversicherte, deren Beitragshöhe auf Basis einer Differenzbeitragsgrundlage bis zur Erreichung der monatlichen Höchstbeitragsgrundlage ermittelt wird (§ 33 b BSVG). Versicherte, die Präsenz- bzw. Ausbildungsdienst ableisten oder mit einem laufenden Verfahren vor einer Verwaltungsbehörde bzw. einer mit Bescheid festgestellten Beitragsgrundlage, zählen ebenfalls zur Gruppe der Personen mit individueller Beitragsgrundlage.

BTG-Option:

Seit dem Jahr 2001 besteht die Möglichkeit der (Beitragsgrundlagen)Option. In diesen Fällen werden als Grundlage für die Beitragsberechnung die im Einkommensteuerbescheid ausgewiesenen Einkünfte herangezogen (§ 23 Abs. 1a BSVG).

Einkommensbetriebe und Betriebe mit Kleiner Option:

Für Pflichtversicherte in Einkommensbetrieben erfolgt die Beitragsgrundlagenermittlung nicht bzw. nicht ausschließlich abgeleitet vom Einheitswert, sondern von den im Einkommensteuerbescheid ausgewiesenen Einkünften (z.B. gewerbliche Tierhaltung, Kleine Option für Nebentätigkeiten).



Altersstatistik pflichtversicherter Selbständiger nach Regionalbüros Stand 31.12.2017

Altersgruppen (Jahre)	SVB	Wien	NÖ	Bgld	OÖ	Sbg	Tir	Vbg	Stmk	Ktn
unter 20	169	-	43	7	40	5	11	2	38	23
20 - 24	1.789	18	522	89	331	81	125	32	418	173
25 - 29	4.998	53	1.255	176	1.222	295	371	110	971	545
30 - 34	8.904	84	2.146	322	2.155	666	622	177	1.848	884
35 - 39	13.109	144	3.251	493	3.295	993	853	231	2.686	1.163
40 - 44	16.369	174	4.291	662	3.898	1.122	1.072	276	3.450	1.424
45 - 49	20.418	186	5.515	811	4.888	1.384	1.273	382	4.305	1.674
50 - 54	23.686	223	6.650	1.021	5.576	1.427	1.544	485	4.876	1.884
55 - 59	19.741	216	5.425	1.005	4.346	1.094	1.372	417	4.166	1.700
60 - 64	4.532	115	1.212	246	702	283	413	132	930	499
65 - 69	1.830	44	488	74	282	94	164	41	427	216
70 - 74	979	30	215	25	153	64	101	15	235	141
75 - 79	987	30	206	22	170	53	79	16	288	123
80 und mehr	754	11	165	22	127	28	44	17	209	131
Summe	118.265	1.328	31.384	4.975	27.185	7.589	8.044	2.333	24.847	10.580

Hauptberuflich beschäftigte Ehegatten nach Regionalbüros im Jahresdurchschnitt

Pagianalhiirea	2015	2016	20	17	Δ 2016 2017
Regionalbüros	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anteil in %	in %
Wien	20	23	25	0,4	+ 8,7
Niederösterreich	1.094	1.081	1.065	15,4	- 1,5
Burgenland	43	48	51	0,7	+ 6,3
Oberösterreich	893	893	901	13,1	+ 0,9
Salzburg	689	697	698	10,1	+ 0,1
Tirol	1.564	1.555	1.541	22,4	- 0,9
Vorarlberg	356	346	351	5,1	+ 1,4
Steiermark	1.309	1.314	1.308	19,0	- 0,5
Kärnten	993	963	949	13,8	- 1,5
SVB	6.961	6.920	6.889	100,0	- 0,4



Pflichtversicherte Kinder nach Regionalbüros im Jahresdurchschnitt

Dania walla ii waa	2015	2016	20	17	Δ 2016 2017
Regionalbüros	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anteil in %	in %
Wien	46	44	44	1,0	-
Niederösterreich	1.728	1.572	1.438	32,4	- 8,5
Burgenland	212	190	181	4,1	- 4,7
Oberösterreich	953	880	829	18,6	- 5,8
Salzburg	315	299	302	6,8	+ 1,0
Tirol	400	360	340	7,7	- 5,6
Vorarlberg	110	100	104	2,3	+ 4,0
Steiermark	1.053	978	902	20,3	- 7,8
Kärnten	353	320	288	6,8	- 10,0
SVB	5.170	4.743	4.428	100,0	- 6,6

Pflichtversicherte Pensionisten nach Regionalbüros im Jahresdurchschnitt

Degienelhüree	2015	2016	20	17	Δ 2016 2017
Regionalbüros	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anteil in %	in %
Wien	946	946	951	0,7	+ 0,5
Niederösterreich	42.428	42.214	41.897	28,8	- 0,8
Burgenland	9.374	9.204	9.027	6,2	- 1,9
Oberösterreich	35.412	35.182	35.060	24,1	- 0,3
Salzburg	7.131	7.173	7.214	5,0	+ 0,6
Tirol	7.889	7.899	7.919	5,5	+ 0,3
Vorarlberg	2.342	2.340	2.328	1,6	- 0,5
Steiermark	30.865	30.653	30.379	20,9	- 0,9
Kärnten	10.506	10.416	10.402	7,2	- 0,1
SVB	146.893	146.027	145.177	100,0	- 0,6

Pensionistenquote nach Regionalbüros im Jahresdurchschnitt

(auf 100 Betriebe entfallen im Jahresdurchschnitt ... Pflichtversicherte Pensionisten)

Regionalbüros	2015	2016	2017
Wien	74,0	73,8	73,4
Niederösterreich	152,8	153,7	153,9
Burgenland	196,9	197,6	197,5
Oberösterreich	152,7	152,5	153,0
Salzburg	107,5	107,7	107,8
Tirol	100,2	100,5	1,0
Vorarlberg	111,9	111,7	111,7
Steiermark	136,2	136,4	136,4
Kärnten	100,7	100,1	100,1
SVB	137,7	137,8	137,7



E-Card Konsultationen bei Vertragsärzten

Fachgebiete	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Arzt für Allgemeinmedizin	2.908.573	2.860.792	2.797.003	- 2,2
FA f. Augenheilkunde/Optometrie	103.082	101.403	99.418	- 2,0
FA f. Chirurgie	12.705	12.772	12.166	- 4,7
FA f. Haut-/Geschlechtskrankh.	55.225	54.715	52.784	- 3,5
FA f. Frauenheilkunde/Geburtsh.	41.311	39.999	38.947	- 2,6
FA f. Innere Medizin	86.256	85.142	82.176	- 3,5
FA f. Kinder-/Jugendheilkunde	23.329	22.815	22.570	- 1,1
FA f. Hals-/Nasen-/Ohrenkrankh.	40.436	39.526	39.259	- 0,7
FA f. Lungenkrankheiten	21.994	21.869	21.558	- 1,4
FA f. Neurologie/Psychiatrie	30.913	30.977	30.103	- 2,8
FA f. Orthopädie/orthop.Chirurgie	56.511	56.135	53.579	- 4,6
FA f. Unfallchirurgie 1)	3.064	2.773	2.879	+ 3,8
FA f. Urologie	45.209	44.944	44.146	- 1,8
FA f. Neurochirurgie 1)	162	133	153	+ 15,0
FA f. Plastische Chirurgie 1)	87	20	47	+ 135,0
FA f. Nuklearmedizin 2)	103	111	97	- 12,6
FA f. Kinder-/Jugendpsychiatrie	215	213	204	- 4,2
Summe Allgemeine Fachärzte	520.602	513.547	500.086	- 2,6
FA f. Physikalische Medizin	2.417	1.624	1.102	- 32,1
FA f. Radiologie	77.362	79.252	76.891	- 3,0
FA f. Med./Chem. Labordiagnostik 3)	96.079	101.235	99.923	- 1,3
Summe Sonstige Fachärzte	175.858	182.111	177.916	- 2,3
Summe aller Vertragsärzte	3.605.033	3.556.450	3.475.005	- 2,3

Quelle: SVC (SV Chipkarten Betriebs- und Errichtungsgesellschaft m.b.H)

- 1) Diese Ärzte werden in HVB-E-Card-Statistiken zu den "FA f. Chirurgie" gezählt.
- 2) Diese Ärzte (ebenso der FA f. Immunologie) werden in HVB-E-Card-Statistiken aus organisatorischen Gründen bei "Sonstige Vertragspartner" erfasst.
- 3) inkl. FA f. Pathologie und FA f. Immunologie

Konsultation:

Inanspruchnahme eines Vertragspartners durch einen Anspruchsberechtigten.

Die Anzahl bei FA für Med./Chem. Labordiagnostik ist nicht aussagekräftig, da Laborleistungen vielfach ohne direkten Patientenkontakt (d.h. ohne E-Card-Konsultation) abgerechnet werden.

E-Card Erst- und Folgekonsultationen bei Vertragsärzten

Fachgebiete	20	15	20	16	20	17	-	6 2017 %	
Tachgebicte	Erst- konsult	Folge- ationen	Erst- konsult	Folge- ationen	Erst- konsult	Folge- ationen	Erst- konsult	Erst- Folge- konsultationen	
Arzt für Allgemeinmedizin	801.151	2.107.422	784.219	2.076.573	767.662	2.029.341	- 2,1	- 2,3	
FA f. Augenheilkunde/Optometrie	83.538	19.544	82.213	19.190	80.049	19.369	- 2,6	+ 0,9	
FA f. Chirurgie	7.634	5.071	7.667	5.105	7.477	4.689	- 2,5	- 8,1	
FA f. Haut-/Geschlechtskrankh.	33.936	21.289	34.245	20.470	33.511	19.273	- 2,1	- 5,8	
FA f. Frauenheilkunde/Geburtsh.	34.876	6.435	33.702	6.297	32.750	6.197	- 2,8	- 1,6	
FA f. Innere Medizin	47.793	38.463	47.760	37.382	46.763	35.413	- 2,1	- 5,3	
FA f. Kinder-/Jugendheilkunde	15.833	7.496	15.521	7.294	15.260	7.310	- 1,7	+ 0,2	
FA f. Hals-/Nasen-/Ohrenkrankh.	30.231	10.205	29.760	9.766	29.778	9.481	+ 0,1	- 2,9	
FA f. Lungenkrankheiten	16.926	5.068	16.942	4.927	16.575	4.983	- 2,2	+ 1,1	
FA f. Neurologie/Psychiatrie	21.850	9.063	22.149	8.828	21.789	8.314	- 1,6	- 5,8	
FA f. Orthopädie/orthop.Chirurgie	21.922	34.589	21.636	34.499	21.144	32.435	- 2,3	- 6,0	
FA f. Unfallchirurgie 1)	1.295	1.769	1.128	1.645	1.242	1.637	+ 10,1	- 0,5	
FA f. Urologie	33.268	11.941	33.069	11.875	32.515	11.631	- 1,7	- 2,1	
FA f. Neurochirurgie 1)	85	77	87	46	80	73	- 8,0	+ 58,7	
FA f. Plastische Chirurgie 1)	42	45	11	9	29	18	+ 163,6	+ 100,0	
FA f. Nuklearmedizin 2)	99	4	101	10	93	4	- 7,9	- 60,0	
FA f. Kinder-/Jugendpsychiatrie	132	83	154	59	143	61	- 7,1	+ 3,4	
Summe Allgemeine Fachärzte	349.460	171.142	346.145	167.402	339.198	160.888	- 2,0	- 3,9	
FA f. Physikalische Medizin	380	2.037	281	1.343	216	886	- 23,1	- 34,0	
FA f. Radiologie	70.832	6.530	72.528	6.724	70.339	6.552	- 3,0	- 2,6	
FA f. Med./Chem. Labordiagnostik 3)	76.725	19.354	80.790	20.445	80.034	19.889	- 0,9	- 2,7	
Summe Sonstige Fachärzte	147.937	27.921	153.599	28.512	150.589	27.327	- 2,0	- 4,2	
Summe aller Vertragsärzte	1.298.548	2.306.485	1.283.963	2.272.487	1.257.449	2.217.556	- 2,1	- 2,4	

Quelle: SVC (SV Chipkarten Betriebs- und Errichtungsgesellschaft m.b.H)

Erstkonsultation:

Erste Inanspruchnahme eines Vertragspartners eines bestimmten Fachgebietes durch einen Anspruchsberechtigten eines bestimmten KV-Trägers im Abrechnungszeitraum (= Quartal).

Folgekonsultation:

Ab der zweiten Inanspruchnahme

- durch denselben Anspruchsberechtigten
- bei demselben Vertragspartner
- in derselben Prüfperiode
- aus demselben Behandlungsfall
- in demselben Fachgebiet

spricht man von einer Folgekonsultation.

Die Anzahl bei FA für Med./Chem. Labordiagnostik ist nicht aussagekräftig, da Laborleistungen vielfach ohne direkten Patientenkontakt (d.h. ohne E-Card-Konsultation) abgerechnet werden.

¹⁾ Diese Ärzte werden in HVB-E-Card-Statistiken zu den "FA f. Chirurgie" gezählt.

Diese Ärzte (ebenso der FA f. Immunologie) werden in HVB-E-Card-Statistiken aus organisatorischen Gründen bei "Sonstige Vertragspartner" erfasst.

³⁾ inkl. FA f. Pathologie und FA f. Immunologie



Heilmittelverordnungen nach Bezugsquellen

Bezugsquellen	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Bezug aus öffentlichen Apotheken *)	3.225.464	3.092.788	3.131.504	+ 1,3
Bezug aus ärztlichen Hausapotheken	2.439.399	2.346.798	2.405.313	+ 2,5
Summe	5.664.863	5.439.586	5.536.817	+ 1,8

^{*)} Im Jahr 2015 inkl. 7.121, im Jahr 2016 inkl. 7.597 und im Jahr 2017 inkl. 8.905 Heilmittelverordnungen aus sonstigen Bezugsquellen - das sind in diesem Fall Anstaltsapotheken.

Für den Bereich Kostenzuschuss liegen keine Fallzahlen vor, diese sind in der Anzahl aber ohne Bedeutung.

Verordnung:

Als Verordnung wird jede Abgabeeinheit ("Packung") eines Heilmittels bezeichnet.

Rezeptgebührenbefreiungen nach Befreiungsarten Stand Dezember

Befreiungsarten	2015	2016	2017*)	Δ 2016 2017 in %
Dauerbefreiungen	23.740	20.043	39.566	+ 97,4
REGO-Befreiungen	27.899	27.364	17.694	- 35,3
Summe	51.639	47.407	57.260	+ 20,8

Quelle: ab 2017 SVB Datenbankausw.RPG

Dauerbefreiungen:

Gezählt sind hier Hauptversicherte (Beitragsleistende Aktive bzw. Pensionisten), die zum Stand 31.12. des Berichtsjahres aufgrund eines Antrages oder automatisch rezeptgebührenbefreit waren.

REGO-(Rezeptgebührenobergrenze)Befreiungen (seit 2008):

Laut REGO-Richtlinien sind Rezeptgebühren lediglich bis zur Obergrenze von 2 % des Nettoeinkommens pro Jahr zu entrichten. Wird in einem Kalenderjahr diese Grenze erreicht, muss für jedes weitere Medikament (in diesem Kalenderjahr) keine Rezeptgebühr mehr bezahlt werden.

^{*)} ab 1.1.2017 sind Bezieher einer Ausgleichszulage ohne Antragstellung von der Rezeptgebühr befreit

Behandlungsfälle und erbrachte Einzel-/Reparaturleistungen im Zahnhilfebereich

	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Zahnbehandlung *)	202.713	204.758	200.616	- 2,0
Zahnersatz	31.255	30.928	30.451	- 1,5
Alle Behandlungsfälle	233.968	235.686	231.067	- 2,0
Zahnbehandlung *)	812.903	819.228	803.057	- 2,0
Zahnersatz	42.902	42.965	41.126	- 4,3
dav. Neuerstellung	10.386	10.288	9.200	- 10,6
dav. Reparatur (Instandsetzung)	31.982	31.802	31.095	- 2,2
dav. sonstige Leistungen	534	875	831	- 5,0
Alle Einzel-/Reparaturleistungen	855.805	862.193	844.183	- 2,1

^{*)} inkl. Kieferorthopädie (Kieferregulierung)

Die **Leistungserbringung** erfolgt

- bei Vertragszahnärzten und -dentisten
- bei Wahlzahnbehandlern
- in Eigenbetrieben anderer KV-Träger
- in Vertragseinrichtungen

Abrechnungszeitraum:

Bei Zahnbehandlungen ist der Abrechnungszeitraum (= Behandlungsfall) das Quartal, im Gegensatz dazu erstreckt sich ein kieferorthopädischer Behandlungsfall über ein Behandlungsjahr (z.B. Beginn 15.9.2016 - Ende 14.9.2017), wobei die Fallzählung zu Anfang der Behandlung erfolgt.

Einzelleistungen:

Dazu zählen im Bereich der Zahnbehandlung beispielsweise Füllungen und Wurzelbehandlungen.

Reparaturleistungen:

Darunter versteht man im Rahmen der Kieferorthopädie beispielsweise Unterfütterungen und Erweiterungen, im Bereich des Zahnersatzes sind dies Instandsetzungen an Metall- und Kunststoffprothesen.

Sonstige Leistungen:

Hier werden außertarifliche Leistungen wie Stiftzähne, Brücken, Kronen oder Inlays erfasst.



E-Card-Konsultationen bei Zahnärzten, Dentisten und Zahnambulatorien

Konsultationen nach Fachgebieten	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Zahnärzte, Dentisten	185.902	184.649	182.209	- 1,3
Zahnambulatorien	9.787	9.278	8.800	- 5,2
Erstkonsultationen	195.689	193.927	191.009	- 1,5
Zahnärzte, Dentisten	148.559	150.130	150.977	+ 0,6
Zahnambulatorien	9.587	8.957	8.304	- 7,3
Folgekonsultationen	158.146	159.087	159.281	+ 0,1
Zahnärzte, Dentisten	334.461	334.779	333.186	- 0,5
Zahnambulatorien	19.374	18.235	17.104	- 6,2
Alle Konsultationen	353.835	353.014	350.290	- 0,8

Quelle: SVC

Da die Anzahl der abrechnenden Dentisten stagniert, sind die Konsultationen in diesem Bereich zum Teil rückläufig.



Spitalsfälle bei Anstaltspflege nach Hauptdiagnosen

Hauptdiagnosen	201	15	201	16	2017		Δ 2016 2017 in %	
Thauptolagnosen	Gesamt	davon Pens.	Gesamt	davon Pens.	Gesamt	davon Pens.	Gesamt	Pens.
Infektiöse und parasitäre Krankheiten	1.916	1.411	1.971	1.429	2.076	1.517	+ 5,3	+ 6,2
Neoplasien	12.731	10.226	13.368	10.622	12.254	9.665	- 8,3	- 9,0
Endokrinopathien, Ernährungs- und Stoffwechselkrankheiten	1.958	1.516	2.000	1.518	1.876	1.489	- 6,2	- 1,9
Krankheiten des Blutes und der blutbildenden Organe	939	789	940	793	828	704	- 11,9	- 11,2
Psychiatrische Krankheiten	2.828	1.746	2.535	1.552	2.164	1.332	- 14,6	- 14,2
Krankheiten des Nervensystems und der Sinnesorgane	11.872	9.514	12.360	9.991	12.039	9.704	- 2,6	- 2,9
Krankheiten des Kreislaufsystems	15.615	13.010	15.513	13.112	14.450	12.158	- 6,9	- 7,3
Krankheiten der Atmungsorgane	6.469	5.149	5.711	4.444	5.832	4.667	+ 2,1	+ 5,0
Krankheiten der Verdauungsorgane	7.564	5.439	7.380	5.302	7.011	5.081	- 5,0	- 4,2
Krankheiten der Urogenitalorgane	5.174	3.709	5.371	3.841	5.148	3.695	- 4,2	- 3,8
Komplikationen der Gravidität, bei Entbindung, im Wochenbett	455	2	501	4	477	4	- 4,8	_
Krankheiten der Haut und der Subcutis	1.090	784	1.003	669	914	618	- 8,9	- 7,6
Krankheiten des Skeletts, der Muskeln, des Bindegewebes	8.906	6.296	8.973	6.333	8.361	5.895	- 6,8	- 6,9
Kongenitale Anomalien	234	64	254	81	230	52	- 9,4	- 35,8
Perinatale Affektionen	8	1	5	0	12	1	+ 140,0	-
Symptome und schlecht bezeichnete Affektionen	4.776	3.666	4.690	3.638	4.511	3.536	- 3,8	- 2,8
Verletzungen und Vergiftungen	10.337	6.707	9.819	6.528	9.888	6.554	+ 0,7	+ 0,4
Verschiedene Anlässe zur Spitalsbehandlung	572	414	534	384	489	356	- 8,4	- 7,3
Summe	93.444	70.443	92.928	70.241	88.560	67.028	- 4,7	- 4,6

Pens. = Pflichtversicherte Pensionisten (ohne deren anspruchsberechtigte Angehörige)

Neoplasien:

Neubildungen von Gewebe mit Störung oder Verlust der Wachstumsregulation (meist im Zusammenhang mit bösartigen Tumoren)

Subcutis: Unterhaut

Kongenitale Anomalien: ererbte, angeborene Entwicklungsstörungen

Perinatale Affektionen:

Erkrankungen des Kindes, die zwischen Ende der 24. Schwangerschaftswoche und dem 7. Lebenstag nach der Geburt entstehen



Spitalstage bei Anstaltspflege nach Hauptdiagnosen

Hauptdiagnosen	201	15	20	16	20	17		6 2017 %
nauptdiagnosen	Gesamt	davon Pens.	Gesamt	davon Pens.	Gesamt	davon Pens.	Gesamt	Pens.
Infektiöse und parasitäre Krankheiten	18.254	14.771	17.012	13.999	18.571	14.876	+ 9,2	+ 6,3
Neoplasien	59.348	48.525	61.756	49.886	59.075	47.311	- 4,3	- 5,2
Endokrinopathien, Ernährungs- und Stoffwechselkrankheiten	13.924	11.439	13.463	10.877	12.844	10.845	- 4,6	- 0,3
Krankheiten des Blutes und der blutbildenden Organe	5.533	4.789	5.316	4.493	5.301	4.658	- 0,3	+ 3,7
Psychiatrische Krankheiten	35.059	22.343	33.025	19.978	32.886	19.635	- 0,4	- 1,7
Krankheiten des Nervensystems und der Sinnesorgane	32.443	25.571	30.869	24.677	29.382	23.031	- 4,8	- 6,7
Krankheiten des Kreislaufsystems	126.285	108.861	121.390	105.398	115.318	101.690	- 5,0	- 3,5
Krankheiten der Atmungsorgane	51.342	44.443	43.183	37.080	44.275	38.400	+ 2,5	+ 3,6
Krankheiten der Verdauungsorgane	49.304	38.665	47.362	36.935	44.736	35.071	- 5,5	- 5,0
Krankheiten der Urogenitalorgane	31.205	25.606	32.134	25.969	30.389	24.454	- 5,4	- 5,8
Komplikationen der Gravidität, bei Entbindung, im Wochenbett	2.193	4	2.358	5	2.103	19	- 10,8	+ 280,0
Krankheiten der Haut und der Subcutis	9.149	7.423	7.936	6.138	6.952	5.345	- 12,4	- 12,9
Krankheiten des Skeletts, der Muskeln, des Bindegewebes	68.800	53.227	69.506	54.453	65.570	51.466	- 5,7	- 5,5
Kongenitale Anomalien	1.037	383	1.205	551	1.135	339	- 5,8	- 38,5
Perinatale Affektionen	65	9	19	0	137	18	+ 621,1	-
Symptome und schlecht bezeichnete Affektionen	28.070	23.514	27.889	23.474	27.341	23.225	- 2,0	- 1,1
Verletzungen und Vergiftungen	87.492	67.066	83.115	64.160	81.656	63.372	- 1,8	- 1,2
Verschiedene Anlässe zur Spitalsbehandlung	2.181	1.684	2.058	1.553	2.008	1.499	- 2,4	- 3,5
Summe	621.684	498.323	599.596	479.626	579.679	465.254	- 3,3	- 3,0

Durchschnittliche Verweildauer in Tagen bei Anstaltspflege nach Hauptdiagnosen

Hauptdiagnosen	201	15	201	16	20	17	Δ 2016 2017 in %	
Trauptulagrioseri	Aktive	Pens.	Aktive	Pens.	Aktive	Pens.	Aktive	Pens.
Infektiöse und parasitäre Krankheiten	6,9	10,5	6,3	9,8	7,3	9,8	+ 15,9	-
Neoplasien	4,2	4,7	4,0	4,7	4,3	4,9	+ 7,5	+ 4,3
Endokrinopathien, Ernährungs- und Stoffwechselkrankheiten	5,0	7,5	5,0	7,2	5,3	7,3	+ 6,0	+ 1,4
Krankheiten des Blutes und der blutbildenden Organe	5,1	6,1	5,8	5,7	3,8	6,6	- 34,5	+ 15,8
Psychiatrische Krankheiten	12,4	12,8	13,9	12,9	16,5	14,7	+ 18,7	+ 14,0
Krankheiten des Nervensystems und der Sinnesorgane	3,1	2,7	2,7	2,5	3,0	2,4	+ 11,1	- 4,0
Krankheiten des Kreislaufsystems	5,3	8,4	5,6	8,0	4,8	8,4	- 14,3	+ 5,0
Krankheiten der Atmungsorgane	4,6	8,6	4,3	8,3	4,3	8,2	-	- 1,2
Krankheiten der Verdauungsorgane	4,6	7,1	4,8	7,0	4,8	6,9	-	- 1,4
Krankheiten der Urogenitalorgane	3,2	6,9	3,4	6,8	3,5	6,6	+ 2,9	- 2,9
Komplikationen der Gravidität, bei Entbindung, im Wochenbett	4,9	2,0	4,7	1,3	4,5	4,8	- 4,3	+ 269,2
Krankheiten der Haut und der Subcutis	4,7	9,5	4,5	9,2	4,3	8,6	- 4,4	- 6,5
Krankheiten des Skeletts, der Muskeln, des Bindegewebes	5,1	8,5	5,0	8,6	4,8	8,7	- 4,0	+ 1,2
Kongenitale Anomalien	4,3	6,0	5,6	6,8	4,4	6,5	- 21,4	- 4,4
Perinatale Affektionen	11,0	9,0	0,0	0,0	2,0	18,0	-	-
Symptome und schlecht bezeichnete Affektionen	3,7	6,4	3,8	6,5	4,0	6,6	+ 5,3	+ 1,5
Verletzungen und Vergiftungen	5,3	10,0	5,5	9,8	5,4	9,7	- 1,8	- 1,0
Verschiedene Anlässe zur Spitalsbehandlung	3,0	4,1	3,0	4,0	4,0	4,2	+ 33,3	+ 5,0
Summe	5,0	7,1	5,0	6,8	5,1	6,9	+ 2,0	+ 1,5

Aktive = Pflichtversicherte Erwerbstätige inkl. Freiwillig Versicherte

In dieser Tabelle bleiben anspruchsberechtigte Angehörige unberücksichtigt.



Entbindungsfälle nach Entbindungsart

Entbindungsarten	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Anstaltsentbindungen	729	760	750	- 1,3
Hausentbindungen	9	12	17	+ 41,7
Alle Entbindungsfälle	738	772	767	- 0,6

Verpflegstage bei Anstaltsentbindungen

Ø Verweildauer	5,1	5,0	4,9	in % - 2,0
Anzahl der Verpflegstage	3.703	3.790	3.672	- 3,1

Leistungsfälle und Leistungstage für Betriebshilfe

Betriebshilfe	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Anzahl der Leistungsfälle	0	2	-	-100,0
Anzahl der Leistungstage	0	166	-	-100,0

Leistungsfälle und Leistungstage für Wochengeld

Wochengeld	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Anzahl der Leistungsfälle	1.371	1.422	1.487	+ 4,6
Anzahl der Leistungstage	140.987	143.757	148.521	+ 3,3

Zählweise für Leistungsfälle, die Leistungstage in 2 Kalenderjahren aufweisen: Zählung je eines Falles mit den dazugehörigen Tagen in jedem Jahr

Patienten bei Vorsorgeuntersuchungen

	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Männer	11.644	12.011	12.008	- 0,0
Frauen	26.327	27.595	26.722	- 3,2
Alle Patienten	37.971	39.606	38.730	- 2,2

Die Schwankungen bei der Inanspruchnahme hängen mit der unterschiedlichen Anzahl an Informations-/Einladungsschreiben, die an ausgewählte Zielgruppen versandt werden, zusammen (Kampagnen im Rahmen des VU Call/Recall Systems).

Unfallversicherung



Geschätzter Versichertenstand im Jahresdurchschnitt

Versichertengruppen	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Alle Selbständig Erwerbstätigen	475.239	471.355	468.257	- 0,7
Betriebsführer	263.914	261.810	260.119	- 0,6
Ehegatten *)	189.800	188.200	187.000	- 0,6
Pächter von Jagden und Fischereien	19.694	19.583	19.434	- 0,8
sonstige unfallversicherte Personen	1.831	1.762	1.704	- 3,3
Familienangehörige	457.800	453.300	449.500	- 0,8
Eltern, Großeltern, *)	179.900	178.000	175.000	- 1,7
Kinder, Enkel, *)	228.700	227.000	226.900	- 0,0
Geschwister *)	49.200	48.300	47.600	- 1,4
Selbstversicherte	104	214	310	+ 44,9
Alle Versicherten	933.143	924.869	918.067	- 0,7

^{*)} geschätzt

Der Beitrag zur Unfallversicherung stellt als echter Betriebsbeitrag sowohl für den Betriebsführer als auch für den Ehegatten und praktisch alle nahen Angehörigen (§ 3 Abs. 1 Z. 2 BSVG), wenn sie im Betrieb tätig sind, Versicherungsschutz sicher.

Im Berichtsjahr wurden durchschnittlich 260.119 Betriebsführern Beiträge vorgeschrieben. Die Zahl der versicherten Personen kann nicht genau angegeben werden.

Unter Anwendung von Schätzverfahren und Sonderauswertungen, die von der Statistik Austria zur Verfügung gestellt wurden, ergeben sich für die Jahre 2015 - 2017 oben stehende geschätzte Versichertenstände.

Stand der Betriebe nach Regionalbüros im Jahresdurchschnitt

Regionalbüros	2015	2016	20	17	△ 2016 2017
Regionalburos	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anteil in %	in %
Wien	4.678	4.719	4.746	1,9	+ 0,6
Niederösterreich	56.265	55.643	55.061	21,2	- 1,0
Burgenland	18.133	17.671	17.271	6,6	- 2,3
Oberösterreich	54.910	54.494	54.213	20,8	- 0,5
Salzburg	12.652	12.645	12.614	4,8	- 0,2
Tirol	18.475	18.400	18.359	7,1	- 0,2
Vorarlberg	7.645	7.571	7.502	2,9	- 0,9
Steiermark	63.491	63.046	62.736	24,1	- 0,5
Kärnten	27.665	27.621	27.617	10,6	- 0,0
SVB	263.914	261.810	260.119	100,0	- 0,6

Arten der Beitragsbemessung für Betriebsführer nach Regionalbüros Stand 31.12.2017

Arten der Beitragsbemessung	SVB	Wien	NÖ	Bgld	OÖ	Sbg	Tir	Vbg	Stmk	Ktn
Alle Einheitswerte	253.318	4.628	51.947	16.934	52.509	12.546	18.198	7.418	61.817	27.321
≤ 1.400	143.325	3.397	25.995	12.062	27.694	5.336	10.590	5.167	36.790	16.294
1.500 - 4.000	34.928	498	5.173	1.298	6.929	2.559	3.943	1.045	9.234	4.249
4.100 - 5.900	13.726	159	2.564	484	2.386	1.157	1.282	331	3.681	1.682
6.000 - 7.900	9.855	82	2.111	296	1.985	775	724	241	2.495	1.146
8.000 - 9.900	7.301	39	1.716	216	1.565	589	513	118	1.805	740
10.000 - 14.900	12.214	99	3.081	429	2.955	809	618	217	2.848	1.158
15.000 - 19.900	7.742	50	2.128	303	2.066	529	291	120	1.640	615
20.000 - 24.900	5.306	34	1.531	254	1.576	297	111	71	1.044	388
25.000 - 29.900	3.771	54	1.167	237	1.122	187	53	46	656	249
30.000 - 39.900	5.020	50	1.669	357	1.573	191	39	35	779	327
40.000 - 49.900	3.296	44	1.272	227	1.063	70	22	18	396	184
50.000 - 59.900	2.314	31	1.029	196	727	25	5	4	195	102
60.000 - 69.900	1.437	27	690	151	402	10	3	3	100	51
70.000 - 87.400	1.215	26	698	167	223	4	1	1	51	44
≥ 87.500	1.868	38	1.123	257	243	8	3	1	103	92
Individuelle BTG-Bildung	9	-	7	ı	-	-	-	-	1	1
BTG-Option	3.665	77	2.210	114	979	20	6	-	182	77
Einkommensbetriebe u. Betr. mit kl. Option	2.648	70	688	117	642	67	138	54	612	260
Alle Arten	259.640	4.775	54.852	17.165	54.130	12.633	18.342	7.472	62.612	27.659

Einheitswert:

Die Bemessung der Beiträge abgeleitet vom Einheitswert (EHW) erfolgt, wenn bei einem land(forst)wirtschaftlichen Betrieb ein Einheitswert des land(forst)wirtschaftlichen Vermögens gemäß §§ 29 bis 50 BewG 1955 festgestellt wird.

Individuelle BTG-Bildung:

Betriebsführer, deren Beiträge aufgrund einer individuellen Beitragsgrundlage (BTG) berechnet werden, sind Personen mit einem laufenden Verfahren vor einer Verwaltungsbehörde bzw. einer mit Bescheid festgestellten Beitragsgrundlage.

BTG-Option:

Seit dem Jahr 2001 besteht die Möglichkeit der (Beitragsgrundlagen)Option. In diesen Fällen werden als Grundlage für die Beitragsberechnung die im Einkommensteuerbescheid ausgewiesenen Einkünfte herangezogen (§ 23 Abs. 1a BSVG).

Einkommensbetriebe und Betriebe mit Kleiner Option:

Für Pflichtversicherte in Einkommensbetrieben erfolgt die Beitragsgrundlagenermittlung nicht bzw. nicht ausschließlich abgeleitet vom Einheitswert, sondern von den im Einkommensteuerbescheid ausgewiesenen Einkünften (z.B. gewerbliche Tierhaltung, Kleine Option für Nebentätigkeiten).



Altersstatistik der Betriebsführer nach Regionalbüros Stand 31.12.2017

Altersgruppen (Jahre)	SVB	Wien	NÖ	Bgld	OÖ	Sbg	Tir	Vbg	Stmk	Ktn
unter 20	296	1	74	17	57	8	15	10	65	49
20 - 24	2.530	27	600	151	437	122	203	49	642	299
25 - 29	7.072	103	1.510	264	1.633	376	594	153	1.593	846
30 - 34	13.005	199	2.673	550	3.068	808	987	294	2.932	1.494
35 - 39	19.593	319	4.061	885	4.624	1.209	1.454	412	4.569	2.060
40 - 44	26.135	421	5.526	1.390	5.900	1.484	1.948	596	6.256	2.614
45 - 49	35.220	569	7.623	1.995	7.976	1.973	2.533	818	8.284	3.449
50 - 54	43.176	712	9.454	2.559	9.772	2.192	3.042	1.122	10.089	4.234
55 - 59	41.228	745	8.986	3.034	8.684	1.916	2.864	1.150	9.710	4.139
60 - 64	24.563	608	5.057	2.292	4.504	942	1.647	844	5.997	2.672
65 - 69	17.183	376	3.411	1.713	2.769	630	1.176	620	4.436	2.052
70 - 74	10.503	263	1.929	859	1.710	379	711	440	2.884	1.328
75 - 79	10.302	267	2.092	784	1.642	334	622	463	2.807	1.291
80 und mehr	8.834	165	1.856	672	1.354	260	546	501	2.348	1.132
Summe	259.640	4.775	54.852	17.165	54.130	12.633	18.342	7.472	62.612	27.659

Entwicklung der Meldungen (Unfälle und Berufskrankheiten) nach Regionalbüros

	SVB	Wien	NÖ	Bgld	OÖ	Sbg	Tir	Vbg	Stmk	Ktn
2006	6.157	21	1.295	169	1.538	385	476	108	1.568	597
2007	5.690	16	1.200	141	1.474	342	430	116	1.399	572
2008	5.826	16	1.234	123	1.399	370	440	112	1.505	627
2009	6.703	16	1.516	151	1.607	435	473	108	1.450	947
2010	6.615	20	1.375	150	1.586	495	483	159	1.330	1.017
2011	6.805	13	1.354	126	1.646	451	519	166	1.373	1.157
2012	5.648	15	985	102	1.487	438	482	104	1.181	854
2013	5.367	13	1.072	103	1.283	428	461	111	1.246	650
2014	5.262	17	952	108	1.311	458	403	76	1.210	727
2015	4.972	17	896	84	1.175	482	397	74	1.184	663
2016	5.184	23	891	75	1.262	507	413	66	1.180	767
2017	5.430	21	952	73	1.452	514	377	80	1.199	762

Entwicklung der anerkannten Versicherungsfälle

				da	von			davon	
				Be	rufskrankhei	ten		töd	lich
	Alle aner- kannten Versiche- rungsfälle	Arbeits- unfälle	Summe Berufs- krank- heiten	Farmer- lunge	Asthma bronchiale	Erkrankung der Atem- wege durch chemisch irritative Stoffe	Zecken-	Arbeits- unfälle	Berufs- krank- heiten
2006	5.238	5.069	169	46	76	17	13	69	3
2007	4.890	4.760	130	29	61	23	6	62	0
2008	5.292	5.138	154	33	72	36	3	62	1
2009	5.766	5.613	153	44	55	16	5	59	11
2010 *)	6.688	6.520	168	53	62	17	4	76	7
2011	5.516	5.399	117	28	38	15	6	54	6
2012	4.549	4.485	64	8	24	10	5	51	5
2013	3.900	3.805	95	12	38	18	7	56	8
2014	4.763	4.632	131	21	50	30	3	70	7
2015	3.878	3.748	130	25	35	36	7	57	12
2016	3.915	3.783	132	19	55	21	7	52	5
2017	4.163	4.058	105	14	28	24	9	29	9

^{*)} Ab dem Berichtsjahr 2010 wurden die Auswertungskriterien umgestellt. Es werden auch jene Fälle ins Berichtsjahr gezählt, welche bis 31.03. des Folgejahres anerkannt werden und das Unfallgeschehen im Berichtsjahr erfolgte. Daher ergibt sich im Berichtsjahr 2010 eine höhere Anzahl an anerkannten Versicherungsfällen.



Anerkannte Arbeitsunfälle nach Unfallursachen Berichtsjahr 2017

Unfallursachen	SVB	davon tödlich	Wien	NÖ	Bgld	0Ö	Sbg	Tir	Vbg	Stmk	Ktn
ausgelöst durch elektrische Störung, Explosion, Feuer	20	-	-	7	1	4	2	-	-	6	
ausgelöst durch Überlaufen, Umkippen, Auslaufen, Überflutung, Verdampfen, Emission	28	-	-	8	-	4	1	-	2	6	7
Reißen, Brechen, Bersten, Rutschen, Fallen, Zusammenstürzen von Gegenständen	709	11	3	153	14	212	54	20	7	172	74
Kontrollverlust über Maschine, Transport- oder Fördermittel, Handwerkzeug, Gegenstand, Tier	1.181	8	4	221	15	329	98	91	19	238	166
Ausgleiten oder Stolpern mit Sturz, (Ab)Sturz von Personen	1.197	5	2	213	17	345	91	99	15	253	162
Bewegung des Körpers ohne körperliche Belastung (im Allgemeinen äußere Verletzung)	317	-	2	61	4	102	27	26	4	48	43
Bewegung des Körpers mit/unter körperlicher Belastung (im Allgemeinen innere Verletzung)	273	-	1	43	3	77	29	23	2	61	34
Überraschung, Schreck, Gewalt, Angriff, Bedrohung, Anwesenheit	327	3	-	54	2	105	25	25	3	68	45
Sonstige Unfallursachen	6	2	-	1	-	1	1	-	-	1	2
Summe	4.058	29	12	761	56	1.179	328	284	52	853	533
	davon tödlich	29	1	4	-	6	2	-	-	13	3

Anerkannte Arbeitsunfälle nach dem Monat des Unfallereignisses Berichtsjahr 2017

		Unfallmonat												
Summe	Jän.	Feb.	März	Apr.	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.		
4.058	352	323	384	291	340	389	354	365	331	340	310	279		

Anerkannte Arbeitsunfälle nach dem Wochentag des Unfallereignisses Berichtsjahr 2017

		Unfallwochentag													
Summe	Мо	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Feier- tag	Tag nach Feiertag						
4.058	625	529	615	551	559	643	287	80	158	11					

Anerkannte Versicherungsfälle nach Personenkreis

Personenkreis	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Betriebsführer	2.697	2.831	3.053	+ 7,8
hauptberufl. besch. Angehörige	169	163	182	+ 11,7
mithelfende Familienangehörige	1.012	921	928	+ 0,8
andere geschützte Personen	-	-	-	•
Summe	3.878	3.915	4.163	+ 6,3

Anzahl der Renten nach Rentenarten und nach dem ASVG und BSVG

	20	15	20)16	20	17	Δ 2016 2017	Δ 2016 2017
Rentenarten	nach dem	in %	in %					
	ASVG	BSVG	ASVG	BSVG	ASVG	BSVG	ASVG	BSVG
Versehrten-/Betriebsrenten	13.217	4.346	12.502	4.341	11.830	4.434	- 5,4	+ 2,1
MdE bis 49%	11.845	3.974	11.219	3.958	10.618	4.020	- 5,4	+ 1,6
MdE 50-99%	1.185	274	1.107	284	1.048	304	- 5,3	+ 7,0
Vollrenten	187	98	176	99	164	110	- 6,8	+ 11,1
Witwen(Witwer)renten	1.654	764	1.555	795	1.473	811	- 5,3	+ 2,0
Waisenrenten	137	281	126	279	122	277	- 3,2	- 0,7
Alle Renten	15.008	5.391	14.183	5.415	13.425	5.522	- 5,3	+ 2,0

Ab 1.1.1999 ist die bäuerliche Unfallversicherung sowohl beitrags- als auch leistungsrechtlich nach dem BSVG geregelt (22. Novelle).

Für Versicherungsfälle bis 31.12.1998 gelten nach wie vor die entsprechenden Bestimmungen nach dem ASVG. Ab 1.1.2000 fallen für die Versicherungsfälle des Jahres 1999 erstmals Betriebsrenten an.



Anzahl der Renten nach dem ASVG und BSVG nach Rentenarten und nach Regionalbüros Stand Dezember 2017

Rentenarten	SVB	Wien	NÖ	Bgld	OÖ	Sbg	Tir	Vbg	Stmk	Ktn
Versehrten-/Betriebsrenten	16.264	79	3.555	871	3.757	1.234	1.632	437	3.188	1.511
MdE bis 49%	14.638	63	3.219	785	3.407	1.119	1.459	394	2.841	1.351
MdE 50-99%	1.352	13	274	75	300	97	134	38	289	132
Vollrenten	274	3	62	11	50	18	39	5	58	28
Witwen(Witwer)renten	2.284	16	568	114	484	165	181	49	476	231
Waisenrenten	399	2	86	7	72	34	40	12	92	54
Alle Renten	18.947	97	4.209	992	4.313	1.433	1.853	498	3.756	1.796

Rentenarten nach ASVG	SVB	Wien	NÖ	Bgld	OÖ	Sbg	Tir	Vbg	Stmk	Ktn
Versehrtenrenten	11.830	63	2.520	772	2.724	875	1.174	337	2.317	1.048
MdE bis 49%	10.618	49	2.274	703	2.469	791	1.047	305	2.048	932
MdE 50-99%	1.048	11	203	63	231	73	105	28	232	102
Vollrenten	164	3	43	6	24	11	22	4	37	14
Witwen(Witwer)renten	1.473	11	367	97	320	100	106	32	311	129
Waisenrenten	122	2	27	3	23	13	12	4	25	13
Alle Renten	13.425	76	2.914	872	3.067	988	1.292	373	2.653	1.190

Rentenarten nach BSVG	SVB	Wien	NÖ	Bgld	OÖ	Sbg	Tir	Vbg	Stmk	Ktn
Betriebsrenten	4.434	16	1.035	99	1.033	359	458	100	871	463
MdE bis 49%	4.020	14	945	82	938	328	412	89	793	419
MdE 50-99%	304	2	71	12	69	24	29	10	57	30
Vollrenten	110	-	19	5	26	7	17	1	21	14
Witwen(Witwer)renten	811	5	201	17	164	65	75	17	165	102
Waisenrenten	277	-	59	4	49	21	28	8	67	41
Alle Renten	5.522	21	1.295	120	1.246	445	561	125	1.103	606

Höhe der Durchschnittsrenten Stand Dezember

	20	15	20)16	20	17	Δ 2016 2017	Δ 2016 2017
Rentenarten	nach dem	in %	in %					
	ASVG	BSVG	ASVG	BSVG	ASVG	BSVG	ASVG	BSVG
Versehrten-/Betriebsrenten	180,40	337,30	181,86	345,27	184,15	353,37	+ 1,3	+ 2,3
MdE bis 49%	122,05	267,30	124,11	272,28	126,11	275,05	+ 1,6	+ 1,0
MdE 50-99%	604,36	905,50	611,40	928,07	615,49	935,85	+ 0,7	+ 0,8
Vollrenten	1.188,27	1.589,40	1.161,22	1.591,38	1.185,20	1.605,52	+ 2,1	+ 0,9
Witwen(Witwer)renten	461,73	304,50	470,21	307,73	479,76	310,41	+ 2,0	+ 0,9
Waisenrenten	165,14	335,20	163,49	333,98	154,00	338,69	- 5,8	+ 1,4
Alle Renten	211,27	332,60	213,31	339,18	216,31	346,32	+ 1,4	+ 2,1

Rentenneuzugang nach Rentenarten und nach dem ASVG und BSVG

					2017		
Rentenarten	2015	2016	2017	dav	on	Höhe der	
Kentenarten	2010	2010	2017		Berufs-	Durch-	Δ 2016 2017
				Wegunfälle	krankheiten	schnittsrente	in %
Versehrten-/Betriebsrenten	430	431	444	-	50	324,41	+ 3,0
MdE bis 49%	400	403	410	-	47	251,30	+ 1,7
MdE 50-99%	21	20	21	-	=	970,43	+ 5,0
Vollrenten	9	8	13	-	3	1.586,41	+ 62,5
Witwen(Witwer)renten	46	44	34	0	7	334,85	- 22,7
Waisenrenten	30	28	29	0	2	352,50	+ 3,6
Alle Renten	506	503	507	0	59	326,72	+ 0,8

					2017		
Rentenarten nach ASVG	2015	2016	2017	dav	ron	Höhe der	
Kentenaten nach A575	2013	2010	2017		Berufs-	Durch-	△ 2016 2017
				Wegunfälle	krankheiten	schnittsrente	in %
Versehrtenrenten	4	3	2	-	1	97,11	- 33,3
MdE bis 49%	4	3	2	-	1	97,11	- 33,3
MdE 50-99%	-	-	-	-	-	-	-
Vollrenten	-	-	-	-	-	-	-
Witwen(Witwer)renten	7	2	5	-	4	394,45	+ 150,0
Waisenrenten	1	1	3	-	2	152,02	-
Alle Renten	12	6	10	-	7	262,25	- 50,0

		2016	2017				
Rentenarten nach BSVG	2015			dav	on	Höhe der	
Rentenanten nach Bovo	2010	2010			Berufs-	Durch-	△ 2016 2017
				Wegunfälle	krankheiten	schnittsrente	in %
Betriebsrenten	426	428	442	-	49	325,44	+ 3,3
MdE bis 49%	396	400	408	-	46	252,06	+ 2,0
MdE 50-99%	21	20	21	-	_	970,43	+ 5,0
Vollrenten	9	8	13	-	3	1.586,41	+ 62,5
Witwen(Witwer)renten	39	42	29	-	3	324,58	- 31,0
Waisenrenten	29	27	26	-	-	375,63	- 3,7
Alle Renten	494	497	497	0	52	328,01	-

Ab 1.1.2000 können für Versicherungsfälle ab 1.1.1999 erstmals Betriebsrenten anfallen. Für Versicherungsfälle bis 31.12.1998 sind nach wie vor Versehrtenrentenneuzugänge möglich. Neuzugänge an Hinterbliebenenrenten können wie bereits 1999 leistungsrechtlich sowohl nach dem ASVG als auch nach dem BSVG anfallen.

Pensionsversicherung



Versichertenstand nach Versichertengruppen im Jahresdurchschnitt

Versichertengruppen	2015	2016	2017	Δ 2016 2017 in %
Pflichtversicherte Selbständige	128.857	127.077	125.392	- 1,3
Hauptberuflich beschäftigte Ehegatten	7.218	7.146	7.083	- 0,9
Hauptberuflich beschäftigte Übergeber	388	423	383	- 9,5
Pflichtversicherte Kinder	5.112	4.700	4.376	- 6,9
Freiwillig Weiterversicherte	253	239	233	- 2,5
Alle Versicherten	141.828	139.585	137.467	- 1,5

Versichertenstand nach Regionalbüros im Jahresdurchschnitt

De sienelhäuse	2015	2016	20)17	Δ 2016 2017
Regionalbüros	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anteil in %	in %
Wien	1.419	1.420	1.436	1,0	+ 1,1
Niederösterreich	37.348	36.564	35.822	26,0	- 2,0
Burgenland	5.897	5.703	5.538	4,0	- 2,9
Oberösterreich	31.505	31.064	30.589	22,3	- 1,5
Salzburg	9.360	9.320	9.280	6,8	- 0,4
Tirol	10.773	10.667	10.567	7,7	- 0,9
Vorarlberg	2.918	2.888	2.889	2,1	+ 0,0
Steiermark	30.003	29.485	29.007	21,1	- 1,6
Kärnten	12.605	12.474	12.339	9,0	- 1,1
SVB	141.828	139.585	137.467	100,0	- 1,5

Pflichtversicherte Selbständige nach Regionalbüros im Jahresdurchschnitt

Regionalbüros	2015	2016	20	17	Δ 2016 2017
Regionalburos	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anteil in %	in %
Wien	1.348	1.346	1.357	1,1	+ 0,8
Niederösterreich	34.384	33.777	33.191	26,5	- 1,7
Burgenland	5.619	5.441	5.285	4,3	- 2,9
Oberösterreich	29.568	29.197	28.776	22,9	- 1,4
Salzburg	8.275	8.233	8.205	6,5	- 0,3
Tirol	8.543	8.482	8.445	6,7	- 0,4
Vorarlberg	2.420	2.414	2.407	1,9	- 0,3
Steiermark	27.524	27.081	26.696	21,3	- 1,4
Kärnten	11.176	11.106	11.030	8,8	- 0,7
SVB	128.857	127.077	125.392	100,0	- 1,3



Arten der Beitragsbemessung	SVB	Wien	NÖ	Bgld	OÖ	Sbg	Tir	Vbg	Stmk	Ktn
Alle Einheitswerte	109.940	965	27.817	4.362	24.837	7.757	8.018	2.211	24.272	9.701
≤ 1.400	1.563	19	148	18	99	139	600	141	157	242
1.500 - 2.200	9.897	126	1.538	380	1.724	824	1.450	279	2.435	1.141
2.300 - 5.900	32.069	359	5.875	985	5.383	2.810	3.556	822	8.565	3.714
6.000 - 7.900	10.455	73	2.371	282	2.201	809	758	259	2.628	1.074
8.000 - 9.900	7.812	31	1.954	206	1.724	613	512	137	1.949	686
10.000 - 14.900	13.259	81	3.557	397	3.287	920	624	248	3.087	1.058
15.000 - 19.900	8.597	39	2.475	293	2.344	619	283	134	1.841	569
20.000 - 24.900	5.875	24	1.754	233	1.811	376	111	70	1.144	352
25.000 - 29.900	4.093	41	1.248	221	1.285	238	55	52	739	214
30.000 - 39.900	5.461	39	1.809	334	1.815	260	43	41	845	275
40.000 - 49.900	3.640	43	1.384	217	1.274	99	21	20	431	151
50.000 - 59.900	2.578	24	1.109	204	900	29	3	4	219	86
60.000 - 69.900	1.579	18	732	180	482	13	1	3	99	51
70.000 - 87.400	1.254	21	718	169	259	3	-	-	51	33
≥ 87.500	1.808	27	1.145	243	249	5	1	1	82	55
Individuelle BTG-Bildung	8.731	278	2.139	656	2.169	353	327	134	1.606	1.069
BTG-Option	4.037	80	2.448	123	1.081	26	5	-	193	81
Einkommensbetriebe u. Betr. mit kl. Option	2.002	26	537	97	542	48	65	53	485	149
dav. pers.haftende Gesellsch.(KG,OG)	485	16	177	30	90	11	15	6	109	31
Alle Arten	124.710	1.349	32.941	5.238	28.629	8.184	8.415	2.398	26.556	11.000

Einheitswert:

Die Bemessung der Beiträge abgeleitet vom Einheitswert (EHW) erfolgt, wenn bei einem land(forst)wirtschaftlichen Betrieb ein Einheitswert des land(forst)wirtschaftlichen Vermögens gemäß §§ 29 bis 50 BewG 1955 festgestellt wird.

Individuelle BTG-Bildung:

Pflichtversicherte Selbständige, deren Beiträge aufgrund einer individuellen Beitragsgrundlage (BTG) berechnet werden, sind zum überwiegenden Teil (österreichweit über 99 %) Mehrfachversicherte, deren Beitragshöhe auf Basis einer Differenzbeitragsgrundlage bis zur Erreichung der monatlichen Höchstbeitragsgrundlage ermittelt wird (§ 33 a BSVG). Versicherte mit einem laufenden Verfahren vor einer Verwaltungsbehörde bzw. einer mit Bescheid festgestellten Beitragsgrundlage zählen ebenfalls zur Gruppe der Personen mit individueller Beitragsgrundlage.

BTG-Option:

Seit dem Jahr 2001 besteht die Möglichkeit der (Beitragsgrundlagen)Option. In diesen Fällen werden als Grundlage für die Beitragsberechnung die im Einkommensteuerbescheid ausgewiesenen Einkünfte herangezogen (§ 23 Abs. 1a BSVG).

Einkommensbetriebe und Betriebe mit Kleiner Option:

Für Pflichtversicherte in Einkommensbetrieben erfolgt die Beitragsgrundlagenermittlung nicht bzw. nicht ausschließlich abgeleitet vom Einheitswert, sondern von den im Einkommensteuerbescheid ausgewiesenen Einkünften (z.B. gewerbliche Tierhaltung, Kleine Option für Nebentätigkeiten).



Altersstatistik pflichtversicherter Selbständiger nach Regionalbüros Stand 31.12.2017

Altersgruppen (Jahre)	SVB	Wien	NÖ	Bgld	OÖ	Sbg	Tir	Vbg	Stmk	Ktn
unter 20	162	-	42	7	38	4	11	2	36	22
20 - 24	1.789	18	522	89	331	81	125	32	418	173
25 - 29	4.996	53	1.254	176	1.222	295	371	110	971	544
30 - 34	8.901	84	2.145	322	2.155	666	622	177	1.846	884
35 - 39	13.109	144	3.252	493	3.295	993	853	231	2.685	1.163
40 - 44	16.510	173	4.334	665	3.946	1.140	1.073	276	3.475	1.428
45 - 49	21.429	186	5.769	835	5.173	1.504	1.309	393	4.539	1.721
50 - 54	26.214	227	7.247	1.105	6.183	1.657	1.676	509	5.551	2.059
55 - 59	21.947	220	5.917	1.119	4.801	1.259	1.518	441	4.774	1.898
60 - 64	5.143	122	1.358	287	782	331	468	143	1.100	552
65 - 69	1.995	47	537	84	297	114	170	44	472	230
70 - 74	1.027	39	225	23	160	66	102	15	257	140
75 - 79	937	27	200	20	156	52	79	17	276	110
80 und mehr	551	9	139	13	90	22	38	8	156	76
Summe	124.710	1.349	32.941	5.238	28.629	8.184	8.415	2.398	26.556	11.000

Hauptberuflich beschäftigte Ehegatten nach Regionalbüros im Jahresdurchschnitt

Dania malla ii maa	2015	2016	20)17	Δ 2016 2017
Regionalbüros	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anteil in %	in %
Wien	20	23	25	0,4	+ 8,7
Niederösterreich	1.103	1.088	1.071	15,1	- 1,6
Burgenland	42	48	52	0,7	+ 8,3
Oberösterreich	901	900	906	12,8	+ 0,7
Salzburg	711	718	717	10,1	- 0,1
Tirol	1.705	1.682	1.650	23,3	- 1,9
Vorarlberg	372	361	365	5,2	+ 1,1
Steiermark	1.337	1.336	1.326	18,7	- 0,7
Kärnten	1.027	990	971	13,7	- 1,9
SVB	7.218	7.146	7.083	100,0	- 0,9

Pflichtversicherte Kinder nach Regionalbüros im Jahresdurchschnitt

Begienelbüres	2015	2016	20	17	Δ 2016 2017
Regionalbüros	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anteil in %	in %
Wien	46	45	44	1,0	- 2,2
Niederösterreich	1.704	1.546	1.409	32,1	- 8,9
Burgenland	209	190	179	4,1	- 5,8
Oberösterreich	938	872	822	18,8	- 5,7
Salzburg	312	297	298	6,8	+ 0,3
Tirol	397	356	337	7,7	- 5,3
Vorarlberg	111	100	103	2,4	+ 3,0
Steiermark	1.043	973	896	20,5	- 7,9
Kärnten	352	321	288	6,6	- 10,3
SVB	5.112	4.700	4.376	100,0	- 6,9



Arton der Antröge	Anz	zahl Männer und Fra	uen	Δ 2016 2017
Arten der Anträge	2015	2016	2017	in %
Alle Leistungsanträge	6.495	7.620	7.103	- 6,8
Erwerbsunfähigkeitspensionen	1.407	2.167	1.052	- 51,5
Alle Alterspensionen	2.603	2.985	3.589	+ 20,2
normale Alterspensionen	1.170	1.430	1.850	+ 29,4
vorz. Alterspensionen bei langer Vers.dauer	95	75	26	- 65,3
Korridorpensionen	23	21	22	+ 4,8
Langzeitversicherte	335	255	131	- 48,6
Schwerarbeitspensionen BSVG	611	829	1.078	+ 30,0
Schwerarbeitspensionen APG	369	375	482	+ 28,5
Witwen(Witwer)pensionen	2.163	2.158	2.166	+ 0,4
Waisenpensionen	322	310	296	- 4,5
Feststellungsanträge	2.251	3.989	3.989	+ 0,0
auf Versicherungszeiten (§ 108a BSVG)	1.472	3.351	3.453	+ 3,0
auf Erwerbsunfähigkeit (§ 124a BSVG)	779	638	536	- 16,0
Wanderversicherungsanfragen	1.156	1.790	1.541	- 13,9
Sonstige	2.319	2.342	2.798	+ 19,5
Alle Anträge	12.221	15.741	15.431	- 2,0

Vorzeitige Alterspension bei langer Versicherungsdauer:

Das Antrittsalter für diese Pensionsart wird seit 2004 stufenweise bis zum Regelpensionsalter angehoben.

Korridorpension:

Anfallsalter mindestens 62

Die Korridorpension ist vorerst nur für Männer relevant, da das Regelpensionsalter für Frauen ohnehin nicht höher als 62 ist.

Da die Anzahl sehr gering ist, wirkt sich jede Veränderung in den Prozentsätzen stark aus.

Schwerarbeitspension APG:

Anfallsalter mindestens 60 und 540 Versicherungsmonate (davon 120 Schwerarbeitsmonate) Die Verordnung über besonders belastende Berufstätigkeiten (Schwerarbeitsverordnung) trat mit 1.1.2007 in Kraft.



Anträge von Männern nach Antragsart

Arton der Antröge		Anzahl Männer		Δ 2016 2017
Arten der Anträge	2015	2016	2017	in %
Alle Leistungsanträge	2.193	2.796	2.384	- 14,7
Erwerbsunfähigkeitspensionen	750	1.257	632	- 49,7
Alle Alterspensionen	674	763	970	+ 27,1
Witwen(Witwer)pensionen	606	611	628	+ 2,8
Waisenpensionen	163	165	154	- 6,7
Feststellungsanträge	1.089	1.981	2.274	+ 14,8
Wanderversicherungsanfragen	425	877	901	+ 2,7
Sonstige	723	933	1.102	+ 18,1
Alle Anträge	4.430	6.587	6.661	+ 1,1

Anträge von Frauen nach Antragsart

Arton dos Antröso		Anzahl Frauen		Δ 2016 2017
Arten der Anträge	2015	2016	2017	in %
Alle Leistungsanträge	4.302	4.824	4.719	- 2,2
Erwerbsunfähigkeitspensionen	657	910	420	- 53,8
Alle Alterspensionen	1.929	2.222	2.619	+ 17,9
Witwen(Witwer)pensionen	1.557	1.547	1.538	- 0,6
Waisenpensionen	159	145	142	- 2,1
Feststellungsanträge	1.162	2.008	1.715	- 14,6
Wanderversicherungsanfragen	731	913	640	- 29,9
Sonstige	1.596	1.409	1.696	+ 20,4
Alle Anträge	7.791	9.154	8.770	- 4,2

Anträge nach Regionalbüros Berichtsjahr 2017

Pensionsarten	SVB	Wien	NÖ	Bgld	οö	Sbg	Tir	Vbg	Stmk	Ktn
Alle Leistungsanträge	7.103	37	2.393	351	1.476	400	428	111	1.433	474
Erwerbsunfähigkeitspensionen	1.052	6	322	32	215	50	55	11	251	110
Alle Alterspensionen	3.589	20	1.248	181	730	237	228	64	676	205
normale Alterspensionen	1.850	17	582	108	291	102	127	40	432	151
vorz. AP b.langer Versicherungsdauer	26	-	6	1	2	4	8	2	1	2
Korridorpensionen	22	-	9	-	5	-	5	-	3	-
Langzeitversicherte	131	-	43	6	26	13	8	4	23	8
Schwerarbeitspensionen BSVG	1.078	1	354	33	371	80	37	8	164	30
Schwerarbeitspensionen APG	482	2	254	33	35	38	43	10	53	14
Witwen(Witwer)pensionen	2.166	10	734	123	484	99	123	33	438	122
Waisenpensionen	296	1	89	15	47	14	22	3	68	37
Feststellungsanträge	3.989	11	1.710	195	766	142	149	12	758	246
auf Vers.zeiten (§ 108a BSVG)	3.453	11	1.668	168	700	124	102	1	547	132
auf Erwerbsunfähigkeit (§ 124a BSVG)	536	-	42	27	66	18	47	11	211	114
Wanderversicherungsanfragen	1.541	23	325	127	421	103	124	33	297	88
Sonstige	2.798	35	1.014	163	655	173	120	78	318	242
Alle Anträge	15.431	106	5.442	836	3.318	818	821	234	2.806	1.050



Anzahl der Pensionen Stand Dezember

Pensionsarten	An	Anzahl Männer und Frauen			
i ensionsarten	2015	2016	2017	in %	
Erwerbsunfähigkeitspensionen	11.560	10.620	8.974	- 15,5	
Alle Alterspensionen	123.544	123.462	123.214	- 0,2	
normale Alterspensionen	118.839	118.552	118.098	- 0,4	
vorz. Alterspensionen bei langer Vers.dauer	32	14	-	- 100,0	
Korridorpensionen	48	47	45	- 4,3	
Langzeitversicherte	2.427	1.831	1.033	- 43,6	
Schwerarbeitspensionen BSVG	716	1.521	2.508	+ 64,9	
Schwerarbeitspensionen APG	1.482	1.497	1.530	+ 2,2	
Witwen(Witwer)pensionen	36.537	35.906	35.192	- 2,0	
Waisenpensionen	4.065	3.989	3.932	- 1,4	
Alle Pensionen	175.706	173.977	171.312	- 1,5	

Anmerkungen zu

"Vorzeitige Alterspension bei langer Versicherungsdauer", "Korridorpension" und "Schwerarbeitspension APG" siehe Erklärungen zur Tabelle "Anträge nach Antragsart".

Anzahl der Pensionen für Männer Stand Dezember

Pensionsarten		Δ 2016 2017		
	2015	2016	2017	in %
Erwerbsunfähigkeitspensionen	9.097	8.665	7.560	- 12,8
Alle Alterspensionen	43.463	42.896	42.396	- 1,2
Witwen(Witwer)pensionen	5.339	5.344	5.343	- 0,0
Waisenpensionen	2.040	2.011	1.983	- 1,4
Alle Pensionen	59.939	58.916	57.282	- 2,8

Anzahl der Pensionen für Frauen Stand Dezember

Pensionsarten		Δ 2016 2017		
	2015	2016	2017	in %
Erwerbsunfähigkeitspensionen	2.463	1.955	1.414	- 27,7
Alle Alterspensionen	80.081	80.566	80.818	+ 0,3
Witwen(Witwer)pensionen	31.198	30.562	29.849	- 2,3
Waisenpensionen	2.025	1.978	1.949	- 1,5
Alle Pensionen	115.767	115.061	114.030	- 0,9

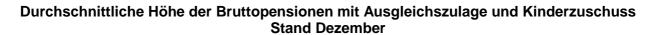


Anzahl der Pensionen nach Regionalbüros Stand Dezember 2017

Pensionsarten	SVB	Wien	NÖ	Bgld	OÖ	Sbg	Tir	Vbg	Stmk	Ktn
Erwerbsunfähigkeitspensionen	8.974	39	2.186	371	2.255	381	484	84	2.276	898
Alle Alterspensionen	123.214	688	39.121	8.285	29.491	6.145	5.776	1.607	24.719	7.382
normale Alterspensionen	118.098	669	37.135	8.048	28.213	5.752	5.546	1.529	23.963	7.243
vorz. AP bei langer Versicherungsdauer	-	_	-	-	-	-	-	-	-	-
Korridorpensionen	45	1	16	5	8	1	9	1	4	-
Langzeitversicherte	1.033	1	310	42	329	82	39	9	189	32
Schwerarbeitspensionen BSVG	2.508	3	778	102	870	196	55	20	416	68
Schwerarbeitspensionen APG	1.530	14	882	88	71	114	127	48	147	39
Witwen(Witwer)pensionen	35.192	219	11.548	2.272	7.163	1.629	2.003	520	7.353	2.485
Waisenpensionen	3.932	42	1.120	187	759	196	283	91	933	321
Alle Pensionen	171.312	988	53.975	11.115	39.668	8.351	8.546	2.302	35.281	11.086

Anzahl der Ausgleichszulagen je Pensionsart Stand Dezember

Ausgleichszulagen nach Pensionsarten	Anz	Δ 2016 2017		
	2015	2016	2017	in %
Erwerbsunfähigkeitspensionen	2.463	2.336	2.173	- 7,0
Alle Alterspensionen	20.697	19.885	19.664	- 1,1
Witwen(Witwer)pensionen	13.629	13.070	12.377	- 5,3
Waisenpensionen	1.960	1.900	1.930	+ 1,6
Alle Pensionen	38.749	37.191	36.144	- 2,8



Pensionsarten	Durchschn	Durchschnittsbetrag Männer und Frauen			
	2015	2016	2017	in %	
Erwerbsunfähigkeitspensionen	1.051,96	1.084,12	1.100,21	+ 1,5	
Alle Alterspensionen	818,49	838,18	859,49	+ 2,5	
normale Alterspensionen	806,13	825,01	845,19	+ 2,4	
vorz. Alterspensionen bei langer Versicherungsdauer	962,13	870,77	-	- 100,0	
Korridorpensionenen	1.259,74	1.314,53	1.279,87	- 2,6	
Langzeitversicherte	1.034,01	1.031,08	1.049,95	+ 1,8	
Schwerarbeitspensionen BSVG	1.096,36	1.097,68	1.119,99	+ 2,0	
Schwerarbeitspensionen APG	1.305,43	1.366,69	1.395,91	+ 2,1	
Witwen(Witwer)pensionen	594,53	604,38	610,30	+ 1,0	
Waisenpensionen	393,98	400,35	406,85	+ 1,6	
Alle Pensionen	777,46	794,91	810,52	+ 2,0	

Pensionsarten	Durc	Δ 2016 2017		
	2015	2016	2017	in %
Erwerbsunfähigkeitspensionen	1.125,01	1.143,92	1.155,28	+ 1,0
Alle Alterspensionen	1.152,66	1.173,99	1.194,57	+ 1,8
Witwen(Witwer)pensionen	249,70	256,21	263,20	+ 2,7
Waisenpensionen	395,41	400,84	410,09	+ 2,3
Alle Pensionen	1.042,26	1.059,93	1.075,35	+ 1,5

Pensionsarten	Durc	Δ 2016 2017		
	2015	2016	2017	in %
Erwerbsunfähigkeitspensionen	782,17	819,11	805,78	- 1,6
Alle Alterspensionen	637,13	659,39	683,72	+ 3,7
Witwen(Witwer)pension	653,55	665,26	672,43	+ 1,1
Waisenpension	392,54	399,84	403,55	+ 0,9
Alle Pensionen	640,36	659,20	677,49	+ 2,8

Durchschnittliche Höhe der Ausgleichszulagen je Pensionsart Stand Dezember

Pensionsarten	Durchsch	Durchschnittsbetrag Ausgleichszulagen			
	2015	2016	2017	in %	
Erwerbsunfähigkeitspensionen	452,40	455,19	458,52	+ 0,7	
Alle Alterspensionen	392,73	393,98	403,64	+ 2,5	
Witwen(Witwer)pensionen	429,00	435,84	437,33	+ 0,3	
Waisenpensionen	462,60	471,30	463,80	- 1,6	
Alle Pensionen	412,81	416,49	421,69	+ 1,2	



Pensionsneuzugang nach Pensionsarten

Pensionsarten -	Anz	Anzahl Männer und Frauen			
	2015	2016	2017	in %	
Erwerbsunfähigkeitspensionen *)	789	1.638	598	- 63,5	
Alle Alterspensionen	2.258	2.582	2.852	+ 10,5	
normale Alterspensionen	958	1.056	1.281	+ 21,3	
vorz. Alterspensionen bei langer Versicherungsdauer	69	73	31	- 57,5	
Korridorpensionen	23	17	17	+ 0,0	
Langzeitversicherte	356	255	147	- 42,4	
Schwerarbeitspensionen BSVG	508	805	989	+ 22,9	
Schwerarbeitspensionen APG	344	376	387	+ 2,9	
Witwen(Witwer)pensionen	2.018	2.011	2.041	+ 1,5	
Waisenpensionen	248	230	235	+ 2,2	
Alle Pensionen	5.313	6.461	5.726	- 11,4	

^{*)} stufenweise Anhebung des für den Tätigkeitsschutz relevanten Lebensalters bis zum Kalenderjahr 2017

Pensionsneuzugang Männer nach Pensionsarten

Pensionsarten		Anzahl Männer			
	2015	2016	2017	in %	
Erwerbsunfähigkeitspensionen *)	459	1.023	384	- 62,5	
Alle Alterspensionen	544	540	577	+ 6,9	
Witwen(Witwer)pensionen	493	500	519	+ 3,8	
Waisenpensionen	124	125	120	- 4,0	
Alle Pensionen	1.620	2.188	1.600	- 26,9	

^{*)} stufenweise Anhebung des für den Tätigkeitsschutz relevanten Lebensalters bis zum Kalenderjahr 2017

Pensionsneuzugang Frauen nach Pensionsarten

Pensionsarten		Δ 2016 2017		
	2015	2016	2017	in %
Erwerbsunfähigkeitspensionen *)	330	615	214	- 65,2
Alle Alterspensionen	1.714	2.042	2.275	+ 11,4
Witwen(Witwer)pensionen	1.525	1.511	1.522	+ 0,7
Waisenpensionen	124	105	115	+ 9,5
Alle Pensionen	3.693	4.273	4.126	- 3,4

^{*)} stufenweise Anhebung des für den Tätigkeitsschutz relevanten Lebensalters bis zum Kalenderjahr 2017

Ausgleichszulagen des Pensionsneuzuganges je Pensionsart

Pensionsarten	Anzahl Ausgleich	Anzahl Ausgleichszulagen des Pensionsneuzuganges				
rensionsalten	2015	2016	2017	in %		
Erwerbsunfähigkeitspensionen	100	203	97	- 52,2		
Alle Alterspensionen	115	131	128	- 2,3		
Witwen(Witwer)pensionen	586	537	500	- 6,9		
Waisenpensionen	49	39	32	- 17,9		
Alle Pensionen	850	910	757	- 16,8		

Pensionsneuzugänge nach Regionalbüros Berichtsjahr 2017

Pensionsarten	SVB	Wien	NÖ	Bgld	OÖ	Sbg	Tir	Vbg	Stmk	Ktn
Erwerbsunfähigkeitspensionen	598	3	155	19	118	28	52	10	121	92
Alle Alterspensionen	2.852	21	1.038	163	561	203	183	48	470	165
normale Alterspensionen	1.281	17	463	96	144	83	106	25	237	110
vorz. AP bei langer Versicherungsdauer	31	-	15	2	6	1	5	2	-	-
Korridorpensionen	17	1	4	1	4	-	5	-	2	-
Langzeitversicherte	147	-	44	5	32	12	8	3	33	10
Schwerarbeitspensionen BSVG	989	1	322	34	342	74	26	9	150	31
Schwerarbeitspensionen APG	387	2	190	25	33	33	33	9	48	14
Witwen(Witwer)pensionen	2.041	10	717	109	450	89	114	30	402	120
Waisenpensionen	235	3	71	9	42	8	22	2	52	26
Alle Pensionen	5.726	37	1.981	300	1.171	328	371	90	1.045	403

Pensionsneuzugang Durchschnittsalter in Jahren

Direktpensionsarten	Männer und Frauen			Männer			Frauen		
Direktpensionsarten		2016	2017	2015	2016	2017	2015	2016	2017
Erwerbsunfähigkeitspensionen	56,4	58,1	56,7	57,1	58,3	57,8	55,5	57,7	54,9
normale Alterspensionen	61,8	61,5	61,6	66,3	66,5	66,3	61,1	60,9	61,0
vorz. Alterspensionen bei langer Versicherungsdauer	59,8	60,1	60,0	64,7	65,0	-	59,6	60,0	60,0
Korridorpensionen	62,9	62,8	62,4	62,9	62,8	62,4	-	-	-
Langzeitversicherte	58,0	58,9	59,6	63,3	63,7	63,6	57,6	58,5	59,2
Schwerarbeitspensionen BSVG	55,7	56,1	56,4	60,8	61,8	61,2	55,5	56,0	56,3
Schwerarbeitspensionen APG	60,8	60,7	60,8	60,8	60,7	60,8	-	-	-



Pensionsneuzugang Durchschnittliche Höhe der Bruttopensionen mit Ausgleichszulage und Kinderzuschuss

Pensionsarten	Durchschn	ittsbetrag Männer ι	ınd Frauen	Δ 2016 2017
Fensionsarten	2015	2016	2017	in %
Erwerbsunfähigkeitspensionen	1.011,61	1.094,25	1.053,95	- 3,7
Alle Alterspensionen	1.004,87	1.036,55	1.050,84	+ 1,4
normale Alterspensionen	830,41	844,43	877,61	+ 3,9
vorz. Alterspensionen bei langer Versicherungsdauer	1.014,74	947,56	1.090,38	+ 15,1
Korridorpensionen	1.343,07	1.138,56	1.206,94	+ 6,0
Langzeitversicherte	992,02	1.044,66	1.098,21	+ 5,1
Schwerarbeitspensionen BSVG	1.095,56	1.091,27	1.137,84	+ 4,3
Schwerarbeitspensionen APG	1.345,48	1.466,12	1.373,87	- 6,3
Witwen(Witwer)pensionen	581,82	583,96	594,54	+ 1,8
Waisenpensionen	253,14	273,40	256,91	- 6,0
Alle Pensionen	810,10	883,14	855,93	- 3,1

Pensionsarten	Durc	nner	Δ 2016 2017	
	2015	2016	2017	in %
Erwerbsunfähigkeitspensionen	1.154,48	1.204,72	1.153,38	+ 4,4
Alle Alterspensionen	1.253,00	1.366,28	1.269,19	+ 9,0
Witwen(Witwer)pensionen	263,03	271,19	273,05	+ 3,1
Waisenpensionen	236,78	272,19	275,67	+ 15,0
Alle Pensionen	846,03	977,99	843,76	+ 15,6

Pensionsarten	Durc	Δ 2016 2017		
	2015	2016	2017	in %
Erwerbsunfähigkeitspensionen	812,90	910,49	875,55	- 3,8
Alle Alterspensionen	926,11	949,35	995,46	+ 4,9
Witwen(Witwer)pensionen	684,88	687,46	704,16	+ 2,4
Waisenpensionen	269,51	274,84	237,33	- 13,6
Alle Pensionen	794,33	834,57	860,66	+ 3,1

Pensionsneuzugang Durchschnittliche Höhe der Ausgleichszulagen je Pensionsart

Pensionsarten	Durchschnittsbet	Δ 2016 2017		
	2015	2016	2017	in %
Erwerbsunfähigkeitspensionen	403,62	431,31	387,06	- 10,3
Alle Alterspensionen	338,40	317,50	325,13	+ 2,4
Witwen(Witwer)pensionen	407,06	413,68	423,18	+ 2,3
Waisenpensionen	256,91	262,12	224,48	- 14,4
Alle Pensionen	388,71	397,27	393,58	- 0,9

Bundespflegegeld - Pensions- und Unfallversicherung



Pensionsversicherung

Pflegegeld-Anträge nach Art und Geschlecht Berichtsjahr 2017

Anträge nach Art und Geschlecht	Anzahl						
	Männer und Frauen	Männer	Frauen				
Erstmalige Anträge	5.597	2.079	3.518				
Erhöhungsanträge	10.481	2.865	7.616				
Summe der Anträge	16.078	4.944	11.134				

Pflegegeldbezieher nach Stufen Stand Dezember

SVB	Alle Stufen	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6	Stufe 7
2014	39.551	8.192	12.445	6.923	5.932	4.108	1.176	775
2015	38.888	8.624	11.364	6.805	5.990	4.165	1.177	763
2016	38.605	8.810	10.465	6.895	6.046	4.427	1.200	762
2017	38.194	9.020	9.625	6.995	6.069	4.582	1.164	739

Durchschnittsalter bei Pflegegeld-Neuzuerkennungen

Durchschnittsalter bei Neuzuerkennungen	2015	2016	2017
Männer	79,9	80,1	80,4
Frauen	80,3	80,4	80,7
Männer und Frauen	80,1	80,3	80,6

Unfallversicherung

Pflegegeldbezieher nach Stufen Stand Dezember

SVB	Alle Stufen	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6	Stufe 7
2014	156	16	22	13	67	26	7	5
2015	145	13	19	14	63	25	6	5
2016	141	14	17	12	60	24	9	5
2017	139	14	18	10	57	28	8	4



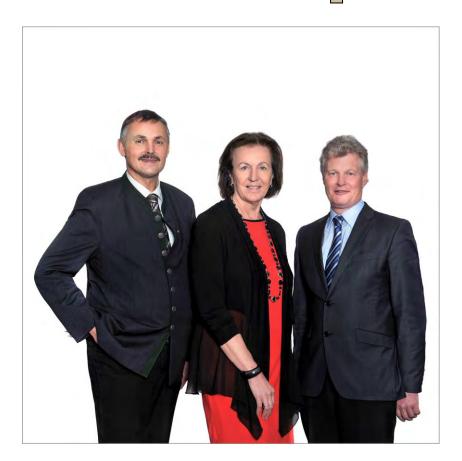
Generalversammlung



Die Generalversammlung ist das rechtsetzende Organ der SVB. Ihr obliegt die Satzungs- und Budgethoheit. Im Jahr 2017 hielt die Generalversammlung zwei Sitzungen ab.

Die Frühjahrssitzung der Generalversammlung fand am 5. April 2017 statt. Auf der Tagesordnung stand die Beschlussfassung des Jahresvoranschlages 2017 mit einem Gebarungsvolumen von rund 3,3 Milliarden Euro für die bäuerliche Kranken-, Unfallund Pensionsversicherung sowie Pflegegeld. Weiters wurde die Zuweisung an den Unterstützungsfonds beschlossen. Als besonderer Gast konnte DI (FH) Volker Schörghofer, Generaldirektor-Stellvertreter des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger, in der SVB begrüßt werden, der in seiner Rede vor allem auf die elektronische Gesundheitsakte (ELGA) einging.

In der zweiten Sitzung der Generalversammlung am 7. Dezember 2017 erfolgte die Abstimmung über den Jahresbericht 2016 mit dem Rechnungsabschluss 2016 und die damit verbundene Entlastung des Vorstandes. Darüber hinaus wurden Änderungen der Satzung, wie beispielsweise eine Anpassung bei der Kostenübernahme für kieferorthopädische Behandlungen außerhalb der "Gratiszahnspange" an die Mustersatzung des Hauptverbandes, beschlossen. Auch Anpassungen bei der Sozialen Betriebshilfe wurden durchgeführt, so wurde z.B. der Stundensatz für den Kostenzuschuss erhöht. Obfrau Vizepräs. ÖKR Theresia Meier sprach bei dieser Sitzung die politische Diskussion bezüglich der Reform der Sozialversicherungsstruktur und dem damit verbundenen neuen Sozialversicherungsträger der Selbständigen sowie die Verschiebung des sozialversicherungsrechtlichen Wirksamkeitstermins der Einheitswert-Hauptfeststellung auf 1. April 2018 an. Das Bemühen gilt daher, eine gute gemeinsame Basis mit der SVA zu finden, um die im Regierungsprogramm enthaltenen Eckpunkte, wie Allspartenträger, als künftigen One-Stop-Shop für alle selbständig Erwerbstätigen und die Selbstverwaltung auch umsetzen zu können.



Im Bild: Die Obleute der SVB – BBKO ÖKR Schurm, Vizepräs. ÖKR Meier, KR ÖKR Schwarz (v.l.n.r.)

Obfrau Vizepräs. ÖKR Theresia MEIER

1. Stellvertreter der Obfrau KR ÖKR Klaus SCHWARZ

2. Stellvertreter der Obfrau BBKO ÖKR Ludwig SCHURM

Mitglieder der Generalversammlung (Stand: 16. Oktober 2018)

Mitglieder:

Julia BOGENSPERGER Althofen 43 5571 Mariapfarr

LKR ÖKR Anna BRANDSTETTER Kampichl 11 2871 Zöbern

Stellvertreter:

Landesbäuerin Vizepräs. ÖKR Elisabeth HÖLZL Hauptstraße 21 5531 Eben im Pongau

LKR Karl SOMMER Hof 1 3643 Maria Laach/Jauerling

Selbstverwaltung



Generalversammlung

Mitglieder:

OLWR Mag. Wolfgang DOBRITZHOFER

Wiener Straße 64 3100 St. Pölten OLWR Dr. Heinz WILFINGER

Stellvertreter:

Wiener Straße 64 3100 St. Pölten

Bgm. KR Gabriele DÖRFLINGER

Sittenberg 3

9373 Klein St. Paul

Bgm. KR Johann THALER

Penzelberg 15 9841 Winklern

Franz Josef DORNINGER

Stetten 6

3261 Steinakirchen am Forst

GR Erwin GINDL Ritzenberg 7 3240 Mank

GR LKR Andreas EHRENBRANDTNER

Urltal 22

3352 St. Peter in der Au

Landesbäuerin-Stv. KR ÖKR

Elisabeth SCHWAMEIS Schrattenbruck 6

3390 Melk

LKR Claudia ENTLEITNER

Friedensbach 66 5721 Piesendorf **BBKO Silvester GFRERER**

Bach 40 5611 Großarl

DI (FH) Hans-Peter ERTL

Dorfstraße 27

9721 Uggowitz

KR Manfred MUHR

Polan 2

9062 Moosburg

Erna FELDHOFER

Bergviertel 35

8190 Miesenbach bei Birkfeld

Johann HERBST Neudorf 21

8211 IIztal

Vizepräs. BO-Stv. Martin FLICKER

Karl-Bednarik-Gasse 46

1220 Wien

Anneliese SCHIPPANI

Hörtengasse 551

1110 Wien

Maria GELTER

Flatschach 11

8720 Knittelfeld

LKR Norbert RIEGELNEGG

Untergreith 85

8453 St. Johann im Saggautal

Generalversammlung



Mitglieder:

GPO GR KO Ing. Johannes GRUBER

Ipftal 28

4491 Niederneukirchen

Stellvertreter:

BBKO ÖKR Josef MÜHLBACHLER

Eibenberg 2

4252 Liebenau

KR ÖKR Stefan HAUSER KR Michael GLAUBER

Rabnitzstraße 17 Hauptstraße 44 7373 Piringsdorf 7032 Sigleß

Mag. Gabriele HEBESBERGER

Auf der Gugl 3 4021 Linz Mag. Manuela LANG

Auf der Gugl 3 4021 Linz

Präsident Ing. Josef HECHENBERGER

Brunner Berg 5 6235 Reith i. A.

Vizepräs. Helga BRUNSCHMID

Gasteigerstraße 29 6382 Kirchdorf

GR Ing. Michael HELL LL.B.

Marktgasse 14 3141 Kapelln Monika GÖSSINGER Im Unteren Feld 7 2211 Pillichsdorf

Bgm. LKR ÖKR Franz HOCHEGGER

Mühlwitraun 5 4761 Enzenkirchen LKR Michael SCHWARZLMÜLLER

Arzberg, Florianistraße 26

4462 Reichraming

Abg.z.NR Bgm. DI Manfred HOFINGER

Reichergerhagen 14 4772 Lambrechten DI Michael TREIBLMEIER

Pirath 10

4943 Kirchdorf am Inn

Abg.z.NR Johann HÖFINGER

Hauptstraße 21 3004 Ollern

BBKO Herbert HOFER

Röhrawiesen 7 3752 Walkenstein

KR Karl HOPF jun. Neurissenweg 6

1110 Wien

Ing. Horst SCHMIDT Neurissenweg 21

1110 Wien

Selbstverwaltung



Generalversammlung

Mitglieder:

Vizebgm. KR Siegfried HUBER

Albern 2

9062 Moosburg

BBKO Edeltraud HUEMER

Furtberg 14

4532 Rohr im Kremstal

LAbg. LKR Ing. Kathrin KALTENHAUSER

Unterdorf 14

6261 Strass im Zillertal

ÖKR Dr. Christine KATZLBERGER-LAIMER

Gallenberg 3

4950 Altheim

KR ÖKR Karl KEPLINGER

Piberstein 11

4184 Helfenberg

BKO Bgm. ÖKR Rudolf KÖLL

Pfassenweg 9

6464 Tarrenz

Hannes KÖLTRINGER

Altenberg 1

5162 Obertrum am See

LKR ÖKR Matthias KRANZ

Linderweg 17

8724 Spielberg

LKR DI Dr. Andreas LEIDWEIN

Hauptstraße 5

2263 Dürnkrut

Stellvertreter:

KR Sabine STERNIG

Edling 10

9623 St. Stefan

GR LKR ÖKR Johann SCHACHL

Kronberg 55

4881 Straß im Attergau

Ing. Mag. David SÜß Brucknerstraße 6/3

1040 Wien

LAbg. Ing. Mag. Regina ASPALTER

Hofberg 24

4443 Maria Neustift

KR ÖKR Johann GROßPÖTZL

Grub 8

4771 Sigharting

Richard WÖRLE

Oberpinswang 13

6600 Pinswang

Walter RAINER

Kleinlehenstraße 40

5102 Anthering

Friedrich REISINGER

Arzbach 11

8692 Neuberg/Mürz

LKR Roman BAYER

Falkenstein 72

2162 Falkenstein

Generalversammlung



Mitglieder:

LKR Katharina LICHTMANNSPERGER

Obervetterbach 4 5303 Thalgau

Stellvertreter:

LKR ÖKR Rudolf ROSENSTATTER

Kirchenstraße 1 5151 Nußdorf

ÖKR Andreas LIEGENFELD

Johannesstraße 25 7082 Donnerskirchen KR Andrea TOBLER Eisenstädterstraße 78

7021 Draßburg

Landesbäuerin LKR ÖKR Auguste MAIER

Josefine Pacher Weg 30 8075 Hart bei Graz

Vizebgm. Mag. Christian KONRAD

Bahnhofstraße 5 8401 Kalsdorf

Obfrau

Vizepräs. ÖKR Theresia MEIER

Loipersdorf 2 3240 Mank LAbg. GR Doris SCHMIDL

Kleinsierning 2

3231 St. Margarethen

Präsident ÖKR Ing. Johann MÖßLER

Museumsgasse 5 9020 Klagenfurt

Vizepräs. ÖKR Anton HERITZER

Pollheim 5

9411 St. Michael

Ing. Mag. Dr. Erhard NEUBAUER

Obere Hauptstraße 60 2074 Kleinhöflein

LKR ÖKR Renate SCHRENK

Großreichenbach 11 3931 Schweiggers

René NÖHRER

Unterdombach 14 8274 Buch b. Hartberg Martin HEBENSTREIT

Pachern 30 8831 Niederwölz

BO ÖKR Hannes PARTL

Buch 44

6200 Buch in Tirol

Obm. ÖKR Johann HÖRTNAGL

Dickicht 6a

6173 Oberperfuß

KO HBO ÖKR Werner PRESSLER

Packerstraße 32 8583 Edelschrott LAbg. Hubert LANG Oberneuberg 130

8225 Pöllau

Selbstverwaltung



Generalversammlung

Mitglieder:

Abg.z.NR Bgm. LO-Stv. ÖKR Nikolaus PRINZ

Sattl 8

4381 St. Nikola

LO Rupert QUEHENBERGER

Steuer 6

5524 Annaberg

Mag. Wolfgang RAAB

Harrachstraße 12

4010 Linz

Dr. Anton REINL

Schauflergasse 6

1014 Wien

Landesbäuerin KR Eva RIESCHL

Höchtlgasse 7

7163 Andau

ÖKR August ROTH

Niederberg 9

8151 Hitzendorf

KR Ing. Karin SCHABUS

Dorfstraße 107

9546 Bad Kleinkirchheim

KR Rosemarie SCHEIN

Loschental 20

9470 Sankt Paul im Lavanttal

Landesbäuerin ÖKR Theresia SCHIFFMANN

Außerberg 43

6133 Weerberg

Stellvertreter:

LKR Johanna MIESENBERGER

Selker 8

4230 Pregarten

BBKO Johann SCHITTER

Einöd 1

5580 Tamsweg

LKR Anita STRAßMAYR

Haidermoos 17

4654 Bad Wimsbach-Neydharting

Mag. Ulrike ÖSTERREICHER

Schauflergasse 6

1014 Wien

KR ÖKR Adalbert ENDL

Obere Hauptstraße 3

7042 Antau

LKR Anna Maria BRUNNEGGER

Fischbach 53

8654 Fischbach

KR Markus GEIGER

Völkermarkterstraße 122

9020 Klagenfurt

KR Thomas RINNER

Timrian 7/2

9361 St. Salvator

Bez.B ÖKR Gertrud DENOTH

Dorf 182

6521 Fließ

Generalversammlung



<u>Mitglieder:</u> <u>Stellvertreter:</u>

Stellvertreter der Obfrau

BBKO ÖKR Ludwig SCHURM BBKO Rosemarie FERSTL

Winkeln 9 Weinzierl 11 4072 Alkoven 4320 Perg

Stellvertreter der Obfrau

KR ÖKR Klaus SCHWARZ
Herbigen 82
Buch 149
6952 Hittisau

Herbert FINK
Buch 149
6934 Sulzberg

Bundesbäuerin Vizepräs. Elisabeth AMANN ÖKR Andrea SCHWARZMANN Neuwiesen 4

Litze 10 6741 Raggal

Abg.z.NR Norbert SIEBER Hildegard MEUSBURGER

6824 Schlins

Fluh 37 Sieban 72

6900 Bregenz 6863 Egg-Großdorf

Landesbäuerin-Stv. KO Dipl.-HLFL

LKR ÖKR Ingrid STACHER Ing. Manfred WEINHAPPEL

Thomasl 38 Prager Straße 6 2115 Ernstbrunn 2011 Sierndorf

Michael STIX Andreas RACZ Liesing 1 St. Georgen 75 8773 Kammern 8820 Neumarkt

Präsident ÖKR Franz TITSCHENBACHER KO ÖKR Johann REISINGER

Altirdning 16 Schölbing 121 8952 Irdning 8230 Hartberg

Dir. Mag. Norbert TOTSCHNIG

Brucknerstraße 6/3 derzeit unbesetz

Brucknerstraße 6/3 derzeit unbesetzt 1040 Wien

Thomas WAITZ Raimund STÖCKL Großwalz 9 Forsthub 2

8463 Schlossberg 4973 St. Martin im Innkreis



Mitglieder:

KR ÖKR Johann WEBER

Winten 6

7521 Eberau

KR Hannes WINKLEHNER

Galgenau 5

4212 Neumarkt im Mühlkreis

KO Josef WUMBAUER

I.Viertel 63

8171 St. Kathrein

Johannes ZEILER Zeissenberg 15

8960 Öblarn

Stellvertreter:

LO-Stv. KR Maria PORTSCHY

Podler 41

7461 Weiden bei Rechnitz

KR Stefan WEISS

Unterlangenberg 86

5431 Kuchl

HBOStv. Mag. Roland PICHLER

Paisberg 25a

8741 Weißkirchen

LKR Christa SCHÖRKMAIER

Oppenberg 237 8786 Rottenmann

Vorstand



Dem Vorstand obliegt die Geschäftsführung der Sozialversicherungsanstalt der Bauern. Im Jahr 2017 hielt der Vorstand fünf Sitzungen ab.

Bei den Sitzungen befassten sich die Vorstandsmitglieder sehr umfassend mit der finanziellen Entwicklung der bäuerlichen Sozialversicherung und berieten über den Rechnungsabschluss 2016 sowie die laufenden Gebarungsvorschaurechnungen. Weiters fasste der Vorstand wichtige Beschlüsse zu Vertragspartner- und Personalangelegenheiten. Einen sehr umfangreichen Punkt im Sommer und im Herbst des Jahres stellte die Studie der London School of Economics zur Effizienz im österreichischen Sozialversicherungs- und Gesundheitsbereich sowie das verfassungsrechtliche Gutachten von Univ.-Prof. Dr. Theo Öhlinger und Univ.-Doz. Dr. Konrad Lachmayer dar, in der aufgezeigt wird, welche Neuerungen verfassungsrechtlich im Rahmen des bestehenden Selbstverwaltungsmodells einfachgesetzlich möglich sind. In diesem Zusammenhang diskutierten die Vorstandsmitglieder auch wichtige Eckpunkte für die bäuerlichen Versicherten als Vorbereitung für eine mögliche Fusion der Sozialversicherungsanstalt der Bauern mit der Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft zu einem neuen gemeinsamen Träger der Selbständigen, welche sich auch im Zuge der Regierungsverhandlungen herauskristallisierte.

Vorstandssitzungen 2017: Sitzung am 31.01.2017 Sitzung am 04.04.2017 Sitzung am 20.06.2017 Sitzung am 04.10.2017 Sitzung am 06.12.2017



Im Bild: Vorstand, Konstituierende Sitzung am 26. Jänner 2016

Obfrau Vizepräs. ÖKR Theresia MEIER

1. Stellvertreter der Obfrau KR ÖKR Klaus SCHWARZ

2. Stellvertreter der Obfrau BBKO ÖKR Ludwig SCHURM

Mitglieder des Vorstandes (Stand: 16. Oktober 2018)

Mitglieder:

LKR ÖKR Anna BRANDSTETTER Kampichl 11 2871 Zöbern

Franz Josef DORNINGER Stetten 6 3261 Steinakirchen am Forst

Stellvertreter:

LKR Karl SOMMER Hof 1 3643 Maria Laach/Jauerling

GR Erwin GINDL Ritzenberg 7 3240 Mank

Selbstverwaltung



Mitglieder:

Vizepräs. BO-Stv. Martin FLICKER Karl-Bednarik-Gasse 46 1220 Wien

KR ÖKR Stefan HAUSER Rabnitzstraße 17 7373 Piringsdorf

Abg. z. NR Johann HÖFINGER Hauptstraße 21 3004 Ollern

Vizebgm. KR Siegfried HUBER Albern 2 9062 Moosburg

ÖKR Dr. Christine KATZLBERGER-LAIMER Gallenberg 3 4950 Altheim

LKR ÖKR Matthias KRANZ Linderweg 17 8724 Spielberg

LKR Katharina LICHTMANNSPERGER Obervetterbach 4 5303 Thalgau

ÖKR Andreas LIEGENFELD Johannesstraße 25 7082 Donnerskirchen

Obfrau Vizepräs. ÖKR Theresia MEIER Loipersdorf 2 3240 Mank

Stellvertreter:

Anneliese SCHIPPANI Hörtengasse 551 1110 Wien

KR Michael GLAUBER Hauptstraße 44 7032 Sigleß

BBKO Herbert HOFER Röhrawiesen 7 3752 Walkenstein

KR Sabine STERNIG Edling 10 9623 St. Stefan

LAbg. Ing. Mag. Regina ASPALTER Hofberg 24 4443 Maria Neustift

Friedrich REISINGER Arzbach 11 8692 Neuberg/Mürz

LKR ÖKR Rudolf ROSENSTATTER Kirchenstraße 1 5151 Nußdorf

KR Andrea TOBLER Eisenstädterstraße 78 7021 Draßburg

LAbg. GR Doris SCHMIDL Kleinsierning 2 3231 St. Margarethen an der Sierning

Mitglieder:

BO ÖKR Hannes PARTL Buch 44 6200 Buch in Tirol

Stellvertreter der Obfrau BBKO ÖKR Ludwig SCHURM Winkeln 9 4072 Alkoven

Stellvertreter der Obfrau KR ÖKR Klaus SCHWARZ Herbigen 82 6952 Hittisau

Stellvertreter:

Obm. ÖKR Johann HÖRTNAGL Dickicht 6a 6173 Oberperfuß

BBKO Rosemarie FERSTL Weinzierl 11 4320 Perg

Herbert FINK Buch 149 6934 Sulzberg



Mitglieder der Unterausschüsse des Vorstandes (Stand: 16. Oktober 2018)

Management

Sitzungen des Managements

Sitzung am 16.05.2017

Vorsitzende: Obfrau Vizepräs. ÖKR Theresia MEIER

Mitglieder:

Obfrau Vizepräs. ÖKR Theresia MEIER Loipersdorf 2 3240 Mank Stellvertreter der Obfrau KR ÖKR Klaus SCHWARZ Herbigen 82 6952 Hittisau

Stellvertreter der Obfrau BBKO ÖKR Ludwig SCHURM Winkeln 9 4072 Alkoven



Gesundheits- und Sicherheitsausschuss

Sitzungen des Gesundheits- und Sicherheitsausschusses

Sitzung am 30.01.2017 Sitzung am 15.05.2017 Sitzung am 05.12.2017

Vorsitzender:

Stellvertreter der Obfrau KR ÖKR Klaus SCHWARZ

Mitglieder:

LKR ÖKR Anna BRANDSTETTER Kampichl 11

2871 Zöbern

Vizebgm. KR Siegfried HUBER

Albern 2

9062 Moosburg

LKR ÖKR Matthias KRANZ

Linderweg 17 8724 Spielberg

ÖKR Andreas LIEGENFELD

Johannesstraße 25 7082 Donnerskirchen

Obfrau

Vizepräs. ÖKR Theresia MEIER

Loipersdorf 2

3240 Mank

Mit beratender Stimme:

Vizepräs. LKR Maria PEIN Oberspitz 1 8483 Deutsch Goritz Vorsitzender-Stellvertreter:

Stellvertreter der Obfrau

BBKO ÖKR Ludwig SCHURM

Franz Josef DORNINGER

Stetten 6

3261 Steinakirchen am Forst

ÖKR Dr. Christine KATZLBERGER-LAIMER

Gallenberg 3 4950 Altheim

LKR Katharina LICHTMANNSPERGER

Obervetterbach 4 5303 Thalgau

KR ÖKR Stefan HAUSER

Rabnitzstraße 17 7373 Piringsdorf

BO ÖKR Hannes PARTL

Buch 44

6200 Buch in Tirol

Personalausschuss

Sitzungen des Personalausschusses

Sitzung am 30.01.2017

Vorsitzende: Obfrau Vizepräs. ÖKR Theresia MEIER

<u>Mitglieder:</u> <u>Stellvertreter:</u>

Obfrau

Vizepräs. ÖKR Theresia MEIER ÖKR Dr. Christine KATZLBERGER-LAIMER

Loipersdorf 2 Gallenberg 3 3240 Mank 4950 Altheim

Stellvertreter der Obfrau

KR ÖKR Klaus SCHWARZ ÖKR Andreas LIEGENFELD

Herbigen 82 Johannesstraße 25 6952 Hittisau 7082 Donnerskirchen

Stellvertreter der Obfrau

BBKO ÖKR Ludwig SCHURM LKR ÖKR Matthias KRANZ

Winkeln 9 Linderweg 17 4072 Alkoven 8724 Spielberg

Vertreter des Zentralbetriebsrates:

ZBRV Franz LANG

ZBR Mag. Johannes PERKTOLD

(Harmatet III / Parismalla in a Nighting)

(Hauptstelle/Regionalbüro NÖ/Wien) (Hauptstelle/Regionalbüro NÖ/Wien)

ZBRV-Stv. Thomas GALIK ZBR Michael Auer (Regionalbüro Steiermark) (Regionalbüro Tirol)

Widerspruchsausschuss gemäß § 367a Abs 2 ASVG

Mitglieder:

Der Widerspruchsausschuss besteht aus der Gesamtheit der Mitglieder der regionalen Leistungsausschüsse (siehe Seite 162 bis 165). Er entscheidet durch regionale Widerspruchsausschüsse, die in ihrer personellen Zusammensetzung den jeweiligen regionalen Leistungsausschüssen entsprechen.

Regionaler Leistungsausschuss NÖ/Wien – 12 Sitzungen

Vorsitzende: LKR ÖKR Anna BRANDSTETTER

<u>Mitglieder:</u> <u>Stellvertreter:</u>

LKR ÖKR Anna BRANDSTETTER LKR Karl SOMMER

Kampichl 11 Hof 1

2871 Zöbern 3643 Maria Laach/Jauerling

OLWR Mag. Wolfgang DOBRITZHOFER OLWR Dr. Heinz WILFINGER

Wiener Straße 64
3100 St. Pölten
Wiener Straße 64
3100 St. Pölten

Vizepräs. BO-Stv. Martin FLICKER Anneliese SCHIPPANI

Karl-Bednarik-Gasse 46 Hörtengasse 551

1220 Wien 1110 Wien

Abg. z. NR Johann HÖFINGER BBKO Herbert HOFER

Hauptstraße 21 Röhrawiesen 7 3004 Ollern 3752 Walkenstein

Landesbäuerin-Stv. LKR ÖKR Ingrid STACHER KO Dipl.-HLFL Ing. Manfred WEINHAPPEL

Thomasl 38 Prager Straße 6 2115 Ernstbrunn 2011 Sierndorf

Regionaler Leistungsausschuss Burgenland – 6 Sitzungen

Vorsitzender: ÖKR Andreas LIEGENFELD

Mitglieder: Stellvertreter:

KR ÖKR Stefan HAUSER KR Michael GLAUBER

Rabnitzstraße 17 Hauptstraße 44 7373 Piringsdorf 7032 Sigleß

ÖKR Andreas LIEGENFELD KR Andrea TOBLER Johannesstraße 25 Eisenstädterstraße 78

7082 Donnerskirchen 7021 Draßburg

KR ÖKR Johann WEBER LO-Stv. KR Maria PORTSCHY

Winten 6 Podler 41

7521 Eberau 7461 Weiden bei Rechnitz



Regionaler Leistungsausschuss Oberösterreich – 9 Sitzungen

Vorsitzende: ÖKR Dr. Christine KATZLBERGER-LAIMER

Mitglieder: Stellvertreter:

GPO GR KO Ing. Johannes GRUBER BBKO ÖKR Josef MÜHLBACHLER

Inftal 28 Eibenbera 2 4491 Niederneukirchen 4252 Liebenau

Mag. Gabriele HEBESBERGER Mag. Manuela LANG

Auf der Gugl 3 Auf der Gugl 3 4021 Linz 4021 Linz

ÖKR Dr. Christine KATZLBERGER-LAIMER LAbg. Ing. Mag. Regina ASPALTER

Gallenberg 3 Hofberg 24

4950 Altheim 4443 Maria Neustift

Mag. Wolfgang RAAB LKR Anita STRAßMAYR

Harrachstraße 12 Haidermoos 17

4010 Linz 4654 Bad Wimsbach-Neydharting

BBKO Rosemarie FERSTL Stellvertreter der Obfrau

BBKO ÖKR Ludwig SCHURM Weinzierl 11

Winkeln 9 4320 Perg 4072 Alkoven

Regionaler Leistungsausschuss Salzburg – 6 Sitzungen

Vorsitzende: LKR Katharina LICHTMANNSPERGER

Mitglieder: Stellvertreter:

LKR Claudia ENTLEITNER **BBKO Silvester GFRERER**

Friedensbach 66 Bach 40 5721 Piesendorf 5611 Großarl

LKR ÖKR Rudolf ROSENSTATTER LKR Katharina LICHTMANNSPERGER

Obervetterbach 4 Kirchenstraße 1 5303 Thalgau 5151 Nußdorf

LO Rupert QUEHENBERGER **BBKO Johann SCHITTER**

Steuer 6 Einöd 1

5524 Annaberg 5580 Tamsweg



Regionaler Leistungsausschuss Tirol – 5 Sitzungen

Vorsitzender: BO ÖKR Hannes PARTL

<u>Mitglieder:</u> <u>Stellvertreter:</u>

Präsident Ing. Josef HECHENBERGER Vizepräs. Helga BRUNSCHMID

Brunner Berg 5 Gasteigerstraße 29 6235 Reith i. A. 6382 Kirchdorf

BO ÖKR Hannes PARTL Obm. ÖKR Johann HÖRTNAGL

Buch 44 Dickicht 6a

6200 Buch in Tirol 6173 Oberperfuß

Landesbäuerin ÖKR Theresia SCHIFFMANN Bez.B ÖKR Gertrud DENOTH

Außerberg 43 Dorf 182 6133 Weerberg 6521 Fließ

Regionaler Leistungsausschuss Vorarlberg – 4 Sitzungen

Vorsitzender: Stellvertreter der Obfrau KR ÖKR Klaus SCHWARZ

<u>Mitglieder:</u> <u>Stellvertreter:</u>

Stellvertreter der Obfrau

KR ÖKR Klaus SCHWARZ
Herbigen 82
6952 Hittisau
Herbert FINK
Buch 149
6934 Sulzberg

Bundesbäuerin Vizepräs. Elisabeth AMANN ÖKR Andrea SCHWARZMANN Neuwiesen 4 Litze 10 6824 Schlins 6741 Raggal

Abg. z. NR Norbert SIEBER Hildegard MEUSBURGER

Fluh 37 Sieban 72

6900 Bregenz 6863 Egg-Großdorf



Regionaler Leistungsausschuss Steiermark – 10 Sitzungen

Vorsitzender: LKR ÖKR Matthias KRANZ

Mitglieder: Stellvertreter:

LKR ÖKR Matthias KRANZ Friedrich REISINGER

Linderwea 17 Arzbach 11

8724 Spielberg 8692 Neuberg/Mürz

Landesbäuerin LKR ÖKR Auguste MAIER Vizebgm. Mag. Christian KONRAD

Josefine Pacher Weg 30 Bahnhofstraße 5 8075 Hart bei Graz 8401 Kalsdorf

KO HBO ÖKR Werner PRESSLER LAbg. Hubert LANG Packerstraße 32 Oberneuberg 130

8583 Edelschrott 8225 Pöllau

KO Josef WUMBAUER HBO-Stv. Mag. Roland PICHLER

Paisberg 25a I. Viertel 63 8171 St. Kathrein 8741 Weißkirchen

LKR Christa SCHÖRKMAIER Johannes ZEILER

Zeissenberg 15 Oppenberg 237 8786 Rottenmann 8960 Öblarn

Regionaler Leistungsausschuss Kärnten – 7 Sitzungen

Vorsitzender: Vizebgm. KR Siegfried HUBER

Mitglieder: Stellvertreter:

DI (FH) Hans-Peter ERTL KR Manfred MUHR

Dorfstraße 27 Polan 2

9062 Moosburg 9721 Uggowitz

KR Sabine STERNIG Vizebgm. KR Siegfried HUBER

Albern 2 Edling 10 9623 St. Stefan 9062 Moosburg

LAbg. KR Ing. Karin SCHABUS **KR Markus GEIGER** Dorfstraße 107

Völkermarkterstraße 122

9546 Bad Kleinkirchheim 9020 Klagenfurt

Kontrollversammlung



Die Kontrollversammlung ist das kontrollierende Organ in der Sozialversicherungsanstalt der Bauern, sie hat die gesamte Gebarung des Versicherungsträgers ständig zu überwachen. In bestimmten Angelegenheiten bedarf es zu Beschlüssen des Vorstandes der Zustimmung der Kontrollversammlung.

Zu den Themen, mit denen sich die Mitglieder der Kontrollversammlung in den Sitzungen befassten, zählen der Jahresvoranschlag, die Veranlagung des Finanzvermögens der SVB, die Betriebsabrechnung sowie der Jahresbericht für das Jahr 2016. Nach eingehender Prüfung des Rechnungsabschlusses wurde dieser der Generalversammlung zur Beschlussfassung vorgelegt und empfohlen, den Vorstand für das Geschäftsjahr 2016 zu entlasten.

Neben aktuellen politischen Themen befasste sich die Kontrollversammlung mit der Neugestaltung der Sozialversicherungslandschaft in Österreich sowie mit Berichten über Maßnahmen im EDV-Bereich, wie dem Abschluss eines Service Level Agreement für IT-Betriebsleistungen mit der SVD GmbH. Die Kontrollversammlung führte 2017 unter anderem eine Einschau im Bereich Unfallversicherung durch, deren berufsspezifisches Leistungsrecht im Jahr 2019 sein 20-jähriges Bestehen feiert.

Sitzungen der Kontrollversammlung 2017: Sitzung am 04.04.2017 Sitzung am 06.12.2017



Im Bild: Kontrollversammlung, Konstituierende Sitzung am 26. Jänner 2016

Vorsitzende:

Vizepräs. LKR Maria PEIN

Vorsitzende-Stellvertreter:

Dr. Peter KALUZA

Mitglieder der Kontrollversammlung (Stand: 16. Oktober 2018)

Mitglieder:

BBKO ÖKR Friederike HAMMERLINDL Radersdorf 39 8263 Groß Wilfersdorf

Vors.-Stv. Dr. Peter KALUZA Schauflergasse 6 1014 Wien

Stellvertreter:

Mag. Elisabeth HAAS Hamerlinggasse 3 8010 Graz

Mag. Johann ZIMMERMANN Schauflergasse 6 1014 Wien

Mag. Marion BÖCK Schauflergasse 6 1014 Wien

Selbstverwaltung



Kontrollversammlung

Mitglieder:

Johanna KLAMPFL Loosdorf 43

2133 Fallbach

Stellvertreter:

GR LKR Martin FRÜHWIRTH

Etlas 11

3925 Arbesbach

Präsident

LKR ÖKR DI Felix MONTECUCCOLI

Gut Mitterau 10 3385 Prinzersdorf Waltraud HAYDN Pöttendorf 10 3383 Pöttendorf

Vorsitzende

Vizepräs. LKR Maria PEIN

Oberspitz 1

8483 Deutsch Goritz

Dir. DI Franz TONNER Reitschulgasse 3/1

8010 Graz

Dir. GR Maria SAUER

Harrachstraße 12

4010 Linz

DI Wilfried SÖLLRADL

Harrachstraße 12

4010 Linz

LAbg. Franz WIESER

Kulm 6

9102 Mittertrixen

Bgm. KR Martin GRUBER

Geiselsdorf 1

9321 Kappel/Krappfeld

Dr. Raphael WIMMER

Auf der Gugl 3

4021 Linz

MMag. Robert ABLINGER

Auf der Gugl 3

4021 Linz

derzeit nicht besetzt

Josef MAISLINGER

Heimhausen 1

5142 Eggelsberg

Beirat



Der Beirat vertritt die Interessen der Versicherten und insbesondere jene der Pensionsund Rentenbezieher sowie Pflegegeldbezieher in der Sozialversicherung.

Insgesamt hielt der Beirat 2017 zwei Sitzungen (20.06.2017 und 07.12.2017) ab.

Inhaltlich befasste sich dieses Gremium mit aktuellen Themen, wie der Einheitswert-Hauptfeststellung, deren sozialversicherungsrechtlicher Wirksamkeitstermin auf den 1.4.2018 verschoben werden soll, oder der Reduktion der Sozialversicherungsträger und der damit verbundenen Zusammenlegung der SVA der gewerblichen Wirtschaft mit der SVB. Ein weiterer wichtiger Punkt, der bei den Sitzungen diskutiert wurde, ist die medizinische Versorgung im ländlichen Raum, die aufgrund der anstehenden Pensionierungen vieler Vertragsärzte gefährdet ist und vor allem auch in Hinblick auf die Neugestaltung der Sozialversicherungslandschaft künftig sichergestellt werden muss. Zudem wird im Beirat auch auf die gesetzliche Altersvorsorge für Bäuerinnen und Bauern in Österreich im Vergleich zu anderen europäischen Ländern eingegangen, wobei unserem System ein sehr gutes Zeugnis bescheinigt wird.



Im Bild: Die Beiratsvorsitzenden – Abg.z.NR a.D. ÖKR Schwarzenberger, LAbg. a.D. Hiller

Vorsitzender: Abg.z.NR a.D. ÖKR Georg SCHWARZENBERGER Vorsitzender-Stellvertreter: LAbg. a.D. Franz HILLER

Mitglieder des Beirats (Stand: 16. Oktober 2018)

Vertreter der Versicherten

Mitglieder:

Johanna AUST Römerstraße 2 8472 Straß

JB-LO Mag.(FH) Leonhard GMEINER Weinzierl 8 4320 Perg Stellvertreter:

Harald KRAXNER Kulm am Zirbitz 33 8820 Neumarkt

JB-BO Josef MUSS Winteredt 5 4872 Neukirchen an der Vöckla



Mitglieder:

KO ÖKR Johann GWIGGNER Leitschwendtweg 65

6314 Niederau

Stellvertreter:

Maria KRANEBITTER

Oberdorf 16

6406 Oberhofen im Inntal

Bezirksbäuerin KO-Stv. Leopoldine HIRTENLEHNER

Konradsheim 57

3340 Waidhofen/Ybbs

Mag. Paul KAMMERHOFER

Ferstlergasse 4

3100 St. Pölten

Hedwig LINDORFER

Drautendorf 6

4174 Niederwaldkirchen

Barbara PAYREDER Mitter Pabneukirchen 2

4363 Pabneukirchen

KR ÖKR Josef RATHMANNER

Hauptstraße 40 7343 Neutal

IIse GASSLER Moschendorf 130 7540 Moschendorf

LKR Ing. Julius SCHAUERHUBER

Herrengasse 12

3463 Stetteldof am Wagram

Martin RENNHOFER Theyernstraße 12 3508 Höbenbach

LAbg. Josef TÜRTSCHER

Buchboden 35 6731 Sonntag

Elisabeth TASCHNER Klederinger Straße 167

1100 Wien

KR ÖKR Erwin WINKLER

Bleiberger Straße 394

9500 Villach

KR Josef FRADLER Möderndorf 8

9063 Maria Saal

Vertreter der Pensionisten und Rentenbezieher

Mitglieder:

Stellvertreter:

Hans EICHINGER

Hofmannstraße 14

4040 Linz

Max PENNINGER

Kirchberg 4

4970 Eitzing

Bds. Vors. ÖKR Josef ETZENBERGER

Schickenberggasse 30

3552 Lengenfeld

Hildegard GLINZ Forsthub 11

3282 St. Georgen a.d. Leys

Mitglieder:

Stellvertreter:

Vors.-Stv.

LAbg. a.D. Franz HILLLER

Hanfthal 37 2136 Laa/Thaya ÖKR Josef MARGREITER

Peisselberg 5 6252 Haus

Abg.z.NR a.D. ÖKR Josef HORN

Bärndorf 56a 8786 Rottenmann GR Dr. Gerhard LEITNER

Viktringer Ring 25/1 9020 Klagenfurt

LAbg. a.D. ÖKR Maria JACHS

Oberwindhaaq 16/1

4263 Windhaag bei Freistadt

Bez.Obm. Altbgm. ÖKR Franz NINAUS Stainzerhof 19

8511 Lichtenhof

Vorsitzender

Abg.z.NR a.D. ÖKR Georg SCHWARZENBERGER

Lindenweg 35

5620 St. Veit im Pongau

GR Albert WUTSCHER

Dorfplatz 2

9423 St. Georgen im Lavanttal

Vertreter der Pflegegeldbezieher

Mitglieder:

Vizepräs. Willi-Klaus BENESCH

Löwenthalgasse 14/3

1230 Wien

Stellvertreter:

Präsident Mag. Michael SVOBODA

Lange Gasse 53

1080 Wien

Leopold HOLLMANN

Runder Weg 3

2214 Auersthal

Johann FITZKA Kirchengasse 7

2011 Senning

DSA Michael LEITNER

Gewerbepark Urfahr 6/1

4040 Linz

Manfred SPIESS Sandgasse 44a 6850 Dornbirn



Leitender Angestellter: GD Mag. Franz LEDERMÜLLER

Stellvertreter: GDStv. Mag. Kurt ZISCH

Leitender Arzt: Chefarzt MR Dr. Karl SCHMOLL Organisationsmanager: Dir. Mag. Friedrich STRAUß

Hauptstelle, Regionalbüro Niederösterreich/Wien *)

Ghegastraße 1, 1030 Wien Tel.: 01 797 06, Fax DW 1300

Regionalbüro Burgenland

Siegfried Marcus-Straße 5, 7000 Eisenstadt

Tel.: 02682 631 16, Fax DW 3300

Regionalbüroleiter: Dr. Norbert Wanka DW 3111

Regionalbüro Oberösterreich

Blumauerstraße 47, 4020 Linz Tel.: 0732 76 33, Fax DW 4300

Regionalbüroleiter: Dir. Dr. Josef Striegl DW 4111

Regionalbüro Salzburg

Rainerstraße 25, 5020 Salzburg Tel.: 0662 87 45 91, Fax DW 5300

Regionalbüroleiter: Dir. Ing. Johann Mayr DW 5111

Regionalbüro Tirol

Fritz-Konzert-Straße 5, 6020 Innsbruck

Tel.: 0512 520 67, Fax DW 6300

Regionalbüroleiter: Mag. Martin Holas DW 6111

Regionalbüro Vorarlberg

Montfortstraße 9, 6900 Bregenz Tel.: 05574 49 24, Fax DW 7300

Regionalbüroleiter: Mag. Joachim Rhomberg DW 7111

Regionalbüro Steiermark

Dietrich-Keller-Straße 20, 8074 Raaba-Grambach

Tel.: 0316 343, Fax DW 8300

Regionalbüroleiter: Dr. Paul Tschuffer DW 8111

Regionalbüro Kärnten

Feldkirchner Straße 52, 9020 Klagenfurt am Wörthersee

Tel.: 0463 58 45, Fax DW 9300

Regionalbüroleiter: Dr. Arno Ladstätter DW 9111

*) Zwischen der Hauptstelle und dem Regionalbüro Niederösterreich/Wien besteht eine Bürogemeinschaft, deren Leitung durch die Direktion erfolgt.

Abteilungsstruktur der SVB: Ghegastraße 1, 1030 Wien, Tel.: 01 797 06

Chefärztlicher Dienst

Leitung: Chefarzt MR Dr. Karl Schmoll DW 2151, E-Mail: karl.schmoll@svb.at

Allgemeine Verwaltung (Öffentlichkeitsarbeit, Aus- und Weiterbildung, Versichertenservice)

Leitung: Dir.Rat Dr. Georg Schwarz DW 2201, E-Mail: georg.schwarz@svb.at

Beitragswesen

Leitung: Mag. Karin Goldenits

DW 2801, E-Mail: karin.goldenits@svb.at

Betriebsorganisation und Informatik

Leitung: Dir.Rat Ing. Rudolf Fink DW 1501, E-Mail: rudolf.fink@svb.at

Finanzwesen

Leitung: Mag. Robert Fischer

DW 1001, E-Mail: robert.fischer@svb.at

Koordinationsstelle Gesundheitseinrichtungen

Leitung: GF Dir. Reinhard Dür

DW 2131, E-Mail: reinhard.duer@svb.at

Leistungswesen 1 (Kranken- und Unfallversicherung, Rehabilitation und Gesundheitswesen)

Leitung: Dr. Leopold Wabro

DW 2401, E-Mail: leopold.wabro@svb.at

Leistungswesen Pensionsversicherung

Leitung: Dr. Harald Jilke

DW 2601, E-Mail: harald.jilke@svb.at

Personalwesen

Leitung: Dr. Wolfgang Dorner

DW 1201, E-Mail: wolfgang.dorner@svb.at

Rechtswesen

Leitung: Dir.Rat Dr. Christian Figl DW 1701, E-Mail: christian.figl@svb.at

Revision

Leitung: Mag. Klaus Gidl

DW 1401, E-Mail: klaus.gidl@svb.at

Sicherheit und Gesundheit

Leitung: Dipl.-Ing. Dr. Gerhard Reeh DW 2301, E-Mail: gerhard.reeh@svb.at

Vertragspartnerwesen

Leitung: Mag. Franz Schweinberger

DW 1801, E-Mail: franz.schweinberger@svb.at

Wirtschaftswesen, SVD-Schnittstelle

Leitung: Josef Weidner

DW 1102, E-Mail: josef.weidner@svb.at

Stand: 16. Oktober 2018